

Das Parlament

Berlin, Montag 9. September 2013

www.das-parlament.de

63. Jahrgang | Nr. 37 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Präsident mit großer Geste

Joachim Gauck Eine bemerkenswerte Geste ist dem Bundespräsidenten in Frankreich bei einer schwierigen Mission geglückt. In der



Ortschaft Oradour-sur-Glane, wo die Waffen-SS im Juni 1944 mehr als 600 Bewohner ermordete, umarmte Gauck, von der bestürzten Erinnerung erfasst, den französischen Staatspräsidenten François Hollande und den Überlebenden des Massakers von Oradour, Robert Hébras. Kein deutscher Staatsmann hatte vorher je einen Besuch in dem von den Nazis komplett zerstörten Ort gewagt und wäre wohl auch nicht willkommen gewesen. Die drei in Trauer vereinten Köpfe erinnern in ihrer Symbolkraft an die große Geste von Kanzler Helmut Kohl (CDU) und Präsident François Mitterand, die 1984 in Verdun Hand in Hand der Kriegstoten gedachten. pk |

ZAHL DER WOCHE

155

Sitzungen hielt der Verteidigungsausschuss in dieser Legislaturperiode ab, der damit der Zahl nach als fleißigster gelten darf. Das Gremium ist der einzige Ausschuss, der sich selbst als Untersuchungsausschuss einsetzen kann, wenn dies mindestens ein Viertel seiner Mitglieder verlangt. Zweimal war das in dieser Wahlperiode der Fall: 2009 nach dem Luftanschlag bei Kundus und 2013 zum Euro-Hawk.

ZITAT DER WOCHE

»Ich mach' mir die Welt, wide wide wie sie mir gefällt.«

Andrea Nahles, SPD-Generalsekretärin, kritisiert scheidend in der Plenardebatte zur Situation in Deutschland die Haltung der schwarz-gelben Koalition im Wahlkampf.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Euro Hawk Opposition fordert weiterhin Rücktritt des Verteidigungsministers Seite 5

Sport Eine Studie zum Doping in der Bundesrepublik sorgt für Unruhe Seite 6

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Verkehr Die Bahn gelobt Besserung nach den Zugausfällen in Mainz Seite 7

EUROPA UND DIE WELT

USA Abgeordnete ringen mit Entscheidung zu einem Militärschlag in Syrien Seite 8

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Schmerz, Trauer, Wut

NSU-AUSSCHUSS Bundestag rügt im Abschlussbericht einmütig Fehler und Versäumnisse der Behörden

In großer Ernsthaftigkeit und mit hoher Übereinstimmung diskutierten die Volksvertreter vergangene Woche über den Abschlussbericht (17/14600) des Untersuchungsausschusses, der Fehlgriffe bei den Ermittlungen bei der dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) angelastete Mordserie durchleuchtet hat. Auf der Tribüne hatten sich Bundespräsident Joachim Gauck, der türkische Botschafter Hüseyin Avni Karşlıoğlu und Angehörige der Opfer eingefunden. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und das Kabinett waren präsent.

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) nannte die Erschießung von neun türkisch- oder griechischstämmigen Kleinunternehmern und einer Polizistin eine „beispiellose Herausforderung unseres demokratischen Rechtsstaates“. Als „Anschlag auf die Demokratie“ geißelte die SPD-Abgeordnete Eva Högl die dem NSU zugeschriebene Mordserie. Weitgehende Einmütigkeit demonstrierten die Fraktionen auch bei der Kritik an Polizei und Geheimdiensten. Das Versagen bei der Aufklärung der zehn Hinrichtungen sei nicht nur eine Niederlage für die Sicherheitsinstanzen, sondern für die „gesamte Gesellschaft“, sagte Unions-Obmann Clemens Binninger. Aus Sicht von Linken-Obfrau Petra hat der Ausschuss „in staatliche Abgründe geblickt“. FDP-Sprecher Hartfrid Wolff konstatierte einen „gravierenden Vertrauensverlust“ in die Sicherheitsbehörden.

Haltlose Verdächtigungen Mit persönlichen Worten eröffnete Lammert die Debatte. An die Adresse der Familienmitglieder der Opfer sagte der CDU-Politiker: „Schmerz, Trauer, auch Wut begleiten die Angehörigen seit vielen Jahren. Wir fühlen uns ihnen verbunden.“ Der Bundestagspräsident entschuldigte sich im Namen des Parlaments für die „haltlosen Verdächtigungen“, denen viele Angehörige ausgesetzt gewesen seien. Lammert würdigte die Arbeit des Ausschusses, der verlorenen Vertrauen in den Rechtsstaat habe wiederherstellen wollen, als „Beispiel hoher demokratischer Kultur“.

Von einem „außergewöhnlichen Untersuchungsausschuss“ sprach dessen Vorsitzender Sebastian Edathy. Im Blick auf die fraktionsübergreifende Kooperation betonte der SPD-Politiker, „dass sich das Thema nicht für Parteienstreit eignet“. Pau nannte die Zusammenarbeit eine „Mut machende Erfahrung“. Unter Anspielung darauf, dass Untersuchungsausschüsse gemeinhin Kampfinstrumente der Opposition sind, lobte Högl das NSU-Gremium als „Kampfinstrument der Aufklärung“.



Eine Gedenktafel in Kassel erinnert an die Opfer des mutmaßlichen NSU-Mördertrios.

Edathy erklärte, ein Rechtsstaat sei nicht fehlerfrei, es sei jedoch dessen Stärke, Fehler zu erkennen, zu analysieren „und dafür Sorge zu tragen, dass sie sich nicht wiederholen“. Man habe vor allem herausgefunden, dass das Verhältnis der Behörden von Konkurrenz und nicht von Kooperation geprägt gewesen sei, dass der gewaltbereite Rechtsextremismus unterschätzt worden sei, auch sei „nicht ergebnisoffen und vorurteilsfrei, sondern mit Ressentiments“ ermittelt worden.

Bei einer solchen Mordserie stießen föderale Strukturen an ihre Grenzen, meinte Binninger. Er forderte, bei bedeutsamen länderübergreifenden Delikten eine zentrale ermittlungsführende Stelle einzurichten. Auch müsse das NSU-Desaster in die Fort- und Weiterbildung bei den Sicherheitsinstanzen einfließen. Der Vize-Vorsitzende des Ausschusses, Stephan Stracke (CSU), wies darauf hin, dass das Gremium keine „Kumpaneel“ zwischen Sicherheitsinstanzen und NSU entdeckt habe. Die Behörden seien auf dem rechten Auge „betriebsblind“ gewesen, monierte Grünen-Obmann Wolfgang Wieland. Offen-

bar habe es als „Staatsdoktrin“ gegolten, dass Rechtsterroristen Einzelgänger seien und man deshalb organisierte Formen ausgeschlossen habe. Aus Sicht von Pau trugen die Ermittlungen „rassistische Züge“. Serkan Tören (FDP) hingegen sagte, auf einen „institutionellen Rassismus“ sei man nicht gestoßen.

Pau machte sich dafür stark, die V-Leute-Praxis aller Geheimdienste zu beenden und den Verfassungsschutz abzuschaffen. Wieland verlangte, das Bundesamt für Verfassungsschutz aufzulösen und neu aufzubauen. Binninger indes meinte, auf V-Leute könne man nicht ganz verzichten. Wenn, wie in Brandenburg geschehen, jedoch ein wegen versuchten Mordes verurteilter Rechtsextremist als V-Mann beschuldigt werde, dann werde eine „rote Linie“ überschritten. Högl bezeichnete die Reform des Verfassungsschutzes als zentrales Anliegen der SPD.

Wolff betonte, trotz der Leistung des Ausschusses seien noch viele Fragen offen. So seien etwa die Geldquellen des NSU und dessen internationale Verbindungen nicht ausreichend durchleuchtet worden. Das FDP-Plädoyer für einen neuen Untersuchungsausschuss im nächsten Bundestag wurde von den anderen Fraktionen nicht unterstützt. Die Abgeordneten appellierten aber eindringlich an das kommende Parlament, die nahezu 50 Reformvorschläge (siehe auch Seite 3) des Untersuchungsausschusses zu verwirklichen: „Jetzt heißt es umsetzen“, sagte Stracke, der Bericht sei nur die erste Etappe einer langen Wegstrecke. Wieland nannte die

„Arbeitsprogramm für die nächste Regierung und den nächsten Bundestag“. Karl-Otto Sattler ||

Mehr zum Thema auf den Seiten 2 bis 4 sowie unter www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/ua/

Gute Jahre oder vertane Zeit?

GENERALDEBATTE Koalition und Opposition lassen die Wahlperiode Revue passieren – mit unterschiedlichen Ergebnissen

Die Lage in Deutschland wird von Spitzenpolitikern der Koalition und der Opposition unterschiedlich bewertet. Während Vertreter von CDU/CSU und FDP vergangene Woche bei der Generaldebatte zur „Situation in Deutschland“ ausschließlich Erfolge in ihrer Politik der vergangenen vier Jahre für sich reklamierten, sprachen die Sprecher der Oppositionsfraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen von „vertaner Zeit“ (siehe auch Seite 9). „Es waren vier gute Jahre“, betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zu Beginn der dreieinhalbstündigen Debatte. Es gehe heute vielen Leuten besser als vor vier Jahren. So gebe es derzeit 1,9 Millionen Jobs mehr als 2009. Dies sei der höchste Beschäftigungsgrad, den Deutschland jeweils gehabt habe. Es sei ihr Ziel, die Arbeitslosigkeit in den kommenden vier Jahren weiter zu senken.

Politik verantwortlich Merkel wies darauf hin, dass die Steuereinnahmen so hoch seien wie nie zuvor. Deshalb seien auch keine Steuererhöhungen notwendig. Die gute Lage in Deutschland sei der Arbeit vieler Menschen zu verdanken; sie sei aber auch das „Werk guter Politik“, lobte sie die Arbeit der



Der Bundestag war bei der Generaldebatte fast bis auf den letzten Platz gefüllt.

schwarz-gelben Koalition. Dem stimmte Rainer Brüderle (FDP) zu. 42 Millionen Menschen seien in Arbeit, in den vergangenen vier Jahren seien die Reallohnne um durchschnittlich jeweils drei Prozent gestiegen. In „schwierigem Umfeld“ seien die Bundesbürger um 22 Milliarden Euro entlastet worden. Zudem sei der Haushalt konsolidiert worden. Diese „sensationalen Erfolge“ konnten die Sprecher der Opposi-

tionfraktionen nicht erkennen. Peer Steinbrück (SPD) warf der Regierung ein „Scheitern auf ganzer Linie“ vor. Statt Aufbruch gebe es Stillstand, statt Richtung gebe es Kreisverkehr. Merkel habe in den vergangenen vier Jahren nur „angekündigt, abgewartet und ausgesessen“. Sie habe kein Projekt und keine Vision gehabt, die über diese Legislaturperiode hinaus Deutschland Zukunft und Richtung gebe habe. Deutschland sei in

den vergangenen vier Jahren „weit unter Wert“ regiert worden. Deshalb sei ein Neustart notwendig.

Probleme ignoriert Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) hielt Merkel vor, soziale Probleme zu ignorieren. „Sie sind dabei, das Land müde zu lächeln“, sagte sie. Viele Menschen hätten nichts vom Reichtum des Landes, da Bildung und Aufstiegschancen ungleich verteilt seien. In Deutschland ginge es nur einigen gut. Gregor Gysi (Die Linke) kritisierte, die „Konsenssoße“ der anderen Bundestagsfraktionen. Nur seine Fraktion habe konsequent gegen Kriegseinsätze, Waffenexporte, die falschen Wege bei der Eurokrise, und gegen die Senkung des Rentenniveaus und gegen Hartz IV gestimmt. Er forderte unter anderem Steuererleichterung. Deshalb müsse der so genannte Mittelstandsbau abgeschafft werden. Michael Klein ||

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

EDITORIAL

Ein Zeichen der Einigkeit

VON JÖRG BIALLAS

Mitten im Wahlkampf, just an dem Tag, als die Nation Sieg und Niederlage nach der TV-Diskussion von Kanzlerin und Herausforderer debattierte, hat der Bundestag einen Punkt des Innehaltens gesetzt. Auf der Tagesordnung einer Sondersitzung stand der Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses, jenes parlamentarischen Gremiums, das zur Aufgabe hatte, die Hintergründe der aus Fremdenhass an Ausländern begangenen Verbrechen aufzuklären. Zehn Morde, mindestens zwei Bombenanschläge und 15 Raubüberfälle werden einem Neonazi-Trio zugerechnet, begangen über einen Zeitraum von 13 Jahren.

Als Bundestagspräsident Norbert Lammert sich im Namen des Parlaments bei den Angehörigen der Opfer, die zusammen mit Bundestagspräsident Joachim Gauck auf der Besuchertribüne des Hohen Hauses Platz genommen hatten, entschuldigte, erfüllte warmerherziger Beifall den Plenarsaal. Über die Fraktionsgrenzen hinweg wurde damit ein deutliches Zeichen der Einigkeit gesetzt: Wenn es um die Grundfesten der Nation, um die Hoheit des Staates und um die Unversehrtheit aller seiner Bürger und Schutzbefohlenen geht, stehen Demokraten eng zusammen. Gleich, welcher Couleur. Gleich, wie scharf gerade auf der Bühne des Wahlkampfes über die Geschehnisse der Republik gestritten wird.

Die Glaubwürdigkeit, mit der das Parlament dieses Signal ins Land gesendet hat, beschränkt den Opferfamilien vielleicht sogar etwas Linderung ihres Schmerzes. Ganz gewiss aber festigt die Geste den gesellschaftlichen Willen, alles zu tun, damit Vergleichbares in Zukunft ausgeschlossen ist. Die akribische, sachorientierte und beispiellos zielstrebige Arbeit des Untersuchungsausschusses hat ein gelegentlich verniedlichend als „Pannen“ bezeichnetes, in Wahrheit aber strukturelles Versagen deutscher Sicherheitsbehörden zu Tage gefördert. Jetzt gilt es, die Schlussfolgerungen des Gremiums politisch zu diskutieren und verbindlich umzusetzen. Die Verbrechen des Neonazi-Trios waren gewiss ein besonders abscheulicher Auswuchs ideologischer Verwirrtheit. Aber: Szenen wie jüngst in Berlin-Hellersdorf, als Anwohner schutzsuchende Flüchtlinge nicht in ihrer Nachbarschaft dulden wollten, sind wiederkehrende Hinweise auf eine tief sitzende Ausländerfeindlichkeit in Teilen unserer Gesellschaft. Nicht nur in Hellersdorf.



GASTKOMMENTARE

BRAUCHEN WIR WEITER V-LEUTE?

Nicht blind stellen

PRO



Peter Kurz
»Westdeutsche Zeitung«, Düsseldorf

Bayerns Innenminister wählte kürzlich im Zusammenhang mit dem Fehlverhalten des Verfassungsschutzes und dessen V-Leuten einen denkwürdigen Vergleich: Wenn die Feuerwehr mal eine Viertelstunde zu spät komme, stelle auch niemand die Feuerwehr insgesamt in Frage. Angesichts des Ausmaßes, das das Versagen des Verfassungsschutzes im Fall der NSU-Morde hatte, erscheint das als unzulässige Relativierung. Doch auch wenn die auf die Rechtsextrremen angesetzten V-Leute gegenüber ihren Auftraggebern offenbar alles andere als „ehrliche Verräter“ waren und die behördlichen Kontaktpersonen versagt haben, muss doch das Instrument „V-Leute“ generell noch kein Tabu sein. Der Geheimdienst ist in der unbequemen Lage, dass er Informationen über durch V-Leute aufgedeckte Strukturen und dadurch verhinderte Anschläge nicht an die große Glocke hängen kann – um nicht einzelne Informationszuträger und damit das ganze Instrument zu gefährden. Doch mit dem Abhören von Gesprächen, dem Mitlesen von Mails oder dem Observieren kann er nur Teilausschnitte des Zielobjekts von außen beleuchten. Ein Gesamtbild entsteht erst, wenn Menschen, die vor Ort die Strukturen und Planungen mitbekommen, auf Zusammenhänge und Vernetzungen hinweisen. Zu Träger, die in die Szene integriert sind und für Außenstehende unverständliche Begriffe übersetzen. Und so den Weg für weitere Observierungen eröffnen. Darauf zu verzichten, hieße, sich blind zu stellen und der Gefährdung freien Lauf zu lassen. Die Feuerwehr ist im NSU-Fall nicht nur zu spät gekommen, sondern hat das Haus abbrennen lassen. Und doch brauchen wir sie weiter – eine besser funktionierende Feuerwehr im Kampf gegen politisch oder auch religiös motivierte Brandstifter.

Alle abschalten

CONTRA



Markus Decker
»Mitteldeutsche Zeitung«, Halle

Es gibt vieles, was infolge der Pannen bei der jahrelangen Fahndung nach den Mördern von neun türkisch- oder griechischstämmigen Kleinunternehmern und einer deutschen Polizistin – besser bekannt als NSU-Skandal – anders werden muss in Deutschland. Dazu gehört ganz zweifelsfrei, auf den Einsatz von V-Leuten in rechtsextremen Kreisen zu verzichten. Der Einsatz hat sich nicht bewährt. Ja, mehr noch: Er ist skandalös schief gegangen. Spitzel wie der Thüringer Tino Brandt, der dem Nationalsozialistischen Untergrund nahe war, haben nicht nur Straftaten begangen. Er hat für seine V-Mann-Tätigkeit überdies nicht dementierten Berichten zufolge 200 000 D-Mark kassiert – und das Geld in die Szene reinvestiert. Dabei ist Brandt nicht der einzige Fall dieser Sorte. Nun soll der V-Mann-Einsatz straffer organisiert werden. Das ist sicher eine gute Idee. Sie ändert aber nichts an dem Grundproblem. Das, was V-Leute melden, beispielsweise wann und wo ein Skinhead-Konzert stattfindet, ist verzichtbares Wissen. Und das wirklich Wichtige – dies hat der NSU-Skandal zur Genüge bewiesen – melden die V-Leute nicht: den Vollzug schwerer krimineller Handlungen oder die Vorbereitung derselben. Was soll's also? Ein V-Mann, der Essenzielles berichtet, der hat entweder moralische Skrupel oder politische Zweifel bekommen. Solche Fälle mag es geben. Doch sie dürften die absolute Ausnahme sein. Im Kern bleiben V-Leute, was sie auch vorher waren: überzeugte Extremisten – in diesem Falle Rechtsextremisten. Deren vorrangiges Interesse besteht darin, vom Staat noch ein bisschen Geld einzuheimsen. Sonst nichts. Dafür jedoch sollte sich der Staat zu schade sein. Er sollte alle V-Leute abschalten.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 4
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Als Ermittlungsbeauftragter des Untersuchungsausschusses zur „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“ haben Sie mehr als 3.600 Aktenordner gesichtet, Sie waren beim Generalbundesanwalt, beim Bundeskriminalamt, beim Bundesamt und bei Landesämtern für Verfassungsschutz und bei der Polizei an Tatorten der Mordserie. Sind Sie zum „Aktensfresser“ geworden?

In gewisser Weise schon. Arbeitet man sich nicht zügig durch solche Unterlagenberge durch, lässt sich die Aufgabe nicht bewältigen. Es ist nicht einfach, zu einem strukturierten Vorgehen zu finden, um Wichtiges vom Unwichtigen zu trennen. Schließlich beeinflussen die Informationen in den Akten, die den Abgeordneten zur Verfügung stehen, deren Arbeit samt Auswahl und Befragung der Zeugen. Ich habe mich als Fährtenucher im Dokumentendickicht verstanden.

Wie viele Unterlagen haben Sie nach Berlin geschickt?
Genau Buch geführt habe ich nicht. Es war wohl ein Sechstel der Aktenordner.

Die Parlamentarier haben zahlreiche Dokumente nicht zu Gesicht bekommen. Was wissen Sie denn Interessantes, was das Gremium nicht erfahren hat?

Da muss ich passen. Alles, was wichtig war für die Abgeordneten, ging nach Berlin. Ich wäre todunglücklich, wenn ich irgendetwas versehentlich nicht übermittelt hätte, was für die Ausschussarbeit bedeutsam war. Nicht benötigt hat das Gremium zum Beispiel Obduktionsberichte über die Opfer. Auch mehrere hundert Ordner zur Wattenstabschiff-Affäre wurden rasch beiseite geschoben. Im Fall der Heilbronner Polizistin wurde eine Phantomfrau gejagt, die für diesen Mord und andere Delikte verantwortlich gewesen sein sollte. Letztlich kam heraus, dass fehlerhaft behandelte Wattenstabschiffen bei den Ermittlungen an den Tatorten stets die gleiche DNA-Spur hinterlassen hatten.

Haben Sie oft mit sich gerungen, ob Sie etwas nach Berlin schicken oder nicht?
Nein, das war nie ein Problem. Es galt eine einfache Maxime: Lieber gebe ich dem Ausschuss eine Akte zu viel als zu wenig.

Nach welchen Kriterien haben Sie entschieden, was nach Berlin geht?

Die Maßstäbe ergaben sich aus dem Ermittlungsauftrag der Abgeordneten. Wichtig waren etwa Informationen über Auswahl, Kontrolle und Finanzierung von V-Leuten, über die Kooperation zwischen den Behörden oder über den Umgang mit Erkenntnissen, die bei den Ermittlungen zu der Mordserie gewonnen worden waren. Unterrichtet wurde, nicht immer zur Freude der Polizei, das Bundestagsgremium etwa über Dokumente zu polizeizeitlichen Maßnahmen und zur Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz. Ein anderes Beispiel: In den Unterlagen für die Parlamentarier steht zu den Nürnberger Morden viel über umfangreiche Ermittlungen in Richtung Rechtsextremismus, die aber bedauerlicherweise lokal zu eng begrenzt waren. Auch alle Hinweise zu Verbindungen des NSU ins Ausland landeten in Berlin.

Haben Sie mit Generalbundesanwalt Harald Range häufiger gestritten, ob er Akten für den Ausschuss freigibt?

Nein, der Generalbundesanwalt hielt nichts zurück, sondern zeigte sich äußerst kooperativ. Auch andernorts stieß ich nie auf Widerstand, im Gegenteil. Alle Behörden unterstützten meine Arbeit. Selbst beim Verfassungsschutz akzeptierte man schließlich, dass da einer von außen ins Amt kommt, der alles einsehen darf, was nicht einmal den meisten Geheimdiensten möglich ist, das war ein Novum.

»Sucher im Akten-Dickicht«

BERND VON HEINTSCHEL-HEINEGG

Der Jurist über seine Arbeit als Sonderermittler des NSU-Untersuchungsausschusses



ich in solchen Situationen getan hätte. Aber es lief in der Tat einiges schief. So zeigen Akten immer wieder, dass der Informationsaustausch zwischen Verfassungsschutz und Polizei lückenhaft war. Vor allem ist vermasselt worden, die 1998 bei einer Garagendurchsuchung aufgetauchte Liste mit rechtsextremen Kontaktadressen für die Fahndung zu nutzen. Wäre man da professionell vorgegangen, hätte man das Trio wohl frühzeitig finden können. Im Fall der Heilbronner Polizistin verwundert mich ein zentraler Widerspruch: Die Polizei vermutet neben Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos noch andere Täter, während der Staatsanwalt dies bestreitet. Die Unterlagen offenbaren noch andere bislang ungeklärte Fragen.

Sie haben auch Skurriles entdeckt. In Nürnberg betrieb die Polizei getarnt eine Dönerbude, um Täter im kriminellen Milieu aufzuspüren. In Köln kontaktierte die Polizei einen Hellseher, in Hamburg einen „Metaphysiker“.

In den Medien hat man sich über diese Dinge amüsiert. Ich mache hingegen der Polizei keine Vorwürfe. Man kann es auch so sehen: Es wurde selbst „Abwegiges“ probiert, um die Mordserie aufzuklären.

Wie wichtig ist ein Ermittlungsbeauftragter für einen Untersuchungsausschuss?
Das ist ein sehr sinnvolles Instrument, wenn ein Gremium Tausende von Akten heranziehen muss. Da ist eine Vorauswahl, ein erster Filter durchaus hilfreich.

Sie waren ein Mann im Hintergrund. Hat es Sie bei den Pressekonferenzen während der Ausschusssitzungen gedrängt, öffentlich Stellung zu nehmen?

Ans Mikrofon hat es mich nie gezogen. Ein Ermittlungsbeauftragter hat keine politischen Bewertungen abzugeben. Es war auch nie so, dass ich gern in Zeugenanhörungen eingegriffen hätte. In nichtöffentlichen Sitzungen des Ausschusses habe ich indes mitdiskutiert, wenn es etwa um das weitere Vorgehen, um Beweisanträge und um Fragenlisten für Zeugen ging.

Was prädestiniert einen Anwalt für Familien- und Strafrecht für die Aufgabe eines Ermittlungsbeauftragten beim Thema Rechtsterrorismus?

Vor meiner Tätigkeit als Anwalt war ich Staatsanwalt und Richter, unter anderem stand ich mehrere Jahre an der Spitze des Staatschutzsenats beim Bayerischen Obersten Landesgericht. Befragt war ich auch mit dem von Martin Wiese geplanten Attentat anlässlich der Grundsteinlegung für das jüdische Gemeindezentrum in München. Man hat sich im Ausschuss wohl gesagt, dass ich in Sachen Rechtsterrorismus über berufliche Erfahrungen verfüge.

Würden Sie im nächsten Bundestag wieder als Ermittlungsbeauftragter zur Verfügung stehen?

Gewiss doch. Das Durcharbeiten von Unterlagen mutet auf den ersten Blick langweilig an. Aber beim Aktenstudium taucht man in ein Stück Zeitgeschichte ein. Wo kann man so etwas sonst erleben? Das ist eine spannende Sache.

Das Interview führte Karl-Otto Sattler.

Bernd von Heintschel-Heinegg ist Rechtsanwalt und Honorarprofessor für Strafrecht und Strafprozessrecht an der Universität Regensburg. Zuvor war er Vorsitzender Richter am Bayerischen Obersten Landesgericht und am Oberlandesgericht in München.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Entschiedener Aufklärer: Sebastian Edathy

Der Befund des Vorsitzenden im NSU-Untersuchungsausschuss ist so eindeutig wie erschreckend: „Wir haben es mit einem gewissermaßen systemischen Versagen unserer Sicherheitsbehörden zu tun“, sagt Sebastian Edathy (SPD). Die Behörden seien nicht in der Lage gewesen, die Existenz einer solchen Gruppe wie dem NSU zu erkennen, weil sie die Gefährlichkeit des Rechtsextremismus unterschätzt hätten. „Und weil es mehr Konkurrenzdenken als Kooperationswillen gegeben hat“, setzt er hinzu. Von einem bewussten Wegsehen spricht der Sozialdemokrat nicht. Aber: „Es gab einen Mangel an Scharfsicht auf dem rechten Auge.“ Die auf einen rechtsextremen Hintergrund weisenden Erkenntnisse seien nicht ernst genug genommen worden. Schlimmer noch: Als die Ermittler im Jahr 2006 nach den neun Morden an Personen mit Migrationshintergrund selbst darauf kamen, es könne einen rechten Hintergrund der Mordserie geben, hätten sie sich darauf verständigt, dies öffentlich nicht zu äußern – ja es gar auf Nachfrage zu bestreiten. Edathy konstatiert daher auch eine „ungute Mentalitätslage“. Die Mordopfer mit ausländischer Familienbiografie seien als „Opfer zweiter Klasse“ betrachtet worden. „Es wurde nicht ergebnisoffen und vorurteilsfrei ermittelt, wie man es in einem Rechtsstaat erwarten können muss“, lautet sein Fazit. Jetzt wird nach durchgreifenden Reformen der Sicherheitsbehörden gerufen, auch vom NSU-Ausschuss-Vorsitzenden Edathy. „Wenn wir nicht in der Lage sind, aus einem solchen historischen

Versagen der Sicherheitsbehörden Schlüsse zu ziehen, wären wir eine bemitleidenswerte Demokratie“, warnt er. Zugleich nimmt er die Länderparlamente wie auch den nächsten Bundestag in die Pflicht, an dem Thema dran zu bleiben. Schließlich dürfe man das Beharrungsvermögen der Behörden nicht unterschätzen. „Da gibt es einen gewissen Strukturkonservatismus“, weiß der Innenpolitiker.



»Es gab einen Mangel an Scharfsicht auf dem rechten Auge.«

Ob Sebastian Edathy in der kommenden Legislaturperiode als Bundestagsabgeordneter an dem Thema dran bleiben kann, entscheiden die Wähler in seinem Wahlkreis Nienburg-Schaumburg. Den hat Edathy seit 1998 immer direkt gewonnen. „Ich bin guten Mutes, dass die Bürger mir erneut ihr Vertrauen aussprechen“, gibt sich der Niedersachse, dessen Vater ein aus Indien stammender evangelischer Pastor ist, optimistisch. Die Annahme, dass Edathy angesichts seiner indischen Abstammung selbst Opfer von Fremdenfeindlichkeit geworden ist und er sich deshalb intensiv dem Thema Rechtsextremismus widmet,

ist im Übrigen falsch. Er sei privilegiert gewesen, denn: „Mit dem Kind eines Pastors geht man anders um als mit dem Kind eines Fabrikarbeiters“, sagt er und kommt zu der Einschätzung: „Diskriminierung hat deutlich mehr mit sozialer als mit ethnischer Zugehörigkeit zu tun. Außerdem müsse man keinen Migrationshintergrund haben, um sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.“ Bei dem Thema geht es um fundamentale Fragen der Demokratie“, betont er. Dass er sich diesen Fragen einmal als Abgeordneter des Bundestages widmen würde, hatte der junge Sebastian Edathy im Jahr 1990 noch nicht auf dem Schirm. „Eigentlich wollte ich Journalist werden“, sagt er. Doch kaum hatte er die ersten Geschichten für ein Anzeigenblatt in seiner Heimatregion geschrieben, erhielt er die Anfrage der niedersächsischen SPD-Landtagsabgeordneten Bärbel Tewes, ob er nicht deren Pressearbeit übernehmen wolle. Edathy, als 21-Jähriger erst kurz zuvor „insbesondere wegen Gerhard Schröder und dem frischen Wind, den er mitgebracht hat“ in die SPD eingetreten, sagte zu. 1993 ging es dann nach Bonn – als persönlicher Referent des SPD-Bundestagsabgeordneten Ernst Kastning. Da Kastning 1998 nicht mehr antreten wollte, wurde Edathy ein Jahr zuvor gefragt, ob er sich denn eine Kandidatur vorstellen könnte. „Das war eigentlich nicht meine Lebensplanung“, sagt er heute. Und kandidierte damals dennoch. „Im Bundestag kann man die Rahmenbedingungen mitgestalten, die für die Menschen im Land wichtig sind“, nennt er den entscheidenden Grund. Götz Hausing

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jb)

Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ah), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kra), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Annette Sach (as)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
06. September 2013

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-/Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeiengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für
vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.
„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werbetätigkeiten e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.



Der Bericht hat es in sich: Auf über tausend Seiten analysiert er schonungslos die Ermittlungsspannen nach den Morden an neun türkisch- oder griechischstämmigen Kleinunternehmern und einer Polizistin durch den NSU in den Jahren 2000 bis 2007.

Debakel eines Blackouts

NSU-ABSCHLUSSBERICHT Behörden-Kleinkrieg, versandete Infos und unbeachtete Spuren ließen die mutmaßlichen Täter unbehelligt

In Nürnberg wurde im September 2000 ein Blumenhändler ermordet – das erste Opfer einer unheimlichen Mordserie: In den folgenden Jahren wurden unter anderem ein Gemüsehändler in Hamburg, der Inhaber eines Schlüsseldienstes in München, der Betreiber eines Internetcafés in Kassel und ein Döner-Aushilfsverkäufer in Rostock erschossen – das letzte Opfer war 2007 eine Polizistin in Heilbronn. So beispiellos die Hinrichtung von neun türkisch- oder griechischstämmigen Kleinunternehmern und einer Polizistin war, so beispiellos war das Versagen von Polizei und Geheimdiensten bei der Aufklärung dieser Verbrechen: Die immerhin 36 beteiligten Sicherheitsinstanzen waren nicht in der Lage, bei diesen Anschlägen eine rechtsterroristische Spur zu entdecken. Die Schuppen fielen ihnen erst im Herbst 2011 von den Augen, als die Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) aufflog, der diese Taten angelastet werden. Bis dahin blieben Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe über ein Jahrzehnt unbehelligt. Der Untersuchungsausschuss sollte die Missgriffe bei den Ermittlungen durchleuchten, und tatsächlich dokumentieren die elf Abgeordneten in ihrem Abschlussbericht (17/14600) ein fatales Scheitern der Behörden. Zu Zeiten des RAF-Terrors unterliefen Fahndern ebenfalls Fehler, auch die linksterroristischen Morde sind nicht sämtlich aufgeklärt. Aber das Polizei- und Verfassungsschutz bei einer Erschießungsreihe, zu der sich noch Sprengstoffattentate und Banküberfälle gesellten, komplett blind blieben, das gab es in der Bundesrepublik noch nie.

die organisierte Kriminalität beschränkte – wo doch ein ausländerfeindliches Motiv „auf der Hand lag“. Der Bericht stützt seine massive Kritik auf eine Fülle von Details. Die Parlamentarier fanden nicht einen Kardinalfehler, auf den allein das Fiasko zurückzuführen ist, aber viele Missgriffe und Pannen, deren Vermeidung die Chance auf eine Ergriffung des NSU-Trios erhöht hätte.

Ungestört abgetaucht Mehrfach verdeutlicht der Bericht ein Kernproblem: Hinweise und Spuren wurden nicht adäquat ausgewertet. Auf Beifall stieß im Ausschuss eine These Heinz Fromms, der wegen der NSU-Affäre seinen Hut als Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) nehmen musste: „Borniertheit“ und „analytische Engführung“ seien im Spiel gewesen, man habe die rechtsextreme Ideologie nur unzureichend begriffen und sich das Entstehen kleiner Terrorzellen nicht vorstellen können. Als das Trio Anfang 1998 abtauchte, entdeckte die Polizei in einer Jenaer Garage Adressen von Rechtsextremisten, vor allem in Sachsen, wo die Gruppe Unterschlupf gefunden hatte. Hätte das Thüringer Landeskriminalamt (LKA) diese Liste genutzt, was nicht geschah, wäre die Zelle wohl ins Netz der Fahnder gegangen – und zur Mordserie wäre es vermutlich nicht gekommen. Noch ein zweites Mal war man am NSU nahe dran: Nach dem Kölner Nagelbombenanschlag von 2004 hätte die Polizei nur in der Sprengstoffdatei des Bundeskriminalamts (BKA) nachschauen müssen, und Böhnhardt wie Mundlos wären ins Visier geraten – doch das unterblieb. Im Bericht wimmelt es von Hinweisen auf die mangelnde Kooperation, ja das Gegen-einander-Arbeiten von Behörden, bei dem

föderale Strukturen massiv an ihre Grenzen stießen. In Bayern verließ sich die Nürnberger Soko „Bosphorus“ vergeblich darauf, dass der Geheimdienst des Landes bundesweit nach eventuell als Täter in Frage kommenden Rechtsextremisten forscht. In Brandenburg unterrichtete ein Spitzel den Verfassungsschutz über Versuche der untergetauchten Gruppe, an Waffen zu gelangen – doch die heiße Information erreichte das LKA in Erfurt nicht. In Thüringen lieferten sich LKA und Geheimdienst einen regelrechten Kleinkrieg. Innerhalb des Geheimdienstverbunds herrschte zudem ein Verwirrspiel über V-Leute: Das BfV unterrichtete Landesämter über eigene Spitzel, etwa bei der „Operation Rennsteig“ in Thüringen – umgekehrt geschah dies jedoch nicht. Mit dem brisanten Thema V-Leute befasst sich der Bericht deshalb ausführlich. Die Abgeordneten waren schockiert, dass Spitzel teilweise strafrechtlich verurteilt waren, zuweilen hohe Vergütungen kassierten und mit dem Geld auch die rechtsextreme Szene sponserten.

Schablonenhafte Ermittlung Auch die Tatwaffe wurde nicht frühzeitig bei einem Mittelsmann in der Schweiz entdeckt, obwohl dieser bereits im BKA-Visier war. Die Soko „Bosphorus“ musste E-Mail-Anfragen beim BfV auf dem gleichen Weg stellen wie jeder andere Bürger. Unter Wolfgang Schäuble (CDU), 2006 Bundesinnenminister, wurde damals nicht dem Ansinnen des BKA nachgekommen, die Ermittlungen in dieser Behörde zu zentralisieren. Schäubles Vorgänger Otto Schily (SPD) verneinte 2004 nach dem Kölner Attentat vorschnell einen terroristischen Hintergrund. Es war nicht so, dass die Polizei gar nicht in Richtung Rechtsterrorismus geschaut hätte. Entsprechende Hinweise fanden sich freilich nicht, unter anderem deshalb, weil in Nürnberg nur in einem lokal sehr eng gefassten Bereich recherchiert wurde. Warum aber, fragen sich die Parlamentarier, wurde die rechtsterroristische Spur nicht näher geprüft, nachdem die Theorie von der organisierten Kriminalität nichts gebracht hatte? Edathy monierte, es sei mit „Scheuklappen“ und „schablonenhafte“ ermittelt worden. Auf einen „strukturellen Rassismus“ sei man jedoch nicht gestoßen, genauso wie sich keine Anhaltspunkte für eine „Kumpagnei“ zwischen Behörden und NSU gefunden hätten. Zudem existieren keine Indizien für eine Spitzeltätigkeit des Trios. Nach der Durchleuchtung des Versagens richtet sich nun der Blick nach vorn. Mit ihren Vorschlägen verbinden die Abgeordnete

den Appell an den nächsten Bundestag, diese Reformen auch anzupacken. SPD-Obfrau Eva Högl: „Der Bericht darf nicht in Schubladen verschwinden.“ Zu dem Katalog gehört etwa die Forderung nach einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Behörden – was einfach gesagt ist, wegen des Eingriffs in Kompetenzen in des Konfliktpotential in sich birgt. In bedeutsamen länderübergreifenden Fällen müsse eine „zentrale ermittlungsführende Dienststelle“ geschaffen werden. Erweitern will der Ausschuss die Befugnisse des Generalbundesanwalts, der gravierender Delikte leichter an sich ziehen können soll. Sinnvoll sei auch eine polizeiliche Einheit, die ungelöste Fälle immer mal wieder neu

prüft. Die Behörden benötigten mehr „interkulturelle Kompetenz“. Die Parlamentarier verlangen, bei Gewaltdelikten an Migranten stets auch ausländerfeindliche Motive zu prüfen, sofern Hinweise nicht in andere Richtungen weisen. Unabhängig sei eine bessere parlamentarische Kontrolle des Geheimdienstes. Die Frage nach Eignung, Auswahl und Arbeit von V-Leuten müsse neu geregelt werden. Für Speicherung, Archivierung und Löschung von Akten bedürfe es klarer Vorgaben. Viel Gewicht misst der Ausschuss außerdem einer verstärkten Präventionsarbeit zu.

Chancenlose Sondervoten SPD, FDP, Linke und Grüne haben dem Bericht noch Son-

dervoten angefügt. Die Union hat das nicht getan, um dessen „Schlagkraft“ nicht zu schwächen. Die SPD plädiert für einen personellen Neuanfang in der Abteilung Rechtsextremismus im BfV, die nach Berlin ziehen soll. Linke und Grüne wollen den Einsatz von V-Leuten generell beenden, die Linke möchte den Inlandsgeheimdienst ganz abschaffen, die Grünen wollen das BfV auflösen und neu aufbauen – Vorstöße, die chancenlos sind. Auch die Idee der Liberalen, wegen ungeklärter Fragen im nächsten Bundestag erneut einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, bleibt ohne Resonanz. Mit dem Bericht, betont die Union, sei der Auftrag „erfüllt“.

Karl-Otto Sattler

Parlamännchen
Politik für Kinder

Untersuchungsausschuss

Wer besonders gut verteidigen kann, spielt in einer Fußballmannschaft in der Abwehr. Wer gut hält, steht im Tor. Und wer gut Tore schießen kann, spielt im Sturm. So ähnlich ist es auch im Bundestag. Dort gibt es 22 Mannschaften, die sich mit bestimmten Themen befassen. Sie heißen Ausschüsse, also zum Beispiel Finanzausschuss. Dort besprechen Finanzexperten der Parteien, wie das Steuergeld ausgegeben wird. Manchmal passiert in der Politik etwas, was gegen Gesetze verstoßen haben könnte. Das kann dann in einem Untersuchungsausschuss geklärt werden. Wie ein Gericht kann ein Untersuchungsausschuss dazu Zeugen befragen, damit der Fall aufgeklärt wird.

Einstimmig zum Ziel

ZUSAMMENARBEIT Aufklärungswille statt Parteipolitik prägte die Arbeit des Ausschusses

Unzählige Male flimmerte diese Aufnahme über die TV-Bildschirme: Am Rande der Sitzungen des NSU-Ausschusses traten die fünf Fraktionsobleute und der Vorsitzende Sebastian Edathy häufig zusammen vor den Mikrofonwald der Journalisten, um die Zeugenbefragungen zu kommentieren. Einmal fanden sich die Sprecher erst nacheinander ein, und schon witterte ein Reporter Zoff: Ob dieses nicht gemeinsame Erscheinen bedeute, dass es mit der Einigkeit unter den Abgeordneten vorbei sei? „Ich kann Sie beruhigen“, meinte Eva Högl von der SPD, „das ist nicht der Fall“. Gemeinhin sind Untersuchungsausschüsse Kampfinstrumente der Opposition gegenüber der Regierung. So war es immer bei den 48 vorangegangenen Gremien dieser Art. Der 49. Ausschuss aber wurde einstimmig eingesetzt, fast 400 Beweisbeschlüsse wurden einstimmig gefasst, zuletzt wurde der Bericht einstimmig verabschiedet, bei der Konfrontation mit den Zeugen spielten sich die Parlamentarier die Bälle zu – all das ist ein Novum. Gewiss gab es auch Konflikte, doch die wurden meist intern geregelt, um Formulierungen im Bericht etwa wurde teils hart gerungen. Hartfrid Wolff (FDP) zeigte sich „beeindruckt“ von der „einmaligen Zusammenarbeit“, und dies in einem Wahlkampfjahr. Als „Kleinod“ lobte Högl den Ausschuss. Man habe parteipolitische Vorteile hinter das eigentliche Anliegen zurückgestellt, freute sich Linke-Obfrau Petra Pau, das habe sie im Bundestag „so noch nicht erlebt“. Wolfgang Wieland (Grüne) würdigte die Leistung des Gremiums als „beachtlich“. So wurde die verschworene Runde das, was ein Untersuchungsausschuss eigentlich stets



Obleute und Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses

sein sollte: „Wir haben gezeigt, dass das gesamte Parlament die Exekutive kontrolliert“, hebt Unions-Sprecher Clemens Böhning hervor. Was aber hat die Elfertruppe zur Gemeinsamkeit motiviert? Es war der Schock darüber, dass jahrelang zehn Morde, zwei Sprengstoffattentate und ein gutes Dutzend Banküberfälle verübt werden konnten, ohne dass Polizei und Geheimdienste die NSU-Spur zu entdecken vermochten. Angesichts der Herausforderung durch den Rechtsterrorismus habe sich eine „parteiliche Profilierung“ verboten, analysierte Edathy: Allen Fraktionen sei es darum gegangen, „verloren gegangenes Vertrauen in den Rechtsstaat wieder wachsen zu lassen“. Der Zusammenhalt hat den Abgeordneten geholfen, Blockadeversuche von Behörden

und Ministerien abzuwehren, letztlich wurden etwa alle angeforderten Akten herausgerückt. SPD, FDP, Linke und Grüne haben im Bericht mit Sondervoten einige eigene Akzente gesetzt. Linke und Grüne wollen etwa die V-Leute abschaffen. Doch auch die vier Fraktionen betonen, es komme in erster Linie auf die einhellig entwickelten Reformkonzepte an (siehe Beitrag oben). Böhning ist überzeugt, dass der Bericht wegen der Gemeinsamkeit einen „hohen Veränderungsdruck erzeugen wird“.

kos

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Der komplizierte Schuld nachweis

ZWISCHENBILANZ Beim NSU-Prozess in München hat die schwierige Suche nach der Wahrheit erst begonnen

Beate Zschäpe wendet der Welt konsequent den Rücken zu. Die 38-Jährige tut dies jeden Morgen, wenn sie den Saal A 101 des Oberlandesgerichts in München betritt. Carsten S. geht mit tief ins Gesicht gezogener Kapuze zu seinem Platz, Holger G. verdeckt seines meist mit einer Aktenmappe. Nur André E. und Ralf Wohlleben demonstrieren Gelassenheit angesichts der Fotografen und Kameraleute.

Seit dem 6. Mai muss sich Zschäpe als mutmaßliches Mitglied des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) vor Gericht verantworten. Zschäpe soll ihre mutmaßlichen Komplizen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt bei den rassistisch motivierten Morden an neun Männern türkischer und griechischer Herkunft, dem Mord an einer deutschen Polizistin, zwei Sprengstoffanschlägen und 15 Raubüberfällen maßgeblich unterstützt haben. Zschäpe ist wegen Mittäterschaft angeklagt. Das bedeutet, dass sie nach Überzeugung der Bundesanwaltschaft die Taten genauso gewollt hat, als hätte sie selbst den Finger am Abzug gekrümmt. Doch Zschäpe nachzuweisen, etwas gewusst, gewollt und entscheidend unterstützt, aber nicht ausgeführt zu haben, ist keine einfache Aufgabe. „Sie müssen sich das vorstellen wie ein Puzzle“, hat Bundesanwalt Herbert Diemer einmal gesagt. Er meint damit, dass sich nach und nach ein Bild ergeben werde, ein Bild von der Schuld Zschäpes.

„Sie müssen sich das vorstellen wie ein Puzzle.“

Bundesanwalt Herbert Diemer über den schwierigen Nachweis der Schuld im NSU-Prozess

auch eine Waffe. Zschäpe soll ihn damals vom Bahnhof abgeholt und zugeschaut haben, als einer ihrer mutmaßlichen Komplizen die Waffe durchlud. Von den Morden will Holger G. nichts gewusst haben.

Prahlern mit der Pumpgun Der mitangeklagte Carsten S. hat Zschäpe bisher kaum belastet. Sie sei bei der Übergabe der Ceska – jener Waffe, mit der neun Menschen erschossen wurden – nicht dabei gewesen. Als Zschäpe sich ihnen näherte, während Böhnhardt und Mundlos ihm von einem Anschlagserfolg erzählten, sollen sie zu Carsten S. „Pssst!“ gesagt haben. S. verstand das so, dass Zschäpe nichts mitbekommen sollte. Aber was genau sollte sie nicht mitbekommen? Dass es einen Anschlagserfolg gab? Oder dass sie Carsten S. davon erzählten? Ein entscheidender Unterschied. Mundlos und Böhnhardt neigten offenbar zur Geschwätzigkeit. Auch Holger G. zeigten sie ihre Pumpgun, erzählten ihm von Sprengstoff und dessen Herkunft. Erzählten sie nie etwas von den Morden? Und Zschäpe lebt mit Mördern zusammen und weiß von nichts? Warum zündete sie dann die Wohnung in Zwickau an, die dem NSU als Versteck diente? Bisher gelang es ihren Anwälten nicht, darauf eine überzeugende Antwort zu finden. Stattdessen präsentierten die Ermittler beeindruckende Ergebnisse. So etwa der BKA-Beamte, der vor Gericht als Zeuge gehört wird und mit seinem rheinländischem Charme Zschäpe während einer achtstündigen Autofahrt dazu brachte, Sätze zu sagen wie: Sie habe sich ja nicht der Polizei gestellt, um nicht auszusagen. Wenn sie aussage, würde sie es vollständig tun, da sie „niemand sei, der nicht zu ihren Taten stehe“. Welche Taten sollte sie meinen? Oder die Ermittler, die in den Trümmern der Zwickauer Wohnung an der Frühlingsstraße belastendes Material fanden: im offenen Tresor die Handschellen der getöteten Polizistin Michèle Kiesewetter, im Flur Stadtpläne mit Tatortmarkierungen und überall Waffen.

Dass Zschäpe die Brandstifterin ist, daran zumindest gibt es kaum Zweifel. Zeugen sahen sie vor dem brennenden Haus. Ermittler fanden Benzinspuren an ihren Strümpfen. Der leere Benzinkanister lag vor ihrer Tür. Anders sieht es beim Vorwurf des versuchten Mordes aus. Die Handwerker, die in der Wohnung über dem NSU-Versteck arbeiteten, waren Kaffee trinken, als es brannte. Vielleicht kein Zufall. Eine knarrende Holzterrasse könnte Zschäpe signalisiert haben, dass die Männer in Sicherheit waren. Bleibt noch die alte, gehbehinderte Nachba-



Die Angeklagte im NSU-Prozess sagt nichts: Beate Zschäpe im Oberlandesgericht München (oben). Richter Manfred Götzl (unten Bildmitte) im Kreise seiner Kollegen.

Die Angeklagte schweigt Nach gut 30 Prozesstagen aber fehlen in dem Puzzle noch die meisten Teile. Und Zschäpe wird wohl nicht beim Zusammenfügen helfen. Sie schweigt vor Gericht. Es gelte erst noch festzustellen, ob es überhaupt eine terroristische Vereinigung gab, sagte einer ihrer Verteidiger vor dem Prozess. Der mitangeklagte Holger G. indes bezeichnete Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos schon früh als „Mitglieder einer terroristischen Vereinigung“. Er habe die Drei als Einheit erlebt. Und genau darauf kommt es an, um Zschäpe als Mittäterin verurteilen zu können. Holger G. ist vom Freund zu einem der wichtigsten Zeugen der Anklage geworden. Einem Beamten des Bundeskriminalamtes (BKA) sagte er, dass Zschäpe seinem Eindruck nach ein „gleichberechtigtes Mitglied“ innerhalb der Dreier-Gruppe gewesen sei. Zschäpe sei „durchsetzungsstark“ und „kein Typ, der sich unterordnen würde“, habe Holger G. gesagt. Sie habe die Finanzen der Drei geregelt. Holger G. versorgte das Trio mit Ausweisen und lieferte ihnen

während einer achtstündigen Autofahrt dazu brachte, Sätze zu sagen wie: Sie habe sich ja nicht der Polizei gestellt, um nicht auszusagen. Wenn sie aussage, würde sie es vollständig tun, da sie „niemand sei, der nicht zu ihren Taten stehe“. Welche Taten sollte sie meinen? Oder die Ermittler, die in den Trümmern der Zwickauer Wohnung an der Frühlingsstraße belastendes Material fanden: im offenen Tresor die Handschellen der getöteten Polizistin Michèle Kiesewetter, im Flur Stadtpläne mit Tatortmarkierungen und überall Waffen.

Dass Zschäpe die Brandstifterin ist, daran zumindest gibt es kaum Zweifel. Zeugen sahen sie vor dem brennenden Haus. Ermittler fanden Benzinspuren an ihren Strümpfen. Der leere Benzinkanister lag vor ihrer Tür. Anders sieht es beim Vorwurf des versuchten Mordes aus. Die Handwerker, die in der Wohnung über dem NSU-Versteck arbeiteten, waren Kaffee trinken, als es brannte. Vielleicht kein Zufall. Eine knarrende Holzterrasse könnte Zschäpe signalisiert haben, dass die Männer in Sicherheit waren. Bleibt noch die alte, gehbehinderte Nachba-

rin. Die Frau gab an, dass jemand bei ihr klingelte. Wollte Zschäpe sie warnen? Zschäpes Anwälte werden es vermutlich so darstellen.

Richter Manfred Götzl hat sich nach dem misslungenen Start wegen der Vergabe der Presseplätze schnell Respekt verschafft. Dass er ein versierter Jurist ist, steht außer Frage. Doch er gerät an seine emotionalen Grenzen, wenn er mit der Trauer und dem Schmerz der Angehörigen der Opfer konfrontiert wird – etwa bei der Witwe des vierten NSU-Opfers. Habil Kilic wurde am Morgen des 29. August 2001 in seinem Lebensmittelgeschäft in München durch zwei Kopfschüsse getötet. Auf Fotos, die im Gericht gezeigt werden, liegt die Leiche des 38-Jährigen auf weißen Fliesen in einer riesigen

Blutlache. Wieder ein türkischer Kleinunternehmer als Opfer. Wieder eine Ceska als Mordwaffe. Auch die Ermittler erkannten, dass ihr Fall anderen Morden ähnelte. „Wir wussten, da werden Menschen gezielt hingegerichtet“, sagte der damalige Leiter der Mordkommission vor Gericht. Die Frage war: Warum? Die Polizisten kamen immer auf dieselbe falsche Antwort. Die Einwanderer wurden nicht als Opfer von Neonazis erkannt, sondern über Jahre zu Unrecht selbst kriminalisiert. Drogen, Mafia, Rotlichtmilieu – die Ermittler hielten vieles für möglich, nur einen rassistischen Hintergrund schlossen sie lange aus.

Jener Verhandlungstag zum Fall Kilic zeigte, was das für die Familien bedeutete. Die Witwe wirkte traumatisiert. Sie musste die

Spuren des Blutbads damals selbst wegwischen. Danach war sie nicht mehr in der Lage, das Geschäft fortzuführen. Sie war vor Gericht keine einfache Zeugin: aufgeregt und voller Misstrauen, zwischendurch weinte sie. Richter Götzl wollte wissen, was ihr Mann für ein Mensch gewesen ist. Die Witwe verstand die Frage nicht. Vielleicht lag es an Götzls Juristensprache, vielleicht auch daran, was die Frau in den vergangenen zwölf Jahren durchgemacht hat. Wie es ihr nach der Tat ergangen sei, fragte Götzl weiter. Ob er sich denn nicht vorstellen könne, wie es ihr ergangen ist, fragte sie zurück. Götzl fand nicht den Ton, ihr Vertrauen zu gewinnen. Stattdessen ermahnte er sie zur Höflichkeit. Doch sie wollte nicht kooperieren. „Ich habe keine Nerven mehr.

Ich kann das nicht mehr. Wir haben genug gelitten“, sagte sie.

Es geht in diesem Prozess auch um den Vorwurf, dass die Gesellschaft weggeschaut hat, als über Jahre Einwanderer erschossen wurden. Einer der wohl bekanntesten Mordermittler Bayerns geriet im NSU-Prozess unter Rechtfertigungsdruck. „Wir alle hätten diese Serie gerne geklärt. Und wir sind auch nicht auf dem rechten Auge blind“, sagte er. Doch ein Bedauern kam ihm nicht über die Lippen. Das Gericht hat rund 160 weitere Verhandlungstage bis Ende 2014 terminiert. Die Wahrheitssuche hat erst begonnen.

Wiebke Ramm

Die Autorin ist freie Journalistin und spezialisiert auf Prozessberichterstattung.

Umstrittenes Gremium

SÄCHSEN NPD sitzt mit im NSU-Ausschuss

Holbrig war der Start im April 2012, ungewollt das ganze Gremium. Dass so viele gegen den „3. Untersuchungsausschuss Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen“ waren, hat vor allem damit zu tun, dass im Dresdner Landtag auch die rechtsextreme NPD sitzt und mit einem Vertreter am Ausschuss beteiligt werden musste. Der wurde so zum „NPD-Informationsausschuss“, warnten CDU-Landespolitiker. Auch der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag, Sebastian Edathy (SPD), gab zu bedenken, es bestehe die Gefahr, dass vertrauliche Informationen an die NPD gelangen könnten. Ein gegenseitiges Besuchsrecht für nichtöffentliche Sitzungen und den Austausch von Protokollen gab es daher nicht.

Die Opposition im Sächsischen Landtag, mit deren Stimmen der Ausschuss eingesetzt wurde, sieht dieses Problem zwar auch, weist aber darauf hin, dass die NPD im Ausschuss keine eigenen Beisitzer hat und so die überwiegend öffentlichen Zeugenvernehmungen nicht für sich ausnutzen könne. Dass die Mahnungen der Skeptiker allerdings nicht substanziell sind, bewies eine Panne im Juni: Unaufgefordert hatte das Landesamt für Verfassungsschutz dem Ausschuss – und damit auch dem NPD-Abgeordneten – ein Papier zugeschickt, in dem die Zahl seiner in der NPD platzierten V-Leute genannt wurde. Die Arbeit des Ausschusses krankt

aber nicht nur daran. Grundsätzlich tut sich Schwarz-Gelb in Sachsen mit der Aufklärung der NSU-Mordserie schwer. Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) schwingt lange zu den Vorgängen und sprach dann gern vom „Thüringer Terror-Trio“, als hätten die drei Rechtsterroristen nicht jahrelang unerkannt in Chemnitz und Zwickau leben können. Auch ihre Überfälle auf mehrere Sparkassen und Postfilialen in beiden Städten blieben unaufgeklärt. Innenminister Markus Ulbig (CDU) schiebt die Schuld gern ins Nachbarland. Die Federführung der Ermittlungen habe bei den Thüringer Behörden gelegen – und die hätten ihre Erkenntnisse weder richtig eingeordnet noch sie an die sächsischen Kollegen weitergeleitet. Inzwischen hat der Ausschuss 21 Mal getagelt und zahlreiche Zeugen vernommen. Im Oktober soll es eine ganze Ausschusswoche geben.

Katastrophale Fehleinschätzung Der Vorsitzende Patrick Schreiber (CDU) glaubt aber nicht, dass noch gravierendes Neues zu erwarten ist. „Dass die Kommunikation zwischen den Ländern und den Sicherheitsbehörden mangelhaft und offenbar niemand in der Lage war, die Puzzleteile richtig zusammensetzen, ist bekannt. Was soll da noch kommen?“ Für Kerstin Köditz, Obfrau der Linken, ist grundsätzlich festzustellen, dass die Strukturen der extremen Rechten in Sachsen lange „katastrophal falsch“ eingeschätzt wurden. „Wenn wir sicherstellen wollen, dass daraus nie wieder eine derartige Mordserie hervorgehen kann, müssen unsere Erkenntnisse weit über eine reine Fehleranalyse hinausgehen.“

Susanne Kalitz

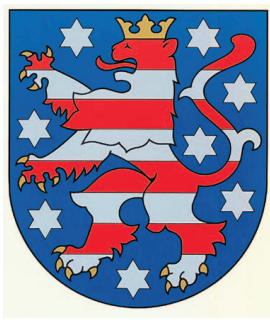


Ungeteilte Verantwortung

THÜRINGEN Den Anfängen des Terrors auf der Spur

Erst seit kurzem wird im NSU-Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtages intensiv über jene Garagendurchsuchung in Jena gesprochen, bei der die Rechtsterroristen Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe im Januar 1998 in den Untergrund abtauchten. Bei zahlreichen Zeugenvernehmungen vor dem im Januar 2012 von Landtag einstimmig eingesetzten Gremium wollten viele der Geladenen zwar immer wieder auf die Durchsuchung und ihre Folgen zu sprechen kommen, jedenfalls wenn sie zu den Zeugen gehörten, die nicht fortwährend auf Erinnerungslücken verwiesen. Die Abgeordneten unterbanden derartige Versuche aber in aller Regel. „Wir beschäftigten uns aktuell nur mit der Zeit bis zur Garagendurchsuchung“, wiederholte die Ausschussvorsitzende Dorothea Marx (SPD) immer wieder.

Viel zu nachlässig Etwa ein Jahr lang untersuchten CDU, Linke, SPD, Grüne und FDP in Erfurt so die frühe Phase der Entstehung des NSU. Aus gutem Grund: Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe wuchsen in den 1990er Jahren in Jena auf, radikalisierten sich dort und waren den Sicherheitsbehörden des Freistaates längst bekannt, bevor sie untertauchten. Thüringen trage deshalb für die Jahre bis 1998 die „ungeteilte Verantwortung“ für das Entstehen des NSU, wie es Marx bei der Vorstellung des Thüringer NSU-Zwischenberichts im März 2013 formulierte. Die vielleicht wichtigste Erkenntnis aus der bisherigen Aufklärungsarbeit: sowohl die Landespolitik als auch die Sicherheitsbehörden des Freistaates gingen in den 1990er Jahren viel zu nachlässig mit dem Erstarken des rechten Milieus um, in



dem sich die späteren Rechtsterroristen bewegten.

An vielen Details haben die Parlamentarier das herausgearbeitet, sodass diese Einschätzung parteiübergreifend geteilt wird. Ein Beispiel: Eine damals eingerichtete Sonderkommission Rechtsterrorismus wurde unter ominösen Umständen de facto aufgelöst, während rechte Straftäter weiter regelmäßig für Schlagzeilen sorgten. Trotz aller politischen Differenzen bemühen sich Union, Sozialdemokraten, Liberale, Linke und Grüne im Erfurter Ausschuss um ein gemeinsames Auftreten, was meist gelingt und nur dadurch eingetrübt wird, dass sich – wie auch auf Bundesebene – beim Thema Verfassungsschutz keine gemeinsame Position finden lässt.

So sieht die Linke im Verhältnis der Behörden im Verhältnisse des Thüringer Inlandsgeheimdienstes in den 1990er Jahren ein weiteres Argument für dessen Abschaffung. Die übrigen Parteien werfen der Behörde „nur“ Pannen vor und fordern ihre Neuaufstellung. Dem Zwischenbericht stellte die Linksfraktion deshalb ein Sondervotum zu dieser Frage bei. Bis zur Landtagswahl 2014 haben die Abgeordneten in Erfurt nun noch Gelegenheit, sich mit der Zeit von der Garagendurchsuchung bis zum Aufliegen des NSU im November 2011 zu beschäftigen. Aber entgegen der Tatsache, dass sie etwa ein Jahr lang zur Vorgeschichte des NSU gearbeitet haben, will kaum jemand ausschließen, dass es in der nächsten Wahlperiode einen weiteren NSU-Untersuchungsausschuss auf Landesebene geben könnte.

Sebastian Haak

Der Autor ist freier Nachrichtenjournalist in Erfurt und Mitglied im Korrespondentennetzwerk freier Medien dienst (fmd).

Deftige Rügen

BAYERN Eitelkeit der Sicherheitsbehörden

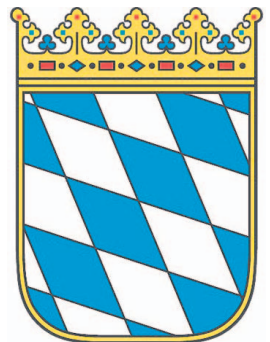
Die in Bayern regierende CSU betrachtet die innere Sicherheit gerne als ihre Kernkompetenz. Und doch kamen die dortigen Sicherheitsbehörden den NSU-Mördern nicht auf die Spur. Dafür gab es vom NSU-Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags schlechte Noten – und zwar parteiübergreifend. Immerhin wurden fünf der zehn NSU-Morde in Bayern verübt, zwei in München und drei in Nürnberg – so viele wie in keinem anderen Bundesland.

50 Zeugen Die Behörden hätten besser untereinander sowie mit den Kollegen in anderen Bundesländern kooperieren sollen, ist dem Anfang Juli vorgelegten Abschlussbericht des Gremiums recht eindeutig zu entnehmen. Auf den hatten sich alle fünf Fraktionen einschließlich der regierenden CSU und FDP nach rund einem Jahr Aufarbeitung und der Anhörung von 50 Zeugen verständigt. Zentraler Vorwurf darin: Die Ermittler haben zu lange immer nur in Richtung Organisierte Kriminalität gedacht. Die Idee, dass hinter den unaufgeklärten Morden auch Rechtsterrorismus stecken könnte, sei ihnen zwar gekommen, ihr wurde jedoch nicht konsequent nachgegangen. Eine der größeren Pannen war nach Ansicht des Ausschusses, dass die Ermittler der Aussage einer Zeugin nur halbherzig nachgegangen seien, die einen der Verdächtigen auf einem Video des Nagelbombenanschlags in Köln wiedererkannt haben wollte. Stattdessen hätten „vagere Vermutungen und letztlich haltlose Gerüchte über kriminelle Machenschaften der Opfer umfangliche Untersuchungen“ nach sich gezogen, heißt es im Bericht des Ausschusses. Kritisiert wird auch die man-

gelhafte Zusammenarbeit zwischen Polizei und Landesamt für Verfassungsschutz. Die Polizei habe bei den Verfassungsschutzern freilich sehr allgemein nachgefragt. Letztere hätten dafür „sehr bürokratisch“ reagiert. „Individuelle persönliche Eitelkeiten“ könnten die Ermittlungen auch an anderer Stelle behindert haben, vermuten die Mitglieder des Ausschusses.

Während es in dem von allen Fraktionen beschlossenen Mehrheitsbericht weitgehend bei diesen deftigen Rügen blieb, forderten SPD und Grüne in einem Sondervotum weitergehende Konsequenzen, wie etwa den Verzicht auf V-Leute beim Verfassungsschutz. Das wollten CSU und FDP nicht mittragen. Auch das Fazit der Opposition, die von einem „klaren Versagen der Sicherheitsbehörden in der Regierungspartei“ sprach, ging den Regierungsparteien zu weit. Einen „Kardinalfehler“ der Behörden will Ausschussvize Otmar Bernhard (CSU) jedenfalls nicht erkennen. Dennoch hatte die Erfolglosigkeit des bayerischen Sicherheitsapparats im Fall NSU bereits Konsequenzen. Man setzte zur Beobachtung des Rechtsterrorismus nun „sehr viel mehr und qualifizierteres Personal ein als vor einigen Jahren“, sagte der Vizepräsident des Verfassungsschutzes, Franz Gruber. Für einen Kriminalbeamten könnte der NSU-Ausschuss gar unangenehme Folgen haben. Er hatte als Zeuge angegeben, in Ermittlerkreisen habe frühzeitig das Kürzel NSU die Runde gemacht. Einige seiner Kollegen widersprachen. Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen ihn wegen unedlicher Falschaussage.

Ralf Müller



Der Autor ist Redakteur bei der „Nürnberger Zeitung“.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Ein Auto das nicht fährt, das ist sein Geld nicht wert“, reimte der bayerische Liedermacher Fredl Fesl Ende der 1970er Jahre in seinem „Anlass Jodler“. Doch was ist ein Auto wert, das zwar fährt, aber keine Zulassung für den Straßenverkehr erhält? Dies ist vereinfacht ausgedrückt das Grundproblem der Aufklärungsdrohne „Euro Hawk“, die der amerikanische Luftfahrtkonzern Northrop Grumman gemeinsam mit dem deutschen Hersteller EADS Cassidian für die Bundeswehr entwickelte. Im Kern sah das Projekt vor, das deutsche Aufklärungssystem „Isis“ in eine amerikanische Drohne vom Typ „Global Hawk“ der Baureihe Block 20 zu integrieren. Dies ist soweit auch gelungen, Ende September soll mit letzten Testflügen des gelieferten Prototypen die Funktionsfähigkeit des Aufklärungssystems abschließend geprüft werden. Und doch verzichtete das Verteidigungsministerium im Mai dieses Jahres darauf, das unbemannte Flugsystem in Serie produzieren zu lassen, um weitere vier „Euro Hawk“-Drohnen für die Streitkräfte zu ordern. Der Grund: der „Euro Hawk“ wird keine Musterzulassung für die Teilnahme am Luftverkehr erhalten. Für eine solche Musterzulassung müssten weitere 600 Millionen Euro in das Projekt investiert werden – allerdings ohne eine Erfolgsgarantie. Das Ministerium zog „die Reißleine“, wie es Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) ausdrückte.

Am 26. Juni konstituierte sich schließlich der Verteidigungsausschuss des Bundestages als Untersuchungsausschuss, um die Frage zu klären, aus welchen Gründen das Rüstungsprojekt scheiterte und wer dafür die Verantwortung trägt. Für die Oppositionsfraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen stand vor allem die Frage im Vordergrund, ob de Maizière das Parlament korrekt über seine Kenntnisse von den Problemen informiert hat. Nach 57 Stunden Zeugenvernehmungen und dem Studium von rund 1.500 Ordnern von Akten und Unterlagen hatten Opposition und Koalition am Ende genau jene Wahrheit gefunden, die sie bereits vor dem Untersuchungsausschuss verkündet hatten. Anfang vergangener Woche übergab schließlich die Ausschussvorsitzende Susanne Kastner (SPD) den 1.531 Seiten starken Abschlussbericht (17/14650), in dem der Verlauf und die Ergebnisse der Untersuchung nebst allen Zeugenaussagen festgehalten sind, an Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU).

Rücktrittsforderung Für Sozialdemokraten, Linke und Grüne steht fest, dass Minister de Maizière das Parlament und die Öffentlichkeit belogen hat und entgegen seiner Behauptung bereits vor dem 13. Mai über die Zulassungsprobleme des „Euro Hawk“ informiert war. Er selbst habe vor dem Ausschuss „allein acht Gelegenheiten aufgezählt, zu denen er mit den Problemen bei der Zulassung konfrontiert“ worden sei, heißt es im Sondervotum von SPD und Grünen zum Abschlussbericht. Und weiter schreiben sie: „Es ist deshalb geradezu grotesk, zur Verteidigung weiter an einer Untersuchung von ‚lösbaren‘ und ‚unlösbaren‘ Problemen“ festzuhalten.“ In der Bundestagsdebatte über den Bericht hielt der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Arnold, de Maizière vor, er habe „die Öffentlichkeit hinter die Fichte führen“ wollen. Er solle deshalb die Konsequenzen ziehen und zurücktreten. Omid Nouripour, verteidigungspolitischer Sprecher der Grünen, schloss sich der Kritik an. De Maizière sei der Falsche für den Posten des Verteidigungsministers. Auch für die Linksfraktion ist klar, dass der Minister „nachweislich die Unwahrheit gesagt“ hat. Ganz anders sehen das CDU/CSU und FDP: De Maizière habe „von Anfang an die Wahr-



Verteidigungsminister Thomas de Maizière vor dem „Euro Hawk“-Untersuchungsausschuss des Bundestages

Zwei Wahrheiten

EURO HAWK Opposition und Koalition sehen sich jeweils durch die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses bestätigt

heit gesagt. Es existiert auch nach der Befragung des Verteidigungsministers vor dem Untersuchungsausschuss kein einziges Indiz, welches das Gegenteil belegt. Alle einschlägigen Zeugen haben die Äußerungen des Ministers untermauert, dass er bis Mai 2013 nicht mit unlösbaren Problemen bei der Zulassung des „Euro Hawks“ befasst wurde“, resümieren Union und FDP im Bericht. Und der CDU-Verteidigungspolitiker Markus Gröbel setzte in der Bundestagsdebatte bissig hinzu: „Wer etwas anderes sagt, der ist entweder ahnungslos oder bössartig – im Zweifel beides.“ Auch sein FDP-Kollege Joachim Spatz attackierte die Opposition: „Wenn Sie wahrheitswidrig sagen, der Minister habe gelogen, dann müsste man Sie zum Rücktritt auffordern; nur leider geht das bei der Opposition nicht.“

Völlig konträre Standpunkte vertreten Koalition und Opposition in der Frage, ob und welcher Schaden durch den „Euro Hawk“ entstanden ist. Fakt ist, dass in das Projekt rund 600 Millionen Euro an Entwicklungskosten geflossen sind. Bekommen hat die Bundeswehr dafür den Prototypen des „Euro Hawk“ mit dem integrierten Aufklärungssystem „Isis“. Einsetzen können die Streitkräfte die Drohne wegen der fehlenden Zulassung allerdings nicht. Und selbst wenn die Zulassung doch erfolgen würde, so wäre frühestens ab dem Jahr 2017 eine ausschließlich deutsche Missionsplanung möglich, da die hierfür benötigte amerikanische Technik in den USA noch über keine Exportgenehmigung verfügt. Bis dahin wäre die Bundeswehr weiterhin auf die Amerikaner bei den Missionsplanungen angewie-

sen. Doch dies widerspricht dem Ansinnen, über ein Aufklärungssystem in nationaler Hoheit zu verfügen. „For german eyes only“ (Nur für deutsche Augen), lautete das ursprüngliche Ziel. Unterstützung für de Maizière Union und FDP machen deshalb eine ganz einfache Rechnung auf. „Durch die Entscheidung des Ministers, die Serie von vier ‚Euro Hawks‘ nicht zu kaufen, ist nicht nur kein Schaden entstanden, sondern gerade auch Schaden verhindert worden“, argumentierte Gröbel vor dem Parlament. Der Kaufpreis von 600 Millionen Euro für die Serie und die geschätzten weiteren 600 Millionen Euro für eine ungewisse Musterzulassung seien gespart worden. Dieses Geld stünde nun für eine alternative Lösung zur Verfü-

gung. So werde nun geprüft, das Aufklärungssystem „Isis“ auf einer anderen Trägerplattform – einem bemannten Flugzeug oder einer anderen Drohne – zum Einsatz zu bringen. Bis Anfang nächsten Jahres sollen diese Möglichkeiten nach Aussage von de Maizière geprüft und eine Entscheidung getroffen werden. Auch die Entwicklungskosten von 600 Millionen Euro sehen Union und Liberale nicht gänzlich als Fehlinvestition an. Allein 360 Millionen Euro seien in die Entwicklung und Erprobung von „Isis“ geflossen. Dies könne genutzt werden. Ein vorzeitiger Abbruch des Rüstungsvorhabens hätte im Gegenteil auch diese Investitionen zunichte gemacht, argumentieren die Koalitionsfraktionen. Für die Opposition stellt dies jedoch eine Milchmädchenrechnung dar. Bislang sei der Nutzen von „Isis“ nicht bewiesen und es werde „in den nächsten Jahren voraussichtlich auch nicht zum Einsatz kommen“, schreiben SPD und Grüne im Bericht. „Das heißt, wir haben 600 Millionen Euro ausgegeben und am Ende nichts dafür bekommen“, hielt Arnold in der Debatte fest. Die Linksfraktion wiederum hält das Projekt in jedem Fall für einen Fehler. „Die Bundeswehr brauchte diesen ‚Euro Hawk‘ aus ihrer Sicht für Auslandseinsätze“, monierte deren außenpolitischer Sprecher Jan van Aken. „Wir finden die Kriegseinsätze falsch. Deswegen fanden wir die Drohne falsch. Das finden wir heute immer noch.“ Die Linke kritisiert zudem, dass der „Euro Hawk“ im Zuge der Amtshilfe auch für Einsätze im Inland genutzt werden sollte. Er sei nichts anderes als ein „Datenstaubsauger“, der beispielsweise auch Mobilfunktelefonate der Bürger mitschneiden könne. In diesem Zusammenhang weist Die Linke in ihrem Sondervotum darauf hin, dass der amerikanische Geheimdienst NSA an der Zulieferung der Verschlüsselungstechnik beteiligt war.

Die Schuldfrage Auch wenn der Untersuchungsausschuss letztlich herausarbeiten konnte, aus welchen Gründen das Projekt „Euro Hawk“ nicht zu einem erfolgreichen Abschluss geführt wurde, so uneins sind sich die Fraktionen in der Frage, wer dafür verantwortlich ist. CDU/CSU und FDP sehen diese Verantwortung bei allen Beteiligten des Projektes. So sei die prinzipielle Entscheidung für eine deutsche Aufklärungsdrohne, die das auslaufende bemannte Aufklärungsflugzeug „Breguet Atlantic“ ersetzen sollte, durch Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) gefallen. Bei SPD und Grünen habe damals eine „wahre Drohneuphorie“ geherrscht, hielten Gröbel und Spatz der Opposition vor. Gleichzeitig habe man die bereits damals bekannten Zulassungsprobleme unter den Tisch gekehrt. Auch die Linke sieht Scharping mit in der Verantwortung. SPD und Grüne hingegen halten de Maizière vor, er habe sich um das Projekt nicht ausreichend gekümmert. Zumindest an einem Punkt konnte eine gewisse Einigkeit hergestellt werden. Rüstungsprojekte dieser Größenordnung sollen zukünftig im Ministerium aber auch durch den Bundestag kritischer begleitet und das vom Bundesrechnungshof monierte unzureichende Controlling erheblich verbessert werden. Denn von den Problemen des „Euro Hawk“ waren in der Vergangenheit alle großen Rüstungsvorhaben betroffen. Verteidigungsminister de Maizière hatte dem Ausschuss dazu bereits Vorschläge unterbreitet. Dazu gehört auch die regelmäßige Information des Verteidigungs- und des Haushaltsausschusses des Bundestages. Für die Soldaten der Bundeswehr, die für den bevorstehenden Abzug aus Afghanistan die Fähigkeiten des „Euro Hawk“ hätten gut gebrauchen können, wie Generalinspekteur Volker Wiekert ausgeführt hatte, kommt dies jedoch zu spät. Sie dürften den Wert der Drohne ganz ähnlich wie Fredl Fesl bewerten. Alexander Weinlein

CHRONIK DES EURO HAWK

1998-2002 In der Amtszeit von Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) wird bei der Aufklärungstechnik der Bundeswehr eine „strategische Fähigkeitslücke“ erkannt. Besonders deutlich wird dies im Kosovo-Einsatz 1999. Mit der Drohnen-Technologie soll die Lücke geschlossen werden.

Oktober 2001 Ein „Project Agreement“ zwischen dem Bundesverteidigungsministerium und der US-Air Force sowie den beiden Rüstungspartnern EADS und Northrop Grumman (USA) wird unterzeichnet. Ziel der Vereinbarung ist es, die Machbarkeit einer hochfliegenden Aufklärungsdrohne mit langer Einsatzdauer im deutschen Luftraum nachzuweisen.

Oktober 2003 Demonstration des US-Trägersystems „Global Hawk“ in Nordholz.

November 2005 In Friedrichshafen am Bodensee wird die „Euro Hawk“-GmbH als Joint Venture der Firmen Cassidian (EADS) und Northrop Grumman gegründet.

Februar 2007 Der „Euro Hawk“-Vertrag wird unterzeichnet. Die Herstellerfirmen erhalten für die Entwicklung des Prototypen Mittel in Höhe von 430 Millionen Euro. Cassidian soll das Signalaufklärungssystem „Isis“ liefern, die US-Rüstungsfirma Northrop Grumman den Träger auf Basis des „Global Hawk“. Die Serie soll später aus fünf Drohnen bestehen. Verteidigungsminister ist Franz Josef Jung (CDU).

Februar 2010 Nach einer Besprechung mit Vertretern der Herstellerfirmen und der Projektleitung wird entschieden, wegen der Zulassungsprobleme die Musterprüfung für die „Euro Hawk“-Serie zurückzustellen und auf eine Prototypenprüfung zu reduzieren. Verteidigungsminister ist Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU).

Juni 2010 Das Marineaufklärungsflugzeug „Breguet Atlantic“ wird nach rund 40 Jahren im Einsatz außer Dienst gestellt.

März 2011 Thomas de Maizière (CDU) wird zum Verteidigungsminister ernannt.

Juli 2011 Der erste „Euro Hawk“ startet von der Edwards Air Force Base in Kalifornien zum Überführungsflug nach Deutschland. Die Drohne landet nach fast 23 Stunden Flugzeit im bayerischen Manching, wo das Signalaufklärungssystem „Isis“ eingebaut wird.

Oktober 2011 Der „Euro Hawk“ wird mit einem feierlichen „Roll-Out“ in Manching der Öffentlichkeit vorgestellt.

Februar 2012 De Maizières Staatssekretäre Stéphane Beemelmans und Rüdiger Wolf werden darüber informiert, dass eine Musterzulassung für die „Euro Hawk“-Serie zusätzlich schätzungsweise bis zu 600 Millionen Euro kosten könnte.

Januar 2013 Der „Euro Hawk“ startet in Manching in einem militärisch kontrollierten Luftraum zu einem ersten Testflug in Deutschland. Die Drohne steigt auf 15 Kilometer Höhe und landet nach fast sechs Stunden wieder.

Mai 2013 Die beiden Staatssekretäre sowie Generalinspekteur Volker Wiekert entscheiden, die Serie nicht zu beschaffen. Der Minister schließt sich dem Votum am 13. Mai an und informiert die Öffentlichkeit einen Tag später. Er begründet die Entscheidung mit den unverhältnismäßig hohen Kosten für die Serienzulassung der Drohne.

Juni 2013 Der Verteidigungsausschuss konstituiert sich als Untersuchungsausschuss und erhält den Auftrag, bis zum 31. August „den Umgang der Bundesregierung mit dem Entwicklungsvorhaben ‚Euro Hawk‘ unter vertraglichen, rechtlichen, haushälterischen, militärischen, technologischen und politischen Gesichtspunkten zu untersuchen sowie die Aufklärungs- und Informationspraxis der Bundesregierung zu diesem Vorgang zu überprüfen“.

Juli 2013 Der U-Ausschuss verminnt an sechs Sitzungstagen insgesamt 18 Zeugen, darunter die Ex-Wehrminister Scharping und Jung sowie am Schluss de Maizière. Der Minister versichert, bis zum Frühjahr 2013 keine Kenntnis über unlösbare Probleme mit dem „Euro Hawk“ gehabt zu haben, räumt aber ein, er hätte sich früher genauer informieren lassen sollen.

September 2013 Der „Euro Hawk“ wird mit der Aufklärungssensorik „Isis“ weiter getestet. Parallel dazu läuft die Suche nach einem alternativen Trägersystem. Die Sensorik soll Ende September offiziell abgenommen und auf jeden Fall weiter genutzt werden. PK



Die Aufklärungsdrohne „Euro Hawk“ während des Überführungsfluges aus den USA nach Deutschland im Juli 2011.

Hoch am Himmel

AUFKLÄRUNG Der »Euro Hawk« zeichnet Funksignale auf

Sie fliegt unbemannt in großen Höhen und wird vom Boden aus kontrolliert: Die Drohne mit der Bezeichnung „Euro Hawk“ (Hawk zu Deutsch Falke) wurde einst in Auftrag gegeben, um die „strategische Lücke“ in der Luftaufklärung der Bundeswehr zu schließen. Mit dem Einstieg in die Drohnen-Aufklärungstechnologie sollte ein „Modernisierungsschub“ in der Armee erreicht werden, wie Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) es formulierte. Der fertiggestellte Prototyp des „Euro Hawk“ basiert auf dem US-Trägersystem „Global Hawk“, einem unbemannten Langstreckenflugzeug, das in den USA bereits in Serie gegangen und im Einsatz erprobt ist. Hersteller ist das US-Unternehmen Northrop Grumman aus Falls Church in Virginia. Die Aufklärungssensorik (ISIS) für den Euro Hawk wird von der Firma Cassidian entwickelt, die zum Rüstungskonzern EADS gehört. Mit einer maximalen Einsatzzeit von rund 30 Stunden, einer Einsatzhöhe von rund 18 Kilometern und einer Reichweite von 14.000 Kilometern zählt das Fluggerät zur Kategorie HALE UAS (High Altitude Long Endurance Unmanned Aircraft System). Die Drohne ist auch in ihrer Größe durchaus beeindruckend. Mit einer Höhe von fast fünf Metern, einer Länge von knapp 15 Me-

tern und einer Flügelspannweite von rund 40 Metern erreicht der „Euro Hawk“ locker die Ausmaße eines Passagierjets. Angetrieben wird das Fluggerät von einem Rollce-Royce-Triebwerk, das am Heck über dem aus Aluminium gefertigten Rumpf befestigt ist und die Maschine auf bis zu 611 Stundenkilometer beschleunigt. Die wichtige Drohne bewegt sich auf programmierten Flugrouten, wobei die Bodenstation jederzeit korrigierend eingreifen kann, was Steuerung, Ausrüstung und Datenübertragung angeht. Ein Pilot am Boden ist verantwortlich nur für Start und Landung, ein anderer im sogenannten Mission Control Element für den eigentlichen Flug der Drohne.

Auswertung von Radarsignalen Das integrierte Aufklärungs- und Überwachungssystem kann Funksignale im Operationsgebiet aufzeichnen, Funksprüche oder Befehlscode etwa. Eine weitere wichtige Funktion besteht darin, Radarsignale zu erfassen. Dies dient der Analyse gegnerischer Waffensysteme, beispielsweise radargeführten Flugabwehrstellungen, wie auch dem Schutz der Drohne. Je nach Ausgangslage kümmern sich in der Bodenstation vier bis zehn Spezialisten um die Datenauswertung und die Steuerung des Missionssystems. Claus Peter Kosfeld

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



In einer anderen Zeit

DOPING Eine Studie versetzt Sportpolitiker in Unruhe. Gab es auch im Westen staatlich finanziertes Doping? Bundesinnenminister Friedrich schließt ein Anti-Doping-Gesetz nicht aus



Auch die Olympische Spiele – hier in München 1972 – standen im Zeichen Ost-West-Konfliktes.

Für Gisela Spitzer ist die Sache klar. Seit 1950 habe es in der Bundesrepublik „systemische Dopingforschung“ gegeben. Dies sei ab 1970 durch die Gründung des Bundesinnenministeriums (BMI) unterstellten Bundesinstituts für Sportwissenschaften (BISp) „ergänzt“ worden, sagte der Sporthistoriker vergangene Woche während einer Sonder-sitzung des Sportausschusses. Thema dort: Der Endbericht zur Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“ an der Spitzer und sein Team von der Humboldt-Universität Berlin gemeinsam mit Wissenschaftlern der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster seit 2008 gearbeitet haben. Die Studie lässt viel Raum für Spekulationen und Fragen: Haben etwa die beiden ehemaligen Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher und Werner Maihofer (beide FDP) – genervt von der, möglicherweise dem Doping geschuldeten, Überlegenheit der Sportler aus dem Ostblock – die Dopingforschung nicht nur geduldet sondern gar forciert? Haben sie etwa den Einsatz von Dopingmitteln mit Blick auf die Olympischen Spiele in München 1972 sogar gefordert?

Kein Staatsdoping Um über diese und andere Fragen und über Konsequenzen aus der Studie zu reden, hatte der Sportausschuss Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) geladen, der den Abgeordneten 75 Minuten lang Rede und Antwort stand. Mit einem aus Sicht der Opposition unzureichenden Ergebnis. „Ich hätte mir deutlichere Aussagen gewünscht, sagte etwa die Aus-

schussvorsitzende Dagmar Freitag (SPD). Vieles sei im Unklaren geblieben, bemängelte sie. Klar ist zumindest aus Sicht der Bundesregierung, dass es sich – anders als im Falle der DDR – nicht um eine Art Staatsdoping gehandelt hat. Dass es dennoch Doping gegeben habe, müsse im historischen Kontext des Kalten Krieges betrachtet werden. „Es war eben eine andere Zeit, mit anderen Maßstäben“, sagte Innenminister Friedrich. Was die Konsequenzen angeht, so zeigte er sich in der Frage, ob es eines Anti-Doping-Gesetzes bedarf – wie es die Autoren der Studie fordern – „für alle Argumente offen“. Wenn Ermittler sagen würden, „wir brauchen im Anti-Doping-Kampf neue Vorschriften, müssen wir das aufnehmen“, sagte der Minister, der dafür plädierte, alle eventuellen Auswirkungen neuer Regelungen zuvor genau zu prüfen.

Expertenrunde Friedrich verwies jedoch auch auf das Spannungsfeld zwischen Sportgerichtsbarkeit und Strafgerichtsbarkeit. Es bestehe die Gefahr, dass die Sportgerichtsbarkeit ausgehebelt wird, wenn man auf das Urteil eines Strafgerichtsprozesses warten muss. Diese Befürchtung teilte auch die Unionsfraktion und lehnte daher ein Anti-Doping-Gesetz ab. „Wir legen großen Wert auf die Autonomie des Sports“, sagte der CDU-Sportexperte Klaus Riegert. Zugleich forderte er die Bundesländer auf, weitere Schwerpunktstaatsanwaltschaften zu schaffen. Nach Ansicht der Grünen-Sportexpertin Viola von Cramon ist die Sportgerichtsbarkeit mit dem Anti-Doping-Kampf aber überfordert. „Ohne ein Anti-Doping-Gesetz

kann nicht gegen dopende Spitzensportler ermittelt werden“, befand sie und kritisierte die zögerliche Haltung der Bundesregierung. „Wie viele Experten wollen Sie denn noch befragen, bevor Sie endlich handeln?“, fragte von Cramon den Innenminister, der eine Expertenrunde zu dem Thema für den 26. September angekündigt hatte. Friedrich hielt dem entgegen, dass durch das novellierte Arzneimittelgesetz schon umfangreiche Regelungen für den Anti-Doping-Kampf geschaffen worden seien. „Das können Sie doch nicht ignorieren“, sagte er an die Abgeordnete der Grünen gewandt. Riegert warf von Cramon vor, Spitzensportler kriminalisieren zu wollen und lobte das BMI für das „Vorgehen mit Augenmaß“.

KOMPAKT

- > **Doping-Studie** Initiiert durch den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) wurde die Studie 2008 vom Bundesinstitut für Sportwissenschaften beauftragt.
- > **Inhalt** Drei Zeitabschnitte haben die Forscher jeweils einzeln untersucht. Die Arbeiten an der Zeitspanne 1990 bis 2007 sind noch nicht abgeschlossen. Derzeit ist unklar, ob die Arbeit fortgeführt wird.
- > **Konsequenzen** Der DOSB hat eine siebenköpfige Expertenkommission einberufen, die Empfehlungen für den Umgang mit der Doping-Vergangenheit und für daraus zu ziehende Konsequenzen im Anti-Doping-Kampf geben soll.

Was die Studie selbst angeht, so machte Innenminister Friedrich deutlich, dass seitens des BMI darin „nichts geschwärzt oder getrichen wurde“. Auf die Frage des SPD-Abgeordneten Martin Gerster, ob Berichte über eine Löschung einiger für die Forscher relevanter Akten zutreffend seien, verwies er auf ein ordnungsgemäßes Lösungsverfahren im Jahr 2006. „Von späteren Löschungen weiß ich nichts“, sagte Friedrich. Ein Aktenlöschungsmoratorium, wie es der Linken-Abgeordnete Jens Petermann angeregt hatte, sei daher unnötig.

Kritik an Spitzer Als Friedrich schließlich den Sitzungssaal verlassen hatte, sah sich Gisela Spitzer heftiger Kritik an seiner Forschungsarbeit ausgesetzt. So sprach Lutz Knopek (FDP) von „unglaublichen Vorwürfen“, die nicht ausreichend belegt seien. Die Vorstandsvorsitzende der Nationalen-Anti-Doping-Agentur (Nada), Andrea Gotzmann, verwies darauf, dass die Nada den Forschern sehr wohl Angebote zur Akteneinsicht gemacht habe, die vom Berliner Team jedoch nicht wahrgenommen worden seien. „Den Vorwurf, wir hätten Akten nicht zur Verfügung gestellt, weise ich zurück“, sagte Gotzmann. Der Sportmediziner Klaus-Michael Braumann, wissenschaftlicher Beirat der Doping-Studie, warf den Berliner Forschern vor, „nicht ergebnisoffen“ geforscht zu haben und einen Dopingbegriff „aus dem Bauch heraus“ geschaffen zu haben. „So wird irgendwann aus jeder Tasse Kaffee Doping“, kritisierte er. Spitzer reagierte auf die Vorwürfe zurückhaltend. Er äußerte lediglich die Bitte, man möge die Studie aufmerksam lesen. Götz Hausding

Wichtiger Stimmungstest

LANDTAGSWAHL IN BAYERN CSU in Umfragen klar vorne

Eine Woche vor der Bundestagswahl sind am kommenden Sonntag in Bayern rund 9,3 Millionen Bürger aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen. Die Abstimmung im Süden der Republik ist nicht nur ein wichtiger Stimmungstest für die anschließende Bundestagswahl am 22. September, sondern auch eine mit Spannung erwartete Richtungsentscheidung im Freistaat. Mit Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) und seinem Herausforderer, dem langjährigen Münchner Oberbürgermeister Christian Ude (SPD), gehen zwei ebenso prominente wie populäre Kandidaten ins Rennen um den Posten des Regierungschefs. Im aktuellen „Bayertrend“ der ARD liegt die CSU mit 47 Prozent klar vorne und könnte die absolute Mehrheit der Mandate holen. Ihr jetziger Bündnispartner, die FDP, muss hingegen um den Wiedereinzug in das Maximilianeum bangen, liegt sie doch in der Umfrage nur bei drei Prozent. Die SPD kommt auf 21 Prozent, die Grünen auf elf und die Freien Wähler, mit denen SPD und Grüne eine Mehrheit anstreben, auf sieben Prozent der Stimmen. Linke (drei Prozent) und Piraten scheinen ebenso wie die rechten Gruppierungen keine Chancen auf einen Einzug in das Parlament zu haben. Viele Wähler wissen aber noch nicht, wem

sie ihre Stimme geben sollen. Bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten würden sich laut „Bayertrend“ 51 Prozent für Seehofer und 35 Prozent für Ude entscheiden.

Jeder Wähler hat zwei Stimmen Im Bayerischen Landtag sind derzeit fünf Fraktionen und 187 Abgeordnete vertreten, neben CSU (92 Sitze), SPD (39) und FDP (15) auch die Freien Wähler (21) und die Grünen (19). Sieben Sitze resultieren aus vier Überhang- und drei Ausgleichsmandaten. Die frühere CSU-Landrätin Gabriele Pauli sitzt fraktionslos im Parlament. Mit jeweils zwei Stimmen entscheiden die Wähler über die Zusammensetzung des 17. Bayerischen Landtags in den nächsten fünf Jahren. Mit der Erststimme wird ein Stimmkreismitglied direkt gewählt. Die Parteien stellen dazu einen Kandidaten für jeden der 90 Stimmkreise auf. Wer die meisten Stimmen im Kreis erhält, zieht in den Landtag ein, wobei die Partei des Gewinners landesweit die Fünf-Prozent-Hürde überwinden muss. Mit der Zweitstimme werden Wahlkreis-kandidaten auf einer von den Parteien gebildeten offenen Liste gewählt. Über die sieben Wahlkreise, die den Regierungsbezirken entsprechen, werden ebenfalls 90 Mandate vergeben, insgesamt also 180. pk

Lange Untersuchungshaft

PETITIONEN Ausschuss setzt sich für türkische Politiker ein

Der Petitionsausschuss fordert die Bundesregierung auf, die Justizreform in der Türkei weiterhin kritisch zu begleiten sowie auf die Wahrung der Menschenrechte in dem Land zu achten. In der Sitzung am vergangenen Dienstag beschlossen die Abgeordneten daher einstimmig, eine dahingehende Petition der Bundesregierung „zur Berücksichtigung“ zu überweisen. Die Petition stammt von dem türkischen Schriftsteller, Journalisten und Abgeordneten Mustafa Balbay, der nach vierjähriger Untersuchungshaft Anfang August 2013 zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Balbay wurde die Mitgliedschaft im sogenannten Geheimbund Ergenekon vorgeworfen. Die Unionsabgeordnete Stefanie Vogelsang hat im Rahmen der Aktion „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ die Petition für den Ausschuss übernommen. Wie aus der Begründung zur Beschlussempfehlung des Ausschusses hervorgeht, war der Prozess gegen Balbay und seine Mitangeklagten in der Türkei und auch international sehr umstritten. Obwohl sich hochrangige türkische Politiker im Herbst dahingehend geäußert hatten, dass sie sich um eine Lösung für

die inhaftierten Abgeordneten bemühen würden, habe es keinerlei konkrete Schritte für deren Freilassung gegeben, schreiben die Abgeordneten. Ein Antrag des Petenten auf Haftentlassung von Anfang Juli 2012 sei auch nach Inkrafttreten des 3. Justizreformpaketes, das unter anderem erweiterte Möglichkeiten für Haftverschonung vorsieht, mit Hinweis auf Flucht- und Verdunklungsgefahr abgelehnt worden.

Weite Auslegung Aus Sicht des Ausschusses verstößt die mehr als vierjährige Untersuchungshaft „eklatant gegen die Prinzipien eines Rechtsstaates“. Eine solche lange Untersuchungshaft sei in der Türkei keine Ausnahme, heißt es weiter. Nach deutscher Einschätzung liege dem eine sehr weite Auslegung der Anti-Terror-Gesetze zugrunde. Diese Problematik, aber auch die Beachtung der Menschenrechte, bringe die deutsche Seite in Gesprächen mit der türkischen Regierung regelmäßig zur Sprache, schreibt der Ausschuss. Mit dem breitem Votum für die Petition wolle man die Bundesregierung ermutigen, in diesen Bemühungen nicht nachzulassen. hau

Wie geht Demokratie?

STIPENDIATEN Gäste aus arabischen Ländern im Bundestag

Die Aufgabenstellung war im Grunde nicht lösbar. Ob er denn nicht ein paar Ratschläge geben könnte, wie man die Demokratie in den arabischen Staaten aufbauen kann, wurde Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) im Rahmen der Begrüßungsveranstaltung für die Teilnehmer am Programm des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS) für arabische Staaten vergangene Woche gefragt. „Vielleicht ein paar Ratschläge, die man im Internet so nicht findet“, präziserte ein Stipendiat aus Tunesien. Mit Patentlösungen könne er leider nicht dienen, entgegnete der Bundestagspräsident. „Und weil das so ist, stellen wir uns eine dialogische Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen vor.“ Dazu gehört auch das IPS-Programm für Teilnehmer aus arabischen Staaten, an dem in diesem Jahr 24 junge Leute aus acht Ländern teilnehmen. Vier Wochen lang werden sie sich in den Büros einzelner Abgeordneter direkt mit der Arbeit des Bundestages beschäftigen – Wahlkampf inklusive.

Wenngleich Lammert auch keine Ratschläge geben wollte, so verwies er doch auf die deutschen Erfahrungen auf dem schwierigen Weg zur Demokratie, „die in Deutschland nicht erfunden wurde“. Der erste Demokratieveruch habe keine 14 Jahre gehalten und sei schließlich kollabiert, sagte er mit Hinweis auf die Weimarer Republik.

Fehlender Konsens Ein wesentlicher Grund für das Versagen sei gewesen, „dass es einen grundsätzlichen Konsens aller Demokraten darüber, was sie miteinander verbindet, nicht gab“. Eine Demokratie könne aber nur stabil sein, wenn die ganze Mehrheit der Menschen in einem Land davon überzeugt ist, „dass die Einhaltung von Regeln Vorrang vor der Durchsetzung eigener Interessen hat“. Dies sei ein kultureller Lernprozess, der durch Dekrete nicht zu ersetzen sei, sagte Lammert. Die Stipendiaten rief er im Anschluss dazu auf, die vierwöchige Zeit im Bundestag zu nutzen, „um vor Ort zu sehen, wie es läuft oder eben auch nicht läuft“. hau

Verhinderte Debatte

GEHEIMDIENSTE Bundestag lehnt mit schwarz-gelber Mehrheit die Aussprache über Oppositionsanträge zu Ausspähaffäre ab

Vorwurf stand gegen Vorwurf: „Sie wollen die Affäre totschweigen“, hielt Thomas Oppermann, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, vergangene Woche im Bundestag der Koalition vor. „Sie skandalisieren ohne Argumentationsgrundlage“, kritisierte sein Unions-Kollege Michael Grosse-Brömer (CDU) seinerseits die Opposition. Streitpunkt war deren Forderung, in der voraussichtlich letzten Plenarsitzung der Legislaturperiode eine Debatte zur Ausspähaffäre um US-amerikanische und britische Geheimdienste zu führen. Am Ende der Geschäftsordnungsdebatte lehnte es das

Parlament in der vergangenen Woche mit den Stimmen der schwarz-gelben Mehrheit ab, entsprechende Anträge der SPD-, der Links- und der Grünen-Fraktion auf die Tagesordnung zu setzen.

Aufnahme Snowdens gefordert Nach dem Antrag der SPD-Fraktion (17/14677) sollte die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden, „die Aufklärung des Ausspähskandals nicht weiter zu bagatellisieren“ und dafür zu sorgen, „dass die mutmaßliche flächendeckende Ausspähung deutscher und europäischer Bürgerinnen und Bürger unverzüglich beendet wird“. Seit Beginn der Enthüllungen des Whistleblowers Edward Snowden vor rund zehn Wochen stehe der Vorwurf im Raum, „dass US-amerikanische und britische Nachrichtendienste deutsche und europäische Staatsbürger massenhaft und flächendeckend

auspionieren“. Die Linksfraktion forderte in ihrer Vorlage (17/14679) unter anderem, die „unkontrollierbar gewordene Zusammenarbeit der Nachrichtendienste in Europa und zwischen Europa und den USA einzustellen“. Wie Die Linke sprach sich die Grünen-Fraktion in ihrem Antrag (17/14676) unter anderem dafür aus, Snowden „aus humanitären Gründen und zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik“ in Deutschland aufzunehmen.

„Unerhörter Vorgang“ Oppermann sagte, dass „wir von den Geheimdiensten von Großbritannien und den Vereinigten Staaten, von unseren engsten Bündnispartnern, ausgespäht werden“, sei ein „so unerhörter Vorgang“, dass darüber der Bundestag debattieren müsse. Der US-Geheimdienst NSA habe „lediglich bestritten, dass wir flächendeckend ausgespäht werden. Aber was

heißt schon ‚flächendeckend‘? Wenn millionenfach E-Mail-Verkehr und Telefonate in Deutschland überwacht würden, berührt das die Grundrechte der Bürger. Für Die Linke argumentierte ihr Abgeordneter Jan Korte, man müsse über den „massiven Angriff auf die freie Kommunikation“ diskutieren, „weil er Angst verursacht“. Das führe dazu, dass Menschen nicht mehr frei kommunizieren, „weil sie nicht genau wissen, was mitgelesen wird“. Der Parlamentarische Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Volker Beck betonte, man könne die

Affäre nicht dem geheim tagenden Parlamentarischen Kontrollgremium überlassen. „Hier vor dem Bundestag und der deut-

lichen Öffentlichkeit ist der Ort der Aufklärung“, sagte Beck.

„Nicht einen Beleg“ Sein FDP-Kollege Jörg von Essen entgegnete, Schwarz-Gelb werde auf die Vorschläge der „rot-rot-grünen Koalition“ nicht eingehen. „Bürgerrechte sind bei uns besser aufgehoben“, fügte van Essen hinzu. Grosse-Brömer warf der Opposition vor, sie wolle die Menschen aus wahltaktischen Gründen verunsichern. „Es gibt nicht einen Beleg für die massenhafte Ausspähung; es gibt nicht einen Beleg für millionenfache Grundrechtsverletzung“, sagte er. Er sei „froh, dass man sich national, bilateral und international für einen verbesserten Datenschutz einsetzt“. Das seien die „richtigen politischen Schritte, aber nicht die Skandalisierung eines Themas, das keinen Skandal darstellt“. Helmut Stoltenberg



Demonstration in Hamburg gegen das US-Spähprogramm





Personalmangel am Stellwerk in Mainz sorgte für Zugausfälle und Chaos am Hauptbahnhof der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt.

Mehr Menschen in Großstädten

VERKEHR UND BAU Alle deutschen Großstädte haben seit dem Jahr 2000 Bevölkerungsgewinne verzeichnet. Dagegen sind außerhalb von Großstadtreionen in den letzten zehn Jahren alle Typen von Städten und Gemeinden von Bevölkerungsverlust betroffen. Das geht aus dem Stadtentwicklungsbericht 2012 (17/14450) der Bundesregierung hervor. Viele westdeutsche Großstädte hätten die Bevölkerungsverluste der 1980er Jahre wieder ausgleichen können. „Städte sind nicht nur attraktiver und lebenswerter geworden, sondern auch schöner“, heißt es. Inzwischen würden drei Viertel der Bevölkerung in Großstadtreionen leben und arbeiten. Der Flächenanteil dieser Regionen entspricht etwa der Hälfte der Fläche der Bundesrepublik. Vier Fünftel des Gewerbesteueraufkommens werde in den Großstadtreionen erzielt. „Diese Zahlen belegen, dass sich in Großstadtreionen der Großteil der wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Dynamik abspielt“, schreibt die Bundesregierung, die besonders auf die neue ökonomische Dynamik durch die Transformation von einer Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft hinweist. Positiv hervorgehoben wird, dass der Anteil des motorisierten Individualverkehrs in Großstädten deutlich niedriger sei als in allen anderen Städte- und Gemeindetypen. Er behalte aber mit einem Anteil von 50 Prozent eine große Bedeutung. *hle*

»E 10« nachteilig für Regenwald

FINANZEN Durch die gestiegene Nutzung der Bioenergie kann es zur Abholzung von Wäldern und Trockenlegung von Mooren kommen. Dies ergibt sich aus dem von der Bundesregierung als Unterrichtung (17/14641) vorgelegten Bericht zur Steuerbegünstigung für Biokraftstoffe 2012. „Durch die steigende Nachfrage nach Bioenergie, Nahrungs- und Futtermitteln sowie Biomasse für die stoffliche Nutzung steigt der Druck auf Flächen, die bisher nicht zur landwirtschaftlichen Produktion genutzt werden“, schreibt die Regierung. Weiter heißt es: „Bei der Umwandlung von Flächen mit hohem Kohlenstoffgehalt (zum Beispiel Regenwaldgebiete) kann es zur Freisetzung erheblicher Mengen Kohlenstoffs in Form von Treibhausgasemissionen sowie zur Gefährdung ökologisch wertvoller Gebiete kommen.“ Zwar würden EU-Kriterien direkte Umwandlungen zum Beispiel von Regenwäldern in Produktionsflächen für Biomasse für Kraftstoffe ausschließen. „Nicht ausgeschlossen ist jedoch, dass Biomasse für energetische Zwecke auf Flächen produziert wird, die vorher zur Produktion von Biomasse für andere Zwecke (zum Beispiel Lebens- oder Futtermittel) genutzt wurden, und deren Produktion infolgedessen zumindest teilweise in Gebiete mit hohem Kohlenstoffgehalt (zum Beispiel Wälder oder Moore) oder mit hoher biologischer Vielfalt verdrängt wird.“ Dadurch könnten ökologisch wertvolle Gebiete gefährdet werden.“ Der Absatz von Biokraftstoffen insgesamt habe im vergangenen Jahr leicht zugenommen, berichtet die Bundesregierung. Insbesondere die direkte Beimischung von Bioethanol zu Ottokraftstoff sei von 1,05 Millionen Tonnen im Jahr 2011 auf 1,09 Millionen Tonnen im vergangenen Jahr gestiegen. 0,64 Millionen Tonnen hätten aus dem Ausland importiert werden müssen. *hle*

Ein Zug wird kommen

VERKEHR Bahn stellt nach massiven Problemen in Mainz mehr Personal ein

Das hatte es in Deutschland noch nicht gegeben. Wegen Engpässen beim Personal war eine Landeshauptstadt zeitweise fast völlig vom Bahnverkehr abgeschnitten. Weil zu wenig Mitarbeiter im Stellwerk waren, wurde Züge gestrichen oder weiträumig umgeleitet. Erst nach mehreren Wochen normalisierte sich die Lage in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz wieder. Die Politik zeigte sich entsetzt über den Staatsbetrieb Deutsche Bahn.

»An Geld werden die Maßnahmen nicht scheitern.«

Bahnchef Rüdiger Grube

Besserung gelobt Besserung ist jedoch in Sicht: Bahn und der Eigentümer Bund bekräftigen ihre Absicht, durch geeignete Maßnahmen Zugausfälle auf Grund von Personalengpässen wie im Stellwerk Mainz in Zukunft zu vermeiden. „An Geld werden die Maßnahmen nicht scheitern“, versicherte Bahnchef Rüdiger Grube in der vergangenen Woche in einer Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Auch Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) wies darauf hin, dass der Bund als Eigentümer sofort nach Bekanntwerden der Einschränkungen des Zugbetriebes in Mainz alle notwendigen Aktivitäten in die Wege geleitet habe. Was in Mainz passiert sei, sei für den Eigentümer nicht akzeptabel

gewesen, sagte Ramsauer zu den massenhaften Ausfällen von Zugverbindungen. Auch Grube bezeichnete vor den Abgeordneten die Vorfälle in Mainz als „äußerst ärgerlich. Wir bedauern das sehr.“ Die Kunden würden mit bis zu 50 Euro entschädigt. Inzwischen laufe der Betrieb in Mainz wieder normal. Neben kurzfristigen Maßnahmen gebe es auch ein ganzes Portfolio gezielter Vorhaben, um auf die demografische Entwicklung im Berufsbild Fahrdienstleister zu reagieren. In einem Bericht des Unternehmens heißt es dazu, die Bahn beschäftige 12.000 Fahrdienstleister. „Damit ist der Eisenbahnbetrieb auf Deutschlands Schiene gewährleistet.“ Um Personalpuffer zu schaffen, habe die DB Netz AG in diesem Jahr die Zahl der einzustellenden Fahrdienstleister zusätzlich um 340 auf 600 erhöht. 2012 seien bereits rund 300 Mitarbeiter in diesem Berufsfeld eingestellt sowie 110 Auszubildende übernommen worden. Sehr kritisch zur Personallage der Bahn äußerten sich die Vertreter der Gewerkschaften in der Sitzung des Ausschusses. Alexander Kirchner, der Vorsitzende der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), sagte, der Personalmangel betreffe nicht nur das Mainzer Stellwerk. Grund für die Engpässe sei die seit Jahren budgetierte Personalpolitik und dass der Rotstift beim Personal an-

gesetzt werde. Behauptungen, bei den Personalausfällen im Mainzer Stellwerk handle es sich um einen verdeckten Streik, wies Kirchner zurück. Was in Mainz passiert sei, sei absehbar gewesen. Claus Weselsky, der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer (GDL), bezeichnete die Lage in Mainz als „Spitze eines Eisberges“. Alle bisherigen Maßnahmen zur Verbesserung der Personalsituation hätten sich als nicht wirksam erwiesen. Die CDU/CSU-Fraktion führte die Probleme bei der Bahn auf Personalkostenreduzierungen und Personalabbau unter dem früheren Management zurück, als die Ministerien für Finanzen und Verkehr von SPD-Politikern geführt worden seien. Das heutige Management könne nicht für die Probleme verantwortlich gemacht werden. Die Union erinnerte zudem daran, dass das damals SPD-geführte Finanzministerium auf 500 Millionen Euro Dividendenzahlung von der Bahn bestanden habe und diese Zahlung auf Jahre hinaus festgeschrieben worden sei. Diese Angaben bestätigte Ramsauer, der von einem der „dunkelsten bahnpolitischen Kapitel“ der SPD sprach. Grube bestätigte, dass die Dividendenzahlung an den Bund bis zum Jahr 2013 jährlich 500 Millionen Euro betrage. Die SPD-Fraktion konterte mit dem Hinweis auf die damalige Regierungsbeteiligung der Union. Die Union sei immer an den Maßnahmen beteiligt gewesen und tue jetzt so, als habe sie nichts damit zu tun gehabt. Haushaltspolitiker der Union hätten

die als Einnahme für den Verkehrshaushalt vorgesehene Dividende überdies in den allgemeinen Bundeshaushalt umgeleitet. Nach Ansicht der FDP-Fraktion eignet sich das Thema nicht für den Wahlkampf. Der Gewinn der Bahn sei höher als die Dividendenabführung an den Bund. Und das Investitionsvolumen des Unternehmens sei auch gestiegen. Dies sei ebenfalls ein Teil der Wahrheit. Wie schon die GDL bezeichnete auch die Fraktion Die Linke die Lage im Stellwerk Mainz als „Spitze des Eisbergs“. Es gebe auch aus anderen Städten dramatische

Berichte. Die Fraktion verwies auf den problematischen Zustand des rollenden Materials, und auch der Zustand der Gleisanlagen sei schlecht. Für die Grünen-Fraktion steht fest, dass das „Renditedenken“ die Bahn ausgelagert habe. Jetzt müssten Lösungen gefunden werden, um das System Bahn langfristig sicher aufzustellen. Ramsauer erklärte auf Fragen, ob es erneut zu Zugausfällen wie in Mainz kommen könne, er könne nicht ausschließen, dass noch „Probleme aus der Vergangenheit“ schlummern. *Hans-Jürgen Leersch*

STICHWORT

DEUTSCHE BAHN – Pünktlicher als von vielen geglaubt

> Pünktlichkeit Über Zugverspätungen kann fast jeder Bahnreisende berichten. Die Statistik besagt aber, dass im Juli diesen Jahres 94,2 Prozent aller Personenzüge der Deutschen Bahn AG pünktlich waren. Als noch pünktlich gelten Züge, wenn sie maximal 5,59 Minuten zu spät sind.

> Infrastruktur Nicht mehr rekordverdächtig ist der Zustand des deutschen Schienennetzes. In einem internationalen Ranking kam die Bundesrepublik nur auf Platz sieben. Die höchste Qualität der Schieneninfrastruktur hat die Schweiz, gefolgt von Japan, Hongkong und Frankreich.

> Beförderungsleistung 2012 wurden im Schienenpersonennahverkehr 2,4 Milliarden Personen befördert, 2005 waren es mit zwei Milliarden Personen erheblich weniger.

14	später +++	+++
1	Zug fällt aus +++	+++
5	Zug fällt aus ++	++
13	Zug fällt aus +	+
1	Zug fällt aus -	-
14	Zug fällt aus -	-
12	aus +++	Zug
5	aus +++	Zug

Fahrradfahren im Urlaub

TOURISMUS Radtourismus bietet Potenziale

Fahrradfahren ist gesund, umweltverträglich und günstig. Entsprechend ist Fahrradfahren nicht nur eine prima Fortbewegungsart, sondern auch eine sehr beliebte Freizeitbeschäftigung. Das sieht auch die Bundesregierung und erkennt deshalb weiteres Potenzial im Radverkehr und im Radtourismus, wie sie in einer Antwort (17/14275) auf eine Große Anfrage (17/10236) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Zukunft des Reiselandes Deutschland schreibt.

Mobilität Neben den genannten Vorteilen trage diese Art der Mobilität auch zur Attraktivität von Tourismusregionen bei. Entsprechend werde sie immer mehr nachgefragt. In diesem Zusammenhang erwartet die Bundesregierung auch, dass die Eisenbahnunternehmen entsprechende Angebote bereitstellen, damit Urlauber ihre Fahrräder im Fernverkehr mitnehmen können. Neben dem öffentlichen Nahverkehr wäre das Fahrrad auch eine Möglichkeit, das Problem der „letzten Meile“, der Überbrückung des letzten Reiseabschnitts, üblicherweise vom Bahnhof zum endgültigen Ziel, zu lösen, heißt es in der Antwort weiter. Daneben wird zudem auf den Nationalen Radverkehrsplan 2020 verwiesen, in dem

sich die Bundesregierung zur weiteren Förderung des Radverkehrs als Teil einer nachhaltigen und Mobilität in Städten und ländlichen Regionen bekennt. In den vergangenen zehn Jahren seien 877 Millionen Euro in die Errichtung und den Unterhalt des Radwegenetzes an Bundesstraßen investiert worden. In ihrer Verkehrspolitik setzt die Bundesregierung auf einen Maßnahmenmix, der ökonomische, ökologische und soziale Aspekte berücksichtigt. Das helfe auch dem Tourismus, denn dieser sei auf ein leistungsfähiges und sicheres Verkehrssystem angewiesen. In ihrer Antwort geht die Bundesregierung auch auf weitere Fragen der Fraktion zur Zukunft des Reiselandes Deutschland ein. Die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen habe eine positive Auswirkung auf das Hotelgewerbe in Deutschland gehabt und zu einem Investitionsschub geführt. Eine Ausweitung der ermäßigten Umsatzsteuersätze auf alle Restaurantumsätze lehnt die Bundesregierung ab. Die differenzierte umsatzsteuerliche Behandlung von Außer-Haus-Speisen und Vor-Ort-Speisen trage dem unterschiedlichen wirtschaftlichen Gehalt der Vorgänge Rechnung. Derzeit seien keine weiteren Änderungen der Umsatzsteuersätze geplant. *jbb*

Versicherung nicht in Not

ALTERSVERSORGUNG Aber Probleme mit niedrigen Zinsen

Die Bundesregierung hat davor gewarnt, die Situation der mit dem niedrigen Zinsniveau kämpfenden deutschen Lebensversicherungen schlechtzureden. Von einer Notlage zu reden, sei aus Sicht der Regierung „zum einen abwegig, zum anderen verantwortungslos“, sagte der Vertreter der Bundesregierung in der vergangenen Woche in einer Sitzung des Finanzausschusses.

Nur ein Unternehmen betroffen Die Abgeordneten waren zusammengekommen, um sich über die Situation dieser privaten Säule der Altersversorgung der Bundesbürger informieren zu lassen. Grund waren Zeitungsberichte, nach denen mehrere Lebensversicherungsunternehmen bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) Anträge gestellt hätten, um die Mindestzuführungspflicht zu Gunsten ihrer Versicherten zu reduzieren. Wenn die BaFin diese Anträge genehmigt, können die Versicherer Zahlungen an ihre Kunden aussetzen, müssen diese aber bei Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage nachholen. Nach Angaben der Regierung ist die in Zeitungsberichten genannte Zahl von zehn Unternehmen, die solche Anträge gestellt hätten, „schlichtweg falsch“. Es gebe nur ein Unternehmen, das solch einen Antrag gestellt habe. Dabei handle es sich um einen

Einzelfall. Denn das Unternehmen betreibe kein Neugeschäft, sondern verwalte nur bestehende Lebensversicherungsverträge. Auf Grund von Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilte die Regierung mit, im vergangenen Jahr seien vier Anträge von Unternehmen angekündigt, aber nur ein Antrag sei von dem Unternehmen ohne Neugeschäft gestellt worden. Der Regierungsvertreter erklärte aber auch, das Erreichen ausreichender Renditen sei angesichts des niedrigen Zinsniveaus schwierig. 2012 sei die Umlaufrendite für Bundesanleihen erstmals unter den Garantiezinsen in der Lebensversicherung gefallen. Es gebe Unternehmen, die ihre stillen Reserven mobilisieren würden, indem sie Wertpapiere, deren Kurse aufgrund der niedrigen Zinsen stark gestiegen seien, verkaufen und damit die Kursgewinne realisieren würden. Die Lebensversicherungswirtschaft sei aber insgesamt so aufgestellt, dass sie auch über einen längeren Zeitraum mit dem niedrigen Zinsumfeld klarkommen könne. *hle*



Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper

Für die Kongressmitglieder in Washington wird die Rückkehr aus der Sommerpause an diesem Montag alles andere als gemütlich. US-Präsident Barack Obama will die Verantwortung für einen Militärschlag gegen Syriens Diktator Bashar al-Assad nicht alleine tragen und hat den Kongress gebeten, eine Intervention zu autorisieren.

Es ist das erste Mal seit dem Irak-Krieg 2003, dass die Senatoren und Abgeordneten über Krieg und Frieden entscheiden sollen. Und während viele von ihnen ausdrücklich gefordert hatten, einbezogen zu werden, wünscht sich jetzt manch einer, nicht im Rampenlicht zu stehen. Denn es ist eine dieser Abstimmungen, an denen Politiker noch viele Jahre später gemessen werden – wie der unbeliebte Irak-Krieg gezeigt hat.

So unentschieden war Amerika noch nie, wenn es um Krieg und Frieden ging. US-Präsident Barack Obama wirkt in diesen Tagen, als bereue er es, je die „rote Linie“ gezogen zu haben, die der syrische Diktator Bashar al-Assad nach US-Einschätzung mit dem Einsatz von Chemiewaffen überschritten hat. Die US-Geheimdienste sehen es als erwiesen an, dass bei dem Angriff am 21. August auf Vorküste von Damaskus mehr als 1.400 Menschen durch Giftgas aus Assads Arsenalen getötet wurden. Obamas Glaubwürdigkeit stand auf dem Spiel: Ihm blieb kaum eine Wahl, als einen Militärschlag vorzubereiten, den die Mehrheit der Amerikaner ablehnt. Aber ausgerechnet der Demokrat, der als Multilateralist angetreten war, sah sich plötzlich international isoliert. Eine Resolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen schien keine Option. Die Nato-Partner – mit Ausnahme Frankreichs und der Türkei – hielten sich zurück. Als dann auch noch der Verbündete Großbritannien ausfiel, weil das Parlament Premierminister David Cameron die Zustimmung zu einem Militärschlag verweigerte (siehe Beitrag rechts), zog Obama die Notbremse: Nun soll auch in Washington der Kongress über den Einsatz von Gewalt entscheiden.

Es ist eine gefährliche Wette: Denn es ist nicht ausgemacht, dass die Volksvertreter dem Präsidenten die demokratische Rückendeckung geben, die er sich wünscht. Obama setzt sich in der aktuellen Stimmungslage der realen Gefahr aus, als erster US-Präsident in die Geschichte einzugehen, dem der Kongress die Autorisierung zur Anwendung militärischer Gewalt verweigert. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat der Kongress nur vier Militäreinsätze ausdrücklich autorisiert.

Der Kongress ist in der Syrien-Frage so gespalten wie das Volk – und die Trennlinien verlaufen nicht einmal entlang der Parteigrenzen. Auf nationale Stärke bedachte Republikaner finden sich an der Seite von Demokraten wieder, die Interventionen aus humanitären Gründen begrüßen. Auf der anderen Seite bilden isolationistische Republikaner und pazifistische Demokraten eine Anti-Kriegs-Allianz.

Werben um Stimmen Auf die Unterstützung der demokratischen Fraktionsführer in beiden Häusern kann der Präsident immerhin setzen. Im Senat gab sich demokratische Mehrheitsführer Harry Reid nach Berichten zuversichtlich, dass er die 60 Stimmen bekommen könne, die nötig sind, um eine Blockade zu durchbrechen. Im Repräsentantenhaus wirbt die Fraktionsführerin Nancy Pelosi für einen Militärschlag, gab jedoch am Dienstag zu, dass „noch viel Arbeit vor uns liegt“. „Ich glaube nicht, dass die Menschen in meinem Wahlkreis davon überzeugt sind, dass militärisches Handeln notwendig ist, aber es ist wichtig, dass sie verstehen, dass der Gebrauch von Massenvernichtungswaffen



Für US-Präsident Barack Obama (oben, Bildmitte) ist mit dem Giftgasangriff in Syrien die „rote Linie“ überschritten worden

In der Defensive

USA Die Abgeordneten sollen über einen Angriff auf Syrien entscheiden. Sie sind genauso gespalten wie das Volk

die Lage verändert hat“, sagte sie nach einem Treffen mit Obama im Weißen Haus. Einen Durchbruch hatte Obama am Dienstag im Oppositionslager, als die beiden ranghöchsten Republikaner im Repräsentantenhaus, Fraktionsführer John Boehner und sein Vize Eric Cantor, sich auf seine Seite schlugen. Bohners Sprecher erklärte jedoch kurz darauf, dass es beim Präsidenten liege, die Überzeugungsarbeit zu leisten: „Alle Abstimmungen, die die Anwendung militärischer Gewalt autorisieren, sind Gewissensabstimmungen.“ Für Obama brachte die vergangene Woche immerhin einen Schritt in die richtige Richtung. Der Auswärtige Ausschuss im Senat, der frühzeitig aus der Sommerpause zurückgekehrt war, stimmte vergangene Woche für einen Gesetzesentwurf, der Vergeltungsangriffe auf Einrichtungen des Assad-Regimes gutheißt. Allerdings war der Ausgang mit zehn

zu sieben Stimmen knapp, wenn man bedenkt, dass in dem Ausschuss viele Senatoren sitzen, die als Pragmatiker gelten. Ein knappes Ja im Kongress gilt den meisten Beobachtern als der wahrscheinlichere Ausgang. Stimmen die Volksvertreter jedoch mit Nein, wachsen Obamas Probleme: Akzeptiert er den Ausgang der Abstimmung, leidet sein Status im Inneren wie im Äußeren. Der republikanische Senator John McCain warnt vor „katastrophalen Folgen“ für die Glaubwürdigkeit der USA bei Freunden wie Feinden. Setzt Obama sich über ein Nein hinweg und lässt das Militär trotzdem Bomben über syrischen Militäreinrichtungen abwerfen, muss er sich unangenehmen Fragen nach der Rechtmäßigkeit seines Handelns stellen. „Sie machen einen Witz aus uns“, beschimpfte der Tea-Party-Senator Rand Paul Außenminister John Kerry, als dieser in einer Senats-

Anhörung am Dienstag darauf bestand, dass der Präsident ein Nein des Kongresses verfassungsrechtlich nicht gebunden sei. Doch alle rechtlichen Rechtfertigungen ändern nichts daran, dass der Präsident in die Defensive geraten ist – innenpolitisch wie international. Auf dem Weg zum G20-Gipfel in Sankt Petersburg verteidigte Obama bei einem Besuch in Stockholm seinen Kurs, indem er sagte, die Ächtung von Chemiewaffen sei nicht seine persönliche rote Linie gewesen, sondern die rote Linie der ganzen Welt. „Meine Glaubwürdigkeit steht nicht auf dem Spiel. Die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinde steht auf dem Spiel – und die Amerikas und des Kongresses.“

Sabine Muscat

Die Autorin ist Korrespondentin in Washington.

Suche nach Rückendeckung

FRANKREICH Parlament debattiert zu Syrien ohne Votum

Die zeitliche Überschneidung beider Ereignisse war vielleicht kein Zufall. Als der französische Präsident François Hollande in der vergangenen Woche in Oradour-sur-Glane beim Staatsbesuch mit dem deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck einen der eindrucksvollsten Gedenkort des Kriegsgrauens in Europa besuchte, debattierten die Abgeordneten der französischen Nationalversammlung über eine mögliche Strafaktion gegen die syrische Führung. Der französische Premierminister Jean-Marc Ayrault erklärte dabei, es sei nicht zu akzeptieren, dass ein Land Chemiewaffen verwende. „Wenn wir nicht zuschlagen, ist keine politische Lösung möglich“, warnte der sozialistische Regierungschef. Frankreich geht seit Tagen verbal scharf gegen das syrische Regime vor, will über die Fragen eines Militäreinsatzes aber nicht im Parlament abstimmen lassen. Man suche derzeit nach der „größtmöglichen Koalition“, sagte der Sozialist. Dennoch betonte Ayrault: „Frankreich will keine Bodentruppen einsetzen. Es kann keine andere Lösung geben als die der Verhandlung.“

Drängen auf Abstimmung Die Konservativen drängen hingegen darauf, nur mit Zustimmung des Sicherheitsrates in Syrien einzugreifen und fordern eine Abstimmung in der französischen Nationalversammlung. „François Hollande hat das Parlament einberufen, ohne vorher irgendeine Ent-

scheidung zu treffen. Da muss er sich nicht wundern, wenn eine Abstimmung verlangt wird“, sagte der Fraktionschef der größten Oppositionspartei, der konservativen UMP, Bruno Jacob. Gleichzeitig warf er der Regierung vor, Frankreich in der Europäischen Union isoliert zu haben.

Öffentliche Debatte Eine Abstimmungsniederlage bei der Frage, ob sich das Land an einem Militäreinsatz beteiligt, muss François Hollande aber nicht fürchten. Denn gemäß der Verfassung der Fünften Republik entscheidet der Präsident als oberster Befehlshaber der Streitkräfte alleine über den Einsatz des Militärs. Nach der Entscheidung von US-Präsident Barack Obama, den Kongress zum Militäreinsatz zu befragen, wuchs jedoch der innenpolitische Druck auf Hollande, eine öffentliche Debatte über den Militäreinsatz zu führen. Die Mehrheit der Franzosen wünscht sich, so eine Meinungsumfrage im Auftrag des Medienrates CSA, dass das Parlament über den Syrieneinsatz abstimmt.

Der französische Präsident dürfte bei seiner Rede in Oradour-sur-Glane wohl auch Syrien im Blick gehabt haben, als er zum deutschen Bundespräsidenten sagte: „Daher ist ihre Anwesenheit, Herr Präsident, mehr als ein Symbol, sie ist ein Versprechen, die Menschenrechte immer dann zu verteidigen, wenn sie verletzt werden, in unserer Nähe oder weit entfernt.“

Annette Sach

Irak-Krieg wirft Schatten

GROSSBRITANNIEN Regierung erleidet herbe Niederlage

Eine Abstimmungsniederlage über Krieg und Frieden, „das hat es seit dem 19. Jahrhundert nicht gegeben“, staunte hinterher der Politologe Philip Cowley von der Universität Nottingham. Auch andere, nicht zuletzt viele der Beteiligten, rieben sich die Augen: Bei seiner hastig einberufenen Sondersitzung hatte das Unterhaus Ende August eine britische Beteiligung an Militärschlägen gegen Syrien mit 285 gegen 272 Stimmen abgelehnt. „Ich habe verstanden“, sagte der gedemütigte Premier David Cameron und blieb auch vergangene Woche bei seiner Interpretation der Abstimmung: Die viertgrößte Militärmacht der Welt werde sich keinesfalls an Strafaktionen gegen Syriens Präsidenten Baschar al-Assad beteiligen. Sowohl im konservativ-liberalen Kabinett als auch im Parlament selbst glauben manche, der Regierungschef habe in der Enttäuschung der Niederlage das Votum überinterpretiert. Tatsächlich hatten 490 der rund 600 anwesenden Abgeordneten für je eine von zwei beinahe deckungsgleichen Vorlagen der Labour-Opposition sowie der Regierung gestimmt. Beide Resolutionen spiegelten klassische britische Außenpolitik wider: alle diplomatischen Mittel ausschöpfen, die UN einbeziehen, einen Konsens suchen – aber notfalls auch ohne UN-Mandat militärisch vorgehen.

Uneingeschränkte Ablehnung Die Labour-Vorlage wurde durch die Konservativen und Liberalen nur abgelehnt, weil die Koalition ihre geringfügig schärfere Formulierung durchpeitschen wollte, was am Widerstand von Abweichlern in den eigenen Reihen scheiterte. „Statt klarer Einschränkungen für eine mögliche Militäraktion ha-

ben wir jetzt eine uneingeschränkte Ablehnung jeglicher militärischer Komponente“, analysierte Labours verteidigungspolitischer Sprecher Jim Murphy die Lage. Laut Oppositionsführer Edward Miliband erlitt die Regierung vor allem deshalb eine Niederlage, weil die Parlamentarier „einen voranschreitenden Krieg vermeiden“ wollten.

Trauma Unverkennbar hing über der Debatte der Schatten des Irak-Krieges. Während des fast achtstündigen Schlagabtausches sprachen mehrere Redner von „Sad-dam Hussein“, wenn sie Assad meinten – Hinweis auf das tiefe Trauma, das die lügenhafte Begründung des damaligen Premiers Tony Blair in weiten Teilen der bürgerlichen Gesellschaft des Landes hinterlassen hat. Durch Blairs Vorgehensweise sei „die öffentliche Meinung durch und durch vergiftet worden“, räumte Premierminister Cameron ein. Im Oberhaus bezweifelte der Erzbischof der anglikanischen Staatskirche, Justin Welby, die Effektivität von Gewalt zur Verhinderung künftiger Chemiewaffen-Einsätze: „Ich habe nichts gehört, was dafür spricht.“ Nur wenige Parlamentarier mochten sich klar zur Gewaltandrohung bekennen. Während der zwei Bürgerkriegsjahre sei die Lage des Landes „schrittweise schlimmer“ geworden, betonte die frühere Labour-Außenstaatssekretärin Meg Munn. Dabei gebiete das Prinzip der „Schutzverantwortung“ gegenüber Minderheiten ausdrücklich das Eingreifen in die Belange eines anderen Staates: „Wir können und müssen intervenieren.“

Sebastian Berger

Der Autor ist Korrespondent in London.

Der lange Arm des Präsidenten

TSCHECHIEN Nach der Auflösung des Parlaments steht das Land vor Neuwahlen im Oktober. Zeman will seine Macht weiter ausbauen

Die tschechischen Parteien sind nach der Selbstauflösung des Parlaments in einen polarisierenden Wahlkampf gestartet. Nach aktuellen Umfragen haben gleich mehrere neue Parteien eine Chance, in das Abgeordnetenhaus einzuziehen, während die etablierten Kräfte in einer tiefen Krise stecken. Die vorgezogenen Neuwahlen finden am 25. und 26. Oktober statt, nachdem die Mitte-Rechts-Koalition unter Premierminister Petr Necas nach einer Abhöraffaire zurücktreten musste.

Im Wahlkampf spielt Präsident Miloš Zeman eine herausgehobene Rolle. Der ehemalige Sozialdemokrat, der erst im März sein Amt angetreten hatte, mischt sich trotz seiner vor allem repräsentativ ausgelegten Funktion aktiv in das politische Geschehen ein. Er warnt ausdrücklich vor einer neuerlichen Mitte-Rechts-Regierung und macht aus seiner persönlichen Präferenz keinen Hehl: Er wünsche sich eine sozialdemokratische Regierung unter kommunistischer Duldung, verkündete der 68-Jährige in einem Interview, das er ausgerechnet der Parteizeitung der weit links stehenden kommunistischen Partei gegeben hat. Beobachter in Prag sehen mit Sor-

ge, wie der Präsident in die Tagespolitik eingreift. Schon auf dem Weg zu den vorgezogenen Neuwahlen hat Miloš Zeman mehrere umstrittene Entscheidungen getroffen. Dazu zählt unter anderem die Ernennung einer Übergangsregierung aus seinen eigenen Gefolgsleuten, obwohl die Mitte-Rechts-Koalition auch nach dem Rücktritt von Premierminister Necas noch über eine ausreichende Mehrheit im Parlament verfügte. Nach der tschechischen Verfassung muss der Präsident den Auftrag zur Regierungsbildung geben; dabei ist er nicht durch die Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus gebunden.

Miloš Zeman war von 1998 bis 2002 tschechischer Premierminister und Vorsitzender der Sozialdemokraten, anschließend hat er sich im Streit von der Partei getrennt. Vor einigen Jahren hat er seine eigene Partei gegründet, die sich nach ihm „Zemanovci“ nennt (übersetzt etwa „Zemaner“). Bei den letzten Wahlen ist sie deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, seit Zemans Amtseinführung als Präsident befindet sie sich jedoch – auch wegen seiner ausdrücklichen Unterstützung – im Aufwind.



Präsident Miloš Zeman, hier im tschechischen Parlament, greift zunehmend in die Tagespolitik ein

Nach derzeitigen Hochrechnungen dürften bei der Wahl im Oktober die Sozialdemokraten zur stärksten Kraft werden. Die Parteiführung allerdings ist zerstritten: Der Vorsitzende Bohuslav Sobotka ist in der Vergangenheit mehrfach auf Distanz zum Präsidenten gegangen und zählte lange zu den Kritikern einer möglichen Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Seine Position ist allerdings geschwächt; in der Partei gewinnt der Flügel um den Vize-Chef Michal Hašek an Einfluss, der für eine größere Nähe zu den Positionen des Präsidenten wirbt. Die konservativen Parteien indes stellen sich auf eine empfindliche Wahlniederla-

ge ein. Besonders die Bürgerdemokraten aus der ODS, die zuletzt unter Petr Necas die stärkste Regierungspartei gestellt hatten, dürften nach aktuellen Meinungsumfragen dramatisch an Unterstützung verlieren. Die Partei ist vor allem durch anhaltende Personalquerelen ausgelaugt. Außerdem schadet ihr der Ruf, dass dubiose Regionalfürsten direkten Einfluss auf den Kurs der Partei nehmen, deren Namen immer wieder in Zusammenhang mit millionenschweren Korruptionsdelikten genannt werden. Dadurch könnte die ODS, die seit 1991 besteht, erstmals ihren Rang als größte Kraft des Mitte-Rechts-Lagers

einbüßen: Die erst vor vier Jahren gegründete Partei „Top09“ um den früheren Außenminister Karel Schwarzenberg liegt derzeit in der Beliebtheit deutlich vor dem einstigen Koalitionspartner. Vor allem Schwarzenberg als ungehobener populärer Politiker verleiht der Partei hohe Zustimmungsraten. Eine große Koalition aus „Top09“ und Sozialdemokraten, die immer wieder als Möglichkeit gehandelt wird, müsste in der Praxis allerdings große Unterschiede überbrücken, vor allem in den Bereichen der Steuer- und Sozialpolitik. Mit Aufmerksamkeit verfolgen Beobachter indes drei neue Parteien, die erstmals ins Prager Parlament einziehen könnten. Neben der Zeman-Partei ist das die liberal-ökologische Partei LES, die als konservative Abspaltung von den Grünen entstanden ist. Für Schlagzeilen sorgt aber besonders die liberale Bewegung ANO 2011 des Milliardärs Andrej Babiš. Dem zweitreichsten Mann Tschechiens werden schon lange politische Ambitionen nachgesagt, diesmal tritt er mit seiner eigenen Partei erstmals bei den Wahlen an. Die öffentliche Aufmerksamkeit ist gewaltig, vor allem wegen der großen finanziellen Mittel, die Babiš aus seinem Privatvermögen in den Wahlkampf investiert. Kritiker fürchten bereits eine Berlusconiisierung der tschechischen Politik.

Kilian Kirchgeßner

Der Autor ist Korrespondent in Prag.

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

* Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-7501253
parlament@5.medien.de
www.das-parlament.de

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Kontrahenten im Kampf um das Kanzleramt: Regierungschefin Angela Merkel (CDU) (links im Bild) hofft auf eine Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition. Herausforderer Peer Steinbrück (SPD, am Rednerpult) setzt auf eine rot-grüne Mehrheit nach der Wahl am 22. September.

Abschied im Wahlkampf

GENERALDEBATTE Regierung und Opposition beurteilen die Situation in Deutschland grundverschieden

Es ist kurz vor 9 Uhr, als an diesem regengrauen Dienstag die schwarzen Limousinen und beigefarbenen Taxen am Ostportal des Reichstagsgebäudes vorfahren. Voraussichtlich ein letztes Mal in dieser 17. Legislaturperiode sind die Abgeordneten im Parlament gefordert, ganz drei Wochen vor der Bundestagswahl. Mit Rollköfferchen und Assistenten im Schlepptau bahnen sich die Parlamentarier den Weg in den wuchtigen Bau an der Spree. Drinnen steht ein gewichtig wirkendes Thema als einziger Punkt auf der Tagesordnung der Sondersitzung: eine auf dreieinhalb Stunden angesetzte Debatte über die „Situation in Deutschland“. Die Rednerliste mit den Spitzenvertretern von Regierung und Koalition lässt keine Zweifel aufkommen, dass nicht Haushaltsdetails anstehen, sondern eine letzte „Elefantrunde“ vor der Wahl am 22. September.

»Alles in allem waren es vier gute Jahre für Deutschland.«

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU)

Die Tribüne ist voll Hundertschaften an Besuchergruppen flankieren an diesem Tag den Plenarsaal, um aus erster Hand aktuelle Informationen zu bekommen, vielleicht gar eine Wahlempfehlung oder einfach die Chance, einen Polit-Promi mal aus der Nähe zu sehen. Den vielen Gästen auf der Tribüne, darunter etliche Schulklassen, wird ein beachtliches parlamentarisches Spektakel geboten mit einer Themenspannbreite, die von der schweren Syrien-Krise bis zu den schwachen Kommunalfinanzien reicht. Angela Merkel (CDU) hat sich diesmal für das blaue Sakko entschieden, lächelt und wirkt wie immer siegesicher. Ihre Streitmacht, die Unionsfraktion, empfängt die Kanzlerin vorab mit Applaus und hat der CDU-Spitzenkandidatin schon einen ersten Erfolg beschert, bevor es richtig losgeht: Anträge der Oppositionsfraktionen von SPD, Grünen und Linken, im Plenum auch über die US-Spähaffäre und die Enthüllungen des nach Russland geflüchteten NSA-Experten Edward Snowden zu sprechen, werden mit schwarz-gelber Mehrheit abgelehnt. Der scheidende Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Jörg van Essen, nutzt seinen letzten Auftritt im Bundestag für eine Spitze gegen die Opposition und mutmaßt, eine „rot-rot-grüne Koalition“ wolle hier nur etwas aufbauen. Unionsfraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer springt dem Kollegen gleich zur Seite und verkündet in Richtung Opposition: „Sie skandalisieren ein Thema, das

kein Skandal ist.“ Nun geht es munter zur Sache. Auf der Tribüne sitzen die jungen Leute und staunen. Es ist an diesem Morgen nicht die beste TV-Sendezeit, dafür werden die Wahlkämpfer im Bundestag nicht wie bei den pedantisch regulierten Rededuellen im Fernsehen von lästigen Zwischenfragen gestoppt. Merkel kann endlich ihren politischen Katalog vortragen, ohne von Entertainer Stefan Raab abgewürgt zu werden, und blickt in ihrer Bilanz auf eine „ungewöhnlich herausfordernde Zeit“ zurück mit Finanz-, Banken- und Euro-Krise, dem Atomunfall in Fukushima, dem Arabischen Frühling, den Konflikten in Syrien, Libyen, Ägypten und Mali und nicht zuletzt dem schweren Hochwasser in Deutschland, das wieder rekordverdächtig war und so viele Existenzen ruiniert hat. Merkel stellt Erfolge der Wirtschaftsmacht Deutschland heraus: die niedrige Arbeitslosigkeit und hohe Beschäftigungsquote, den strukturell ausgeglichenen Haushalt, Steuereinnahmen in Rekordhöhe und sie kommt zu dem Schluss: „All das ist auch das Werk kluger Politik.“ Die Opposition jault auf ob des Selbstlobes der Kanzlerin, die da-fach die Chance, einen Polit-Promi mal aus der Nähe zu sehen. Den vielen Gästen auf der Tribüne, darunter etliche Schulklassen, wird ein beachtliches parlamentarisches Spektakel geboten mit einer Themenspannbreite, die von der schweren Syrien-Krise bis zu den schwachen Kommunalfinanzien reicht. Angela Merkel (CDU) hat sich diesmal für das blaue Sakko entschieden, lächelt und wirkt wie immer siegesicher. Ihre Streitmacht, die Unionsfraktion, empfängt die Kanzlerin vorab mit Applaus und hat der CDU-Spitzenkandidatin schon einen ersten Erfolg beschert, bevor es richtig losgeht: Anträge der Oppositionsfraktionen von SPD, Grünen und Linken, im Plenum auch über die US-Spähaffäre und die Enthüllungen des nach Russland geflüchteten NSA-Experten Edward Snowden zu sprechen, werden mit schwarz-gelber Mehrheit abgelehnt. Der scheidende Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Jörg van Essen, nutzt seinen letzten Auftritt im Bundestag für eine Spitze gegen die Opposition und mutmaßt, eine „rot-rot-grüne Koalition“ wolle hier nur etwas aufbauen. Unionsfraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer springt dem Kollegen gleich zur Seite und verkündet in Richtung Opposition: „Sie skandalisieren ein Thema, das

aber Sie sind nicht die Architektin des Landes“, ruft er in den Saal. Dass die SPD ganz im Gegensatz zur Union Steuererhöhungen auf hohe Einkommen angekündigt hat, ist vor Wahlen riskant, aber für Steinbrück rhetorisch kein Problem. Das Geld werde schließlich in Bildung, Kommunen, Infrastruktur und Schuldenabbau investiert. Die CSU und ihren Vorsitzenden Horst Seehofer erwähnt Steinbrück nur ein Mal und watscht ihn knapp ab. Seehofer habe mit seiner Forderung nach einer Pkw-Maut wieder einmal gezeigt, dass er ein „Quartalsirrläufer“ sei. Merkel schaut geradeaus und scheint sich ein Lächeln zu verkneifen.



Schlagfertige Redner im Parlament (von links): Rainer Brüderle (FDP), Gregor Gysi (Linke), Katrin Göring-Eckardt (Grüne)

Der SPD-Kanzlerkandidat wirkt gut vorbereitet, seine Pointen sitzen und er hat auch noch ein Ass im Ärmel: Als er auf die Europapolitik zu sprechen kommt, wird sein Tonfall schneidend. Jetzt attackiert nicht mehr der Wahlkämpfer, sondern es mahnt der frühere Finanzminister der Großen Koalition. Steinbrück klagt, Merkel habe der SPD in einem Interview vorgehalten, europapolitisch unzuverlässig zu sein und das, obgleich die SPD bei den Entscheidungen zur Rettung des Euro „keine Obstruktionspolitik“ betrieben, sondern „Verantwortung wahrgenommen“ habe für Deutschland, während Merksels Reihen nicht gestanden hätten. Der Vorwurf sei somit unredlich, sagt Steinbrück und richtet eine deutliche Warnung an die Regierungschefin. „Sie machen Gemeinsamkeiten kaputt, wo wir vielleicht aufeinander angewiesen sind.“ Später wird Merkel ihren Sprecher vorschicken, um den Vorwurf an die SPD zu relativieren. **Tabubruch in Syrien** Auch beim Thema Syrien ist der Wahlkampf im Bundestag abrupt zu Ende. Allen Fraktionen ist daran gelegen, das ernste Thema staatspolitisch verantwortlich zu behandeln.

Merkel spricht mit Blick auf den tödlichen Giftgaseinsatz, dem auch viele Kinder zum Opfer fielen, von einem „Tabubruch“, der eine Antwort der Staatengemeinschaft erfordere, die freilich noch nicht greifbar sei. FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle erinnert an die „beklemmenden Bilder“ aus Syrien und mahnt hier eine „sachliche Linie“ in der Debatte an. Linksfraktionschef Gregor Gysi sieht derweil schon die nächste Sondersitzung des Bundestages zum Thema Syrien näher rücken. FDP-Spitzenkandidat Brüderle hat es an diesem Tag vor allem auf die Grünen abgesehen, denen er vorhält, die Gesellschaft



mit Verboten zu überziehen, angefangen beim Fleischkonsum. Er spielt auf den von Fraktionschefin Renate Künast vorgeschlagenen „Veggie Day“ an, einen vegetarischen Tag pro Woche. Von Wirtschaft verstanden die Grünen hingegen nichts, was in Baden-Württemberg gut zu beobachten sei, wo die grün-rote Koalition ihren Kontrollpflichten beim Versorger EnBW nicht nachkomme, moniert Brüderle, der gleich ein klassisches Bild parat hat. „Aufsichtsrat sein heißt nicht, nur Lachschmittchen zu essen.“ Bei Nahrungsmitteln kennen sich auch die Grünen ganz gut aus, was Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt zu der Bemerkung veranlasst: „Lieber einmal in der Woche freiwillig Spinat mit Ei als jahrelang unwillkürliche Überwachung durch die NSA.“ Abseits dieser Einlage ist den Grünen eigentlich nicht zum Scherzen zumute. Göring-Eckardt jedenfalls bescheinigt der schwarz-gelben Koalition „vier verlorene Jahre“ und lässt auch kein gutes Haar an

der Kanzlerin. Merkel habe keine politische Vision, und sie habe sich ihr Programm „von der Krise schreiben lassen“. Deutschland sei zwar reich, aber die meisten Menschen hätten davon nichts. „Nein, Deutschland geht es nicht gut, hier geht es einigen gut, den Privilegierten“, befindet die grüne Spitzenkandidatin und erinnert an verbreitete Armutslöhne sowie die vielerorts marode Infrastruktur. Bei der Regierungschefin vermisst sie Pioniergeist und Aufbruchstimmung: „Sie sind dabei, das Land müde zu lächeln.“ Gysi will auch Wahlkampf machen, findet aber, die Debatte hätte dann ehrlicherweise gleich so deklariert werden sollen. Während der



Wahl erst im kommenden Jahr von der neuen Regierung beschlossen werden wird, in der Debatte nur am Rande eine Rolle. Auch die jungen Leute, die erstmals das Parlament von innen gesehen haben, sind offenbar beeindruckt. Sarah, Pascal und Annika aus Hannover jedenfalls fanden die hütige Debatte „interessant“, wählen dürfen die Jugendlichen freilich noch nicht. **Abschied vom Bundestag** Wehmut und Nostalgie schwingen auch mit an diesem Tag, denn viele bekannte Gesichter scheiden aus dem Parlament aus, manche aus eignen Stücken, andere nicht. Michael Glos (CSU) gehört zu denen, die sich erst noch entwöhnen müssen, wie der frühere Wirtschaftsminister zugibt: „Ein Trinker geht in die Trinkerheilstalt, aber eine Politikerheilstalt gibt es nicht“, sagt er und fährt gesenkt Hauptes allein im Aufzug davon. Sein FDP-Kollege Jürgen Koppelin, elf Jahre lang Parlamentarischer Geschäftsführer, resümiert: „Man geht nicht gerne, aber man geht zufrieden.“ Ausgesprochen gut gelaunt ist Ilse Aigner (CSU) an diesem für sie persönlich denkwürdigen Tag. Die Agrarministerin kehrt der Berliner Republik den Rücken und geht zurück nach Bayern, um dort neue Aufgaben zu übernehmen, womöglich in absehbarer Zukunft gar als erste Ministerpräsidentin des Freistaates. „Ich freue mich auf Bayern“, strahlt sie – und schießt später von der Regierungsbank aus noch schnell ein paar Fotos zur Erinnerung. **Aufruf zur Wahl** Wolfgang Thierse (SPD) sieht nachdenklich aus, als er ein letztes Mal auf dem erhöhten Präsidentenstuhl Platz nimmt. Thierse blickt auf 24 Jahre parlamentarische Arbeit zurück, von denen das erste Jahr, jenes in der DDR-Volkammer 1990, „sicher am aufregendsten“ gewesen sei. Eine wichtige Botschaft will der Bundestagsvizepräsident im Plenum noch anbringen, bevor er geht. Sein Vater, so erzählt der 69-Jährige bewegt, habe in seinem ganzen Leben nie frei wählen können. Es mache ihn daher „traurig und wütend“ zu sehen, wie viele Menschen auf ihr kostbares Wahlrecht verzichteten. Es ist 13.30 Uhr, als Thierse schließlich verkündet: „Die Sitzung ist geschlossen.“ Alle Parlamentarier erheben sich zu Ehren Thierse von ihren Sitzen und applaudieren. **Claus Peter Kosfeld**

»Deutschland ist in den vier Jahren unter Wert regiert worden.«

SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück (SPD)

Linken-Frontmann darüber reflektiert, dass mit deutscher Hilfe „der Süden Europas ruiniert“ und hierzulande der Mittelstand ständig zur Kasse gebeten werde, lichten sich die Reihen im Rund. Unbeirrt feuert Gysi weiter in Richtung Regierungsbank, geißelt Lohndumping, Leiharbeit und die Rente mit 67 und schmückt seine Argumentation noch mit einer kleinen Provokation: „Man kann ja noch mit 90 im Bundestag rumdüdeln, ohne dass es einer merkt, aber ein Dach decken können sie dann nicht mehr.“ **Das große Geld** Auf der Tribüne sind zufriedene Gesichter auszumachen, während schon ein neuer Schub Gäste auf die Besuchertribünen im Plenarsaal drängt. Ein Kleingärtnervergnügen ist extra angereicht zur politischen Fortbildung. Den Gartenfreunden war in der Debatte das Thema Syrien wichtig und „natürlich das große Geld“, wie ein älteres Ehepaar anmerkt. Dabei spielt der Bundeshaushalt, der wegen der

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



»Kein Raum für Wehmut«

INTERVIEW Bundestagsvizepräsident Hermann Otto Solms (FDP) sieht historische Erfolge in der Haushaltspolitik

Der Haushaltsentwurf der jetzigen Regierung für das kommende Jahr war ein Thema der Bundestagsdebatte in der vergangenen Woche. Dieser verschwindet jetzt wieder in der Schublade und ist bestenfalls die Grundlage für einen neuen Entwurf der neuen Regierung. Darüber wird dann der neugewählte Bundestag erst im kommenden Jahr entscheiden. Ist die Beratung eines absehbar veralteten Entwurfs überhaupt sinnvoll?

Das ist gängige Praxis und durchaus sinnvoll. Turnusmäßig legt das Kabinett jedes Jahr im Frühsommer den Entwurf für das kommende Haushaltsjahr vor. Dieser Entwurf wird dann unmittelbar nach der Sommerpause in den Bundestag eingebracht. Von dieser Praxis wird auch in Wahljahren im Prinzip nicht abgewichen, damit das neu gewählte Parlament dann zügig in die Detailberatungen des Haushaltes einsteigen kann. Ein sehr großer Teil des Haushaltsvolumens ist ohnehin durch gesetzliche Leistungen im Voraus fixiert. Der Teil, der überhaupt zur Disposition steht und politisch strittig beraten wird, ist weitaus kleiner als man so denkt. Die Vergangenheit zeigt, dass selbst bei einem Regierungswechsel der einmal vorgelegte Entwurf keineswegs veraltet sondern im Wesentlichen die Grundlage für die Detailberatungen bleibt.

Die Bundesausgaben sind in den vier Jahren der schwarz-gelben Koalition fast gleich geblieben. Welchen Anteil hat die FDP daran?

Der Anteil der FDP war ganz entscheidend. Die FDP ist personifizierte Ausgabenbremse dieser Koalition! Der Haushalt 2010 war der erste, den die schwarz-gelbe Koalition zu verantworten hatte. Im Zeitraum 2010 bis 2014 haben wir die Bundesausgaben um 8,3 Milliarden Euro gesenkt. Das ist in jedem Fall ein historischer Erfolg! Das hat noch keine Vorgängerregierung geschafft. Unter Rot-Grün sind die Ausgaben um 13 Milliarden Euro gestiegen, unter der Großen Koalition sogar um 31,3 Milliarden.

Die Opposition wirft der Regierung vor, im Entwurf Risiken zu verschleiern. Sehen Sie das auch so?

Nein. Es können nur solche Risiken berücksichtigt werden, die auch bekannt und quantifizierbar sind. Der vorliegende Haushaltsentwurf orientiert sich an den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und der Haushaltswahrheit. Weder werden Planansätze künstlich verbessert noch werden realitätsferne Hoffnungswerte und Schätzansätze unterstellt, um die Nettokreditaufnahme möglichst niedrig erscheinen zu lassen.

Die Euro-Krise ist noch nicht gelöst. Welche Belastungen kommen dadurch noch auf den Bundesbürger zu?

Sie ist in der Tat noch nicht gelöst. Deutschland versucht alles, damit es nicht zu zusätzlichen Belastungen kommt. Deshalb wurden ja die Rettungspakete geschnürt. Wir sind insgesamt auf einem guten Weg, aber natürlich kann niemand ausschließen, dass auf diesem Weg weitere Schwierigkeiten und Rückschläge auftauchen.

Ab 2015 ist keine Nettokreditaufnahme mehr vorgesehen. Wird der ausgeglichene Haushalt zum Dauerzustand, und werden die Staatsschulden reduziert?

Das ist der Plan. Im Zeitraum 2015 bis 2017 sind Überschüsse in Höhe von insgesamt 15 Milliarden Euro vorgesehen. Wir verfolgen in der Haushaltspolitik einen Dreiklang: Schulden abbauen, Bürger entlasten und Investitionen stärken. Diese drei Ziele müssen gegeneinander abgewogen und in ein gutes Verhältnis gebracht werden.

In der mittelfristigen Finanzplanung fällt auf, dass die Zuschüsse an die Rentenversicherung stark steigen, während zum Beispiel Verkehrsleistungen reduziert werden sollen. Ist es richtig, mehr auf Konsum und weniger auf Investitionen zu setzen?

Es ist richtig, dass die Ausgaben für die Rente in der Haushaltstechnik als Konsum zählen. Diese Ausgaben werden unausweichlich schon aus demographischen Gründen steigen. Außerdem handelt es sich um gesetzlich abgesicherte Leistungen, auf die ein Anspruch besteht. Wenn man aber gleichzeitig das Ausgabenniveau insgesamt deckeln, Schulden abbauen und Steuererhöhungen vermeiden will, dann geht das zu Lasten anderer Ausgabenbereiche. Deshalb haben die Investitionsausgaben gegenwärtig nicht den Umfang, der eigentlich wünschenswert wäre.

Was bedeutet es, wenn die Zinsen wieder steigen?

Wenn die Zinsen wieder ansteigen, dann werden entweder die Überschüsse sinken oder es werden zusätzliche Einsparungen nötig. In jedem Fall wird es zu einer Neubewertung des Haushaltes und der mittelfristigen Finanzplanung kommen müssen.

Eine Nachfrage zu den Zinsen. Der Finanzminister spart zwischen 2010 und 2014 rund 40 Milliarden Euro Zinskosten im Haushalt. Umgekehrt sind die ersten Lebensversicherungen, die das Geld der Versicherten in deutschen Staatspapieren angelegt haben, in Schwierigkeiten geraten. Wie lange ist es noch möglich, im Zinstal zu bleiben?

Auch wenn die EZB möglicherweise im Laufe des nächsten Jahres den Leitzins wieder anhebt, gehe ich davon aus, dass das Zinsniveau nicht wieder die früher übliche Höhe



Hermann Otto Solms (73, FDP) ist Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Dem Parlament gehört er seit 1980 an.

erreichen wird. Ich erwarte allenfalls einen maßvollen Anstieg. Ein guter Haushaltspolitiker muss das einkalkulieren. Zusätzliche Lasten für den Bundeshaushalt wird man im Rahmen des allgemein üblichen Haushaltsgebarens bewältigen können. Solange es der deutschen Politik gelingt, das erreichte Niveau an wirtschaftlicher und finanzieller Stabilität zu halten, wird aber das Gefälle im Verhältnis zum Zinsniveau anderer Euro-Ländern bestehen bleiben.

Der 17. Deutsche Bundestag ist in der vergangenen Woche zum letzten Mal zu einer Sitzung zusammengekommen. Viele Abgeordnete scheiden aus. Wie war die Atmosphäre?

Die Atmosphäre der letzten Sitzung war in erster Linie von dem Eintritt in die heiße Phase des Wahlkampfes geprägt. Auch die jüngeren Abgeordneten, die bereits wissen, dass sie dem nächsten Bundestag nicht mehr angehören werden, brachten sich in die Auseinandersetzungen voll mit ein. Für Wehmut oder Abschiedsschmerz blieb da kein Raum.

Sie waren von 1991 bis 1998 Vorsitzender der FDP-Fraktion. Wie ist Ihnen diese Zeit in Erinnerung?

Das war eine spannende, ja aufregende Zeit. In den Jahren nach dem Mauerfall und dem Ende des Kalten Krieges waren wir im Bundestag mit dem Gestalt der Deutschen Einheit befasst – und das auf allen Ebenen

und in allen Bereichen. Diese große Herausforderung habe ich damals gern angenommen und bin froh, persönlich an der Verwirklichung der Einheit mitgearbeitet zu haben. Eine wahrhaft historische Chance!

Wie hat sich die politische Arbeit in Berlin seitdem geändert?

Als ich im Jahre 1980 in den Bundestag einzog gab es in Deutschland ein stabiles Dreiparteiensystem, heute gibt es im Bundestag fünf Fraktionen. Die Anforderungen an die Abgeordneten sind seither komplexer geworden, nicht selten kurzatmiger. Als Beschleuniger wirken hierbei die neuen Kommunikationsmittel und die Tatsache, dass Ereignisse im Augenblick ihres Geschehens über die digitalen Medien weltumspannend

verbreitet werden können. Dadurch hat in der Politik, aber auch in den Medien der Druck zugenommen, schnell zu reagieren. Die Möglichkeit, sich über ein aktuelles Ereignis erst einmal detailliert zu informieren, um dann erst zu reagieren, gibt es häufig nicht. Genau das unterscheidet auch Bonn von Berlin. Bonn ist für mich nach wie vor Symbol einer nachdenklicheren, gelasseneren, aber auch etwas behäbigeren Politik. In Berlin dagegen hat sich die mediale Aufmerksamkeit vervielfacht – und das ist in der politischen Arbeit aller Fraktionen deutlich erkennbar.

Seit 1998 sind Sie Vizepräsident des Bundestages. Im Präsidium müssen Sie eng mit Ihren Kollegen aller Fraktionen zusammenarbeiten. Wie klappt das?

Das klappt sehr gut. Das Bundestagspräsidium ist ein Gremium, in dem das Parlament als Ganzes im Vordergrund steht und nicht die einzelnen Fraktionen und deren jeweilige politische Ausrichtung. Gemeinsam mit den Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung kümmern wir uns darum, dass die Arbeit des Parlamentes ohne Reibungsverluste funktioniert und ein Stil gewahrt wird, der der Bedeutung des Parlaments als einzigem Träger einer direkten Legitimation gerecht wird.

Was macht für Sie den besonderen Reiz der Arbeit im Parlament aus?

In meiner Tätigkeit als Parlamentarier war mir immer wichtig, einen vernünftigen Beitrag für die Entwicklung unseres Landes und seiner Bewohner zu leisten. Im Bundestag werden genau dafür die Weichen gestellt: Hier werden die Gesetze eingebracht und verabschiedet, die dafür sorgen sollen, dass sich unser Zusammenleben in allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen in eine gute Richtung entwickelt ohne sich dabei schulmeisterlich in die persönliche Belange der Menschen einzumischen.

Würden Sie nach 33 Jahren im Parlament jungen Menschen empfehlen, ein Bundestagsmandat anzustreben?

Ja, absolut! Das würde ich! Aber ich würde ihnen auch sagen, dass es eine inhaltlich äußerst anspruchsvolle Tätigkeit ist und kein „Job“, den man von neun Uhr morgens bis fünf Uhr nachmittags ausübt. Wer Leidenschaft, Disziplin und Frustrationstoleranz mitbringt, eine gute Analysefähigkeit, Fleiß und Menschenkenntnis, der kann es weit bringen. Nicht zu vergessen: Manchmal braucht man als Abgeordneter beziehungsweise als Politiker auch ein dickes Fell. Öffentlichkeit und Medien gehen mit Politikern nicht gerade zimperlich um.

Das Interview führten Michael Klein und Hans-Jürgen Leersch. ■

Das niedrige Zinsniveau bedrängt die Sparer in Deutschland

FINANZEN Experten glauben, dass die Umverteilung auf den Kapitalmärkten die südeuropäischen Länder entlastet. Amerika könnte den Rutschbahneffekt stoppen

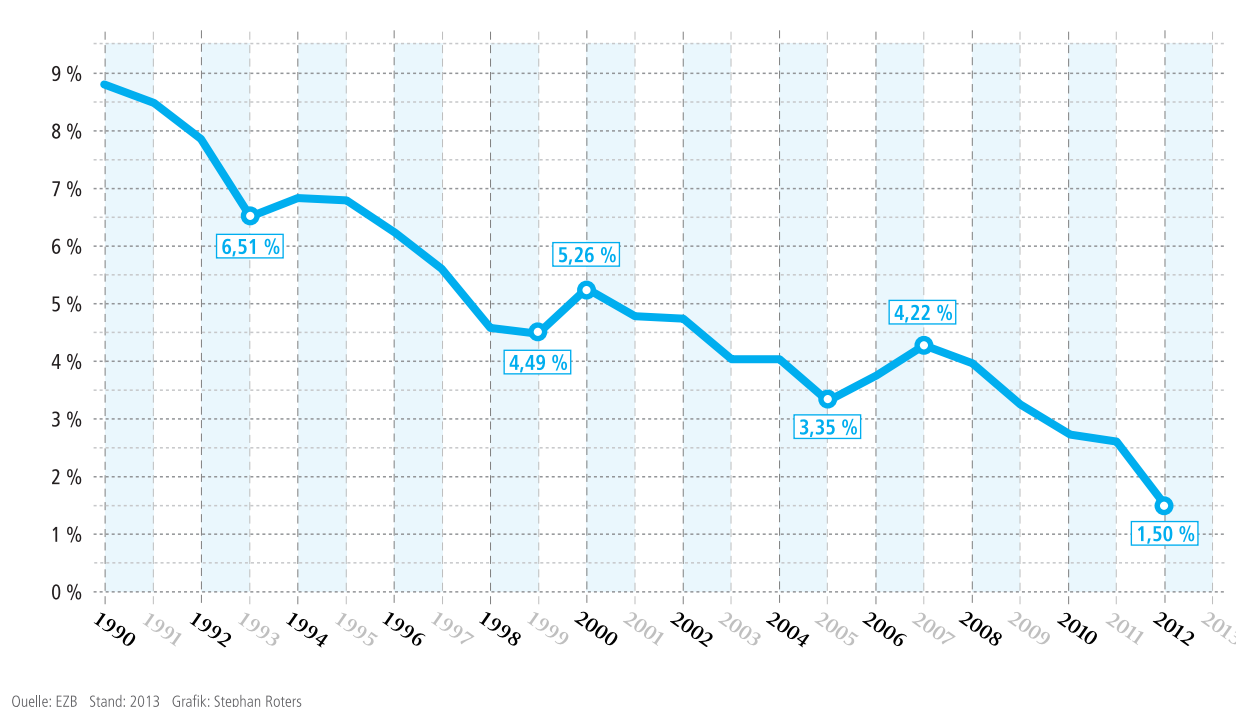
Diese steile Abwärtskurve betrachten sie im Finanzministerium mit Freude: Wie auf einer Rutschbahn fallen die Zinsen, die der deutsche Staat auf seine Schuldpapiere zahlen muss. Anfang der 1990er Jahre lag der Durchschnittszins über sieben Prozent. Bis zur Finanzkrise sank er auf 4,5 Prozent. Mit der Euro-Krise gab es 2012 einen Abwärtsschub unter drei Prozent. Die Umlaufrendite purzelte sogar unter 1,5 Prozent. Zeitweilig konnte der Bund sogar kurz laufende Anleihen mit negativen Renditen verkaufen, das heißt: Anleger bezahlen Geld dafür, dass sie dem Staat Geld leihen. Der drastische Zinsrückgang beschert dem deutschen Staat über die Jahre eine Entlastung in dreistelliger Milliardenhöhe – aber gleichzeitig mehren sich die Klagen von Sparern, deren Zinserträge kaum noch die Inflation ausgleichen.

Zinsdienst stagniert Obwohl sich die Schulden des deutschen Staates seit der Wiedervereinigung mehr als verdoppelt haben, stagniert die Zinsdienst seit Mitte der neunziger Jahre. Zuletzt ist er sogar kräftig gesunken. 2010 mussten die öffentlichen Haushalte noch 65 Milliarden Euro für Zinsen ausgeben, 2012 waren es nur 54,5 Milliarden Euro, rechnet der Bund der Steuerzahler vor.

Einen „Geldregen für den Staat“ habe die Niedrigzinsphase gebracht, sagt der Finanzwissenschaftler Clemens Fuest, der Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Nur 2,4 Prozent von Bruttoinlandsprodukt (BIP) beträgt die Zinslastquote – so wenig wie lange nicht mehr, obwohl der Schuldenberg

Entwicklung des Kapitalmarktzinssatzes in Deutschland

Rendite zehnjähriger Bundeswertpapiere in den Jahren 1990 - 2012



auf 2,1 Billionen Euro, mehr als 80 Prozent vom BIP, gestiegen ist.

Es gibt verschiedene Gründe für den Zinsrückgang seit den 1990er Jahren. „Zum einen gibt es weltweit hohe Ersparnisse, manche Ökonomen sprechen sogar von einer Sparflut (savings glut) wegen des vielen Geldes aus China, aber auch wegen des verstärkten Altersvorsorgeparens in den OECD-Ländern“, erklärt der Wirtschaftswissenschaftler Lars Feld. Zum anderen haben die Zentralbanken die Leitzinsen lange Zeit sehr niedrig gehalten und damit eine hohe Kreditgeldschöpfung ermöglicht. In der Krise hat die Europäische Zentralbank

(EZB) den Leitzins auf ein rekordniedriges Niveau von 0,5 Prozent gesenkt.

Aus Sorge um die Stabilität der Währungsunion gab es zudem eine starke Kapitalflucht nach Deutschland, in den „sicheren Hafen“. Dadurch sind die Renditen für deutsche Zinspapiere „um ungefähr einen Prozentpunkt“, schätzt Feld, auf das Rekordtief gedrückt worden. Seit dem Jahr 2009 hat allein der Bund an nähernd 100 Milliarden Euro gespart durch die günstige Verschuldungsmöglichkeit, rechnet der Finanzwissenschaftler Jens Boysen-Hogrefe vom Institut für Weltwirtschaft (IWi) vor. Auf diese Zahl kommt er

beim Vergleich der gesunkenen Zinsen für Neuemissionen mit dem Durchschnittsniveau des vorangegangenen Jahrzehnts. Seine Rechnung bezieht sich auf die Ersparnis bis ans Ende der Laufzeiten der Anleihen. Der starke Renditeverfall hat das Finanzministerium selbst überrascht. Ein Vergleich der ursprünglich erwarteten mit den tatsächlichen Zinsen für neuen Anleihen zeigt, dass der Bund in den Jahren 2010 bis 2014 voraussichtlich 41 Milliarden Euro günstiger davonkommt. Dies teilte das Finanzministerium jüngst auf eine Anfrage des SPD-Bundestagsabgeordneten Joachim Poß mit.

Solche Zahlen nähren die Debatte darüber, ob Deutschland in der Euro-Krise nicht nur große Haftungsrisiken eingeht, sondern in Wirklichkeit ein großer Profitore ist. Die meisten Ökonomen bezweifeln das aber. „Die niedrigen Zinsen sind für Deutschland kein Gewinn, sondern sie bringen vor allem eine große Umverteilung von Sparern zu Schuldner“, sagt ZEW-Chef Fuest, der auch Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium ist. „Deutschland als Volkswirtschaft verliert sogar insgesamt durch die niedrigen Zinsen, weil wir ein Nettogläubiger sind“, erklärt Fuest. Die Umverteilung findet auch zwischen den Ländern in Europa statt. „Das ist ja auch die beabsichtigte Wirkung der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, dass Schuldner, also die Krisenländer oder auch Banken und Unternehmen mit hoher Verschuldung, entlastet werden, während die Gläubiger verlieren“, sagt Fuest.

Nach den Daten der Bundesbank beträgt das Nettogeldvermögen der Deutschen fast 3,5 Billionen Euro, wovon der ganz überwiegende Teil festverzinslich angelegt ist. Mit den niedrigen Renditen, die derzeit kaum die Inflationsrate ausgleichen oder sogar darunter liegen, schrumpft der reale Wert der Ersparnisse. Eine „erzwungene Umverteilung von den deutschen Sparern zum deutschen Staat“ findet statt, sagt der Finanzwissenschaftler Lars Feld dazu. Laut einer Studie der Postbank entgehen den Sparern durch das Zinstief in diesem Jahr 14 Milliarden Euro, nächstes Jahr beträgt der Verlust sogar 21 Milliarden Euro.

Das ist mehr als die Ersparnis des Bundes, wenn man als Maßstab den Vergleich des Finanzministeriums von geplanten und tatsächlichen Zinszahlungen herimmt. Demnach spart der Bund durch den Renditeverfall in diesen Jahr neun Milliarden Euro und im kommenden Jahr 19 Milliarden gegenüber der Finanzplanung. Der Wirtschaftsweisenrat Feld spricht im Zusammenhang mit der

EZB-Niedrigzinspolitik auch von „finanzieller Repression“ Denn viele institutionelle Anleger wie Lebensversicherer und Pensionskassen, die ihren Sitz in der Eurozone haben, müssen laut Finanzregulierung auf Euro lautende Staatsanleihen halten.

Mehr als 40 Prozent der deutschen Geldvermögen liegen auf Spar- oder Terminkonten. Gut jeder dritte Deutsche hat zudem eine kapitalgedeckte Lebensversicherung. Auch bei diesen Anlageprodukten nagt der Niedrigzins an der Substanz. Der Präsident des Sparkassenverbands, Georg Fahrenschon, klagt schon seit längerem, dass die Billiggedpolitik der EZB zu einer „Enteignung“ der Sparer führe. „Zinsen unterhalb der Inflationsrate bedeuten eine Umverteilung von Gläubigern zu Schuldner und führen dazu, dass alle Sparer in Europa enteignet werden“, sagt Fahrenschon. Er fordert einen „Einstieg in die Umkehr aus der Niedrigzinspolitik“. In Europa dürfte dies noch länger dauern. Erst vor kurzem hat EZB-Präsident Mario Draghi niedrige Zinsen für eine längere Zeit versprochen.

Aufwärtstrend In Amerika könnte die Zinswende indes schneller als gedacht kommen. „Wenn der dort Aufschwung robust ist, worauf einiges hindeutet, kommt die Zinswende“, sagt Feld. „Und das wird auch auf Europa Auswirkungen haben, weil Kapital abfließt und dann hier die Zinsen steigen“, sagt Feld. „Für die Südländer kann das bedrohlich werden.“ Seit Mitte des Jahres ist schon ein leichter Aufwärtstrend der Zinsen weltweit bemerkbar. Die Rendite für die deutschen zehnjährigen Papiere ist von 1,5 auf 1,9 Prozent gestiegen. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat angekündigt, bei Neuemissionen auf längere Laufzeiten zu setzen, „weil wir das günstigste Zinsniveau einigermassen für die Zukunft festzuschreiben wollen.“ Philip Plicker ■

Der Autor ist Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) blickt optimistisch in die Zukunft.

© picture-alliance/epa

Weniger Ausgaben und Schulden

HAUSHALT Etatentwurf für 2014 vorgelegt. Gerüst für Planungen der neuen Regierung nach der Wahl

Politik braucht einen Plan, der auch nach einer Bundestagswahl gültig ist. Das gilt vor allem für den Haushalt. Wie in jedem Jahr hat auch diesmal das Bundeskabinett Ende Juni einen Haushalt für das kommende Jahr verabschiedet. Dieser Etatentwurf 2014 (17/14300), der den Bundestag im August erreicht, kann in Wahljahren vom Parlament nicht mehr verabschiedet werden und fällt deshalb der sogenannten Diskontinuität zum Opfer. Trotzdem war die Arbeit nicht umsonst: Der Entwurf bildet das Gerüst für die Etatplanungen der neuen Regierung für das kommende Jahr – wer auch immer an der Regierung beteiligt ist. Der Bund soll danach 2014 nur noch 295,4 Milliarden Euro ausgeben können (2013: 310 Milliarden Euro). Die Steuereinnahmen sollen von 260,6 Milliarden Euro auf 268,7 Milliarden Euro steigen und die Nettokreditaufnahme von 25,1 Milliarden Euro auf 6,2 Milliarden Euro zurückgehen. Von der Neuverschuldung entfallen allein 4,3 Milliarden Euro auf die Einzahlung an den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM. Den größten Einzelteil hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dessen Ausgaben von rund 119,2 Milliarden Euro auf 120,7 Milliarden Euro steigen sollen.

Die Ausgaben für Bildung und Forschung sollen um 224,3 auf knapp 14 Milliarden Euro angehoben werden. Auch die Ausgaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frau und Jugend sollen steigen: von knapp 6,9 Milliarden Euro auf 7,2 Milliarden Euro. Dagegen sollen die Ausgaben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung um knapp eine Milliarde Euro fallen und nur noch 25,4 Milliarden Euro betragen. Auch der Verteidigungsetat soll um 422 Millionen Euro auf 32,8 Milliarden Euro sinken.

Ausgaben fast unverändert Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) wies in der vergangenen Woche in der Debatte zur Situation in Deutschland darauf hin, dass insgesamt die Ausgaben in den vergangenen vier Jahren der schwarz-gelben Koalition „in etwa“ gleich geblieben seien, obwohl unvorhersehbare Zahlungen zum Beispiel für die Euro-Rettung und die Folgen der Hochwasserkatastrophe in diesem Jahr geleistet werden mussten. Trotz dieser Ausgaben-Disziplin ging es laut Schäuble wirtschaftlich voran. So habe Deutschland in diesem Jahr die niedrigste Arbeitslosenquote seit der Wiedervereinigung, und die Einkommen seien in den vergangenen drei Jahren um durchschnittlich

drei Prozent gewachsen. Dies alles sei eine Folge der „Politik der konsequenten Haushaltskonsolidierung“, betonte er. Diese Politik soll nicht nur im kommenden Jahr, sondern auch in den Folgejahren fortgesetzt werden, denn der Bund will ab dem Jahr 2015 keine neuen Schulden mehr machen. Auch für die folgenden Jahre 2016 und 2017 wird keine Nettokreditaufnahme mehr erwartet, wie aus dem Finanzplan des Bundes 2013 bis 2017 (17/14301) hervorgeht. Es werden sogar Überschüsse prognostiziert. Diese sollen 2015 bei 200 Millionen Euro liegen und ein Jahr später auf 5,2 Milliarden Euro steigen. Für 2017 wird ein Überschuss von 9,6 Milliarden Euro erwartet. Diese Überschüsse sollen zur Schuldentilgung verwendet werden – wenn der Plan Wirklichkeit werden sollte. Die Ausgaben des Bundes sollen bis 2017 nur gering steigen. Die mittelfristige Finanzplanung sieht für 2015 Ausgaben in Höhe von 299,6 Milliarden Euro vor, 2016 sind 308,3 Milliarden Euro und 2017 insgesamt 317,7 Milliarden Euro eingeplant. Die Schuldenstandsquote, die im vergangenen Jahr bei 81,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts lag, soll durch die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte bis 2017 auf weniger als 70 Prozent sinken. Allerdings sollen die Zinsausgaben, die im kommenden Jahr auf

29,074 Milliarden Euro veranschlagt werden, bis 2017 auf 34,164 Milliarden Euro steigen.

Weniger für Infrastruktur Bei den einzelnen Ausgabenbereichen werden zum Teil größere Veränderungen erwartet. So sollen die im Haushaltsentwurf für 2014 vorgesehenen Ausgaben für die Rentenversicherungen von 82,51 Milliarden Euro bis 2017 auf 90,12 Milliarden Euro erhöht werden. Auch die familienpolitischen Leistungen sollen von 5,9 Milliarden Euro auf 7,12 Milliarden Euro ansteigen. Dagegen sollen die Ausgaben für Verteidigung von 27,8 Milliarden Euro auf 27,23 Milliarden Euro im Jahr 2017 zurückgehen. Leicht sinken sollen auch die Verkehrsausgaben. Während die Mittel für Bundesfernstraßen mit 5,28 Milliarden Euro von 2014 bis 2017 unverändert bleiben sollen, ist bei den Ausgaben für die Eisenbahnen des Bundes eine Reduzierung von 10,05 Milliarden Euro auf 9,97 Milliarden Euro vorgesehen. Die Bundesregierung geht für den Zeitraum bis 2017 von einem jährlichen Wachstum

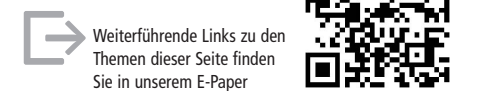
des Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent aus. „Eine Verschärfung der Staatsschuldenkrise im Euroraum stellt das Hauptrisiko für die wirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum dar. Erlahmt der Reformeifer der Krisenländer und geht in der Folge das Marktvertrauen in den Anpassungswillen der Mitgliedstaaten zurück, könnte sich die Verunsicherung von Investoren und Konsumenten erhöhen und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung belasten“, schreibt die Regierung in ihrer Unterrichtung zur mittelfristigen Finanzplanung. Schäuble wollte sich im Bundestag jedenfalls noch nicht festlegen, wie es mit der Hilfe für Griechenland im kommenden Jahr weitergehen wird. Er habe bisher entgegen anderslautenden Meldungen kein weiteres Hilfspaket für Griechenland angekündigt, sagte er vor den Abgeordneten. Über eine „möglichst rasch existierende Finanzierungslücke“ im Griechenlandprogramm könne erst Mitte des kommenden Jahres geredet werden.

Michael Klein

STICHWORT

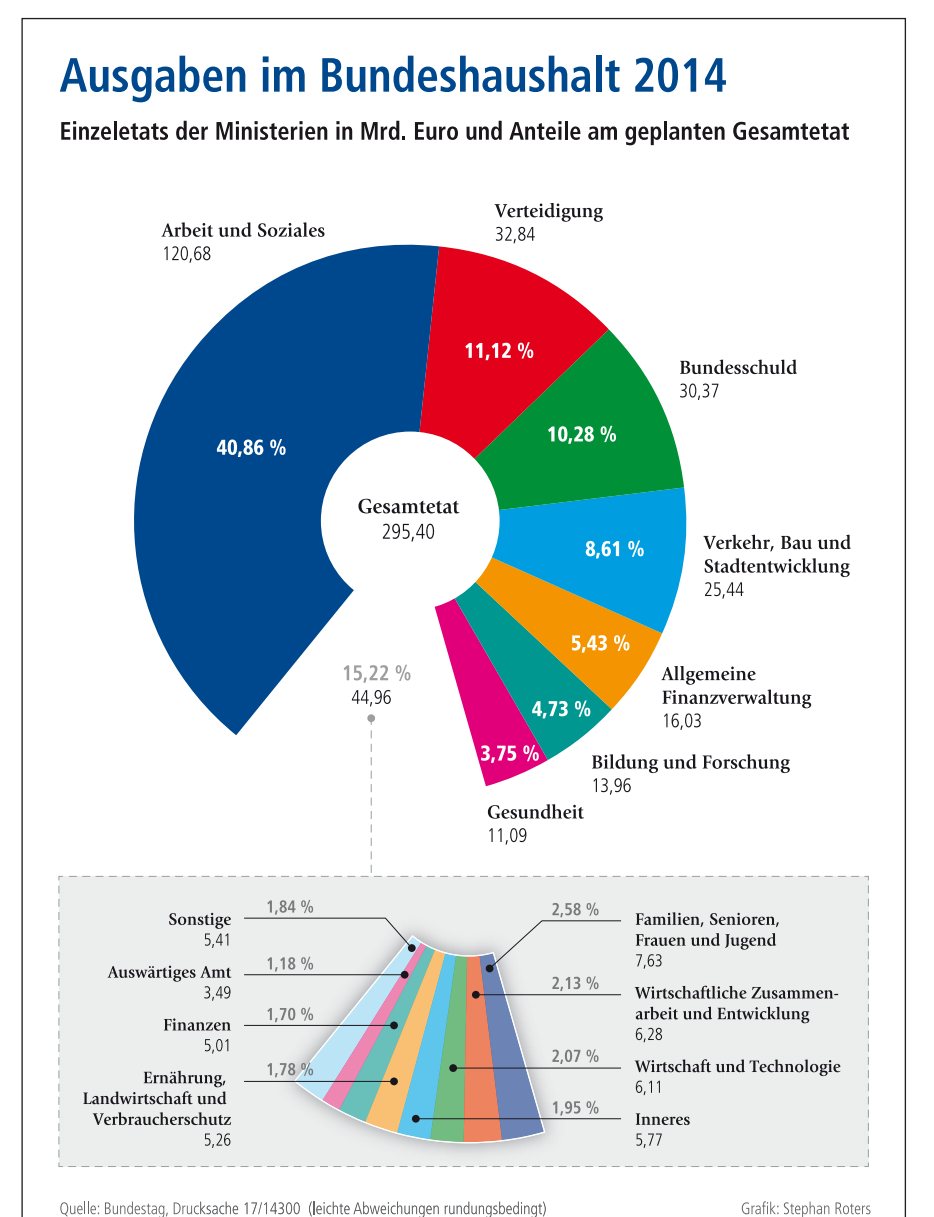
HAUSHALTSENTWURF 2014 – Handlungsgerüst für die neue Regierung

- > **Ausgaben** Nach den Plänen der derzeitigen Regierung soll der Bund im kommenden Jahr 295,4 Milliarden Euro ausgeben können. Das sind 14,6 Milliarden Euro weniger als für dieses Jahr eingeplant ist.
- > **Neuverschuldung** Die Nettokreditaufnahme soll im kommenden Jahr 4,3 Milliarden Euro betragen (2013: 25,1 Milliarden Euro). Damit wäre der Bundesetat nach den Regeln der Schuldengrenze strukturell ausgeglichen.
- > **Mittelfristige Finanzplanung** Damit wird das längerfristige finanzpolitische Programm der Regierung abgebildet. Sie bezieht sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren.



Einzelplan	EINNAHMEN		AUSGABEN	
	2014 in 1.000 €	Veränderungen zu 2013 in 1.000 €	2014 in 1.000 €	Veränderungen zu 2013 in 1.000 €
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	32.834	+ 380
02 Deutscher Bundestag	1.825	- 7	748.630	+ 17.178
03 Bundesrat	73	- 8	23.000	+ 187
04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	3.165	+ 53	2.001.084	- 52.441
05 Auswärtiges Amt	135.215	+ 11.364	3.486.354	+ 547
06 Bundesministerium des Innern	405.915	+ 44	5.766.559	- 83.985
07 Bundesministerium der Justiz	484.334	-	613.031	+ 6.195
08 Bundesministerium der Finanzen	251.693	+ 5.471	5.014.447	- 3.959
09 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	371.831	- 54.482	6.109.420	- 9.742
10 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	83.489	+ 20.335	5.262.325	- 6.859
11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1.894.499	+ 312.194	120.697.204	+ 1.468.072
12 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	5.733.926	+ 1.306	25.444.147	- 966.834
14 Bundesministerium der Verteidigung	292.054	- 31.278	32.835.676	- 422.428
15 Bundesministerium für Gesundheit	99.546	+ 6.084	11.090.656	- 896.206
16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	326.337	- 187	1.818.152	+ 174.054
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	68.452	+ 739	7.625.848	+ 744.094
19 Bundesverfassungsgericht	40	-	39.282	- 5.847
20 Bundesrechnungshof	340	- 14	135.989	+ 3.138
23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	587.139	+ 27.546	6.282.778	- 13.663
30 Bundesministerium für Bildung und Forschung	89.426	- 22.320	13.964.684	+ 224.334
32 Bundesschuld	7.305.531	- 19.045.463	30.373.889	- 2.609.382
60 Allgemeine Finanzverwaltung	277.264.977	+ 4.168.623	16.034.011	- 12.166.833
SUMME	295.400.000	- 14.600.000	295.400.000	- 14.600.000

Quelle: Bundestag, Drucksache 17/14300



AUFGEKEHRT

Im Zeichen der Kette

So mancher Beobachter meint ja, dieser Wahlkampf komme nicht in Fahrt, finde gar nicht statt oder hänge in den Ketten. Daran scheint zumindest eine Beobachtung richtig zu sein: die mit den Ketten. Eine lange Kette von Versäumnissen wirft zum Beispiel der sozialdemokratische Herausforderer Peer Steinbrück Bundeskanzlerin Angela Merkel vor. Von einer unglücklichen Pannerverkettung sprechen wiederum seine Kritiker, was Steinbrück seinerseits mit einem selbstbewussten „Hätte, hätte, Fahrradkette“ zu parieren pflegt.

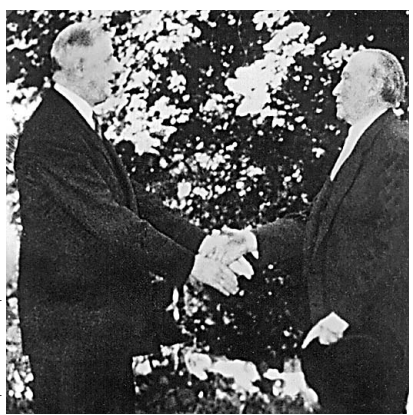
In den kriselnden Ländern Europas reichen die Verkettungen viel weiter, dort hängt das Wachstum durch wie Ketten. Die Konsequenz: Menschenketten auf den Straßen. Und der Vorwurf, Deutschland lege halb Europa – in Ketten. Eine Kettenreaktion beim Euro fürchten Merkel wie Steinbrück übrigens beide. Auch, dass Banken an die Kette gehören, ist Konsens (die Länge der Kette allerdings nicht). Beim Fernsehduell setzte man beiden eine Moderatoren-Viererkette vor die Nase, und im Anschluss sprach halb Deutschland selbstredend wieder über eine Kette, eine schwarz-gelb-rote nämlich, die Angela Merkel zum Duell angelegt hatte. Während die Amtsinhaberin damit also ein gutes Händchen beweist, muss sich auch Peer Steinbrück in Ketten-Angelegenheiten nicht verstecken: Seine Partei versteht sich schon aus ihrer langen Geschichte heraus auf das Sprengen von Fesseln und Ketten. Gegen die Gebirgsketten, die Angela Merkels Popularitätswerte aufwerfen, hat der Herausforderer allerdings bisher kein Rezept gefunden. Wenn er bis zum 22. September keines findet, könnte es den Deutschen mit der Bundeskanzlerin übrigens wie mit einer Kette ergehen: Die Fans schmücken sich mit ihr – die Kritiker hätten sie vier weitere Jahre am Hals.

Alexander Heinrich

VOR 55 JAHREN ...

Beginn einer Freundschaft

14. September 1958: De Gaulle empfängt Adenauer. „Ich war von großer Sorge erfüllt, denn ich befürchtete, die Denkweise von de Gaulle wäre von der meinen so grundverschieden, dass eine Verständigung zwischen uns beiden außerordentlich schwierig wäre.“ Mit gemischten Gefühlen reiste Konrad Adenauer (CDU) am 14. September 1958 nach La Boissière, dem Landsitz Charles de Gaulles in Colombey-les-deux-Églises. Doch was dann beim ersten Treffen des Kanzlers mit dem damaligen Ministerpräsidenten Frankreichs geschah, wird heute von einigen Historikern als „Wunder von Colombey“ bezeichnet: „Der alte Franzose und der sehr alte Deutsche“, wie de



Charles de Gaulle begrüßt Konrad Adenauer auf seinem Landsitz.

Gaulle sich und Adenauer in seinen Memoiren bezeichnete, verstanden sich auf Anhieb. Persönlich und politisch. Das Treffen gilt als Beginn der deutsch-französischen Freundschaft, die fünf Jahre später mit dem Élysée-Vertrag besiegelt wurde.

Dabei hatte sich de Gaulle Anfang der 1950er Jahre noch gegen einen Nato-Beitritt der Bundesrepublik ausgesprochen und eine deutsche Beteiligung an einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft abgelehnt. Umso überraschender war es, dass er den Kanzler in sein privates Landhaus einlud – eine Ehre, die keinem anderen Staatsmann jemals zuteil wurde. Zwei Tage verbrachte Adenauer bei de Gaulle. Seine Bedenken waren danach zerstreut: Der Kanzler war auf das „angenehmste überrascht“. Dass de Gaulles Frau Adenauer angeblich nur das „Alltagsmenü“ und den „üblichen Bordeaux“ servieren ließ, störte die Atmosphäre offensichtlich nicht.

Benjamin Stahl



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

ORTSTERMIN: HISTORISCHE DAUERAUSSTELLUNG IM DEUTSCHEN DOM



Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) eröffnete die neu gestaltete historische Dauerausstellung in ihrem Herzstück, einem dem Original nachempfundenen Miniaturplenarysaal.

Parlamentsausstellung eröffnet

Einer der wichtigsten Akteure der Veranstaltung war nicht dabei: Der Abgeordnete Jakob Maria Mierscheid sei leider abwesend, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) mit einem Schmunzeln. Der „zurecht berühmte Kollege“ befände sich derzeit mitten im Wahlkampf, und den könne er nicht unterbrechen. So oblag es Norbert Lammert vergangene Woche, die neu gestaltete historische Ausstellung des Bundestages über das parlamentarische System in Deutschland ohne seinen fiktiven Kollegen zu eröffnen.

Die Dauerausstellung „Wege – Irrwege – Umwege“ im deutschen Dom existiert schon seit mehr als zehn Jahren. Sie zeigt auf fünf Ebenen die historische Entwicklung des parlamentarischen Systems in Deutschland. Der Bereich über das parlamentarische Geschehen seit 1949 wurde jetzt neu konzipiert und ausstellungstechnisch modernisiert. Lammert sagte, dass die Ausstellung nach dem Umbau nun einen spielerischen und benutzerfreundlichen Zugang zu einem ansonsten abstrakten Thema biete. „Das ist eine schöne Möglichkeit, dem Parlament zu Leibe zu rücken.“ Er wünsche sich, dass die Besucher der Ausstel-

lung einen möglichst wirklichkeitsnahen Eindruck vom deutschen Parlament gewinnen.

Im Beisein von Bundestagsvizepräsident Eduard Oswald (CSU) erklärte Lammert weiter, es sei ein schöner Zufall, dass die Eröffnung gerade am letzten Plenartag stattfindet, „da sie gerade dokumentiert, dass sich das parlamentarische System über Legislaturperioden hinweg kontinuierlich weiterentwickelt und verändert.“ Dies zu verdeutlichen, sei der Ausstellung in bemerkenswerter Weise gelungen.

Anhand des fiktiven Parlamentarier Jakob Mierscheid können sich die Besucher über die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten informieren. „Mierscheid stellt in der Ausstellung stellvertretend für alle Abgeordneten den Arbeitsalltag in einer Sitzungswoche nach“, erklärt Birgid Aschinger, Leiterin des Besucherdienstes des Bundestages, das Konzept. Kurze Filme zeigen ihn auf seinen Wegen durch die Gebäude des Bundestages. Zu sehen sind außerdem Mierscheids Abgeordnetenalausweis oder seine Stimmkarte bei Abstimmungen im Plenum. Herzstück der Ausstellung ist ein nachgestalteter Plenarsaal in Miniaturfor-

mat, inklusive Bundestagsadler, Flaggen und Mikrofon am Rednerpult. Hier können die Besucher einmal selbst Parlamentarier sein.

Doch die Ausstellung hat nicht nur spielerischen, sondern auch dokumentarischen Charakter. Auf einer interaktiven Zeittafel sind wichtige Daten und Ereignisse des deutschen Parlamentarismus seit 1949 vermerkt. Wer sie berührt, erhält in einem Fenster zusätzliche Informationen, wie beispielsweise Fotos, Statistiken oder alten Wochenschauclips. „Insgesamt sind auf der Zeitachse 360 Stationen mit Text und Bild versehen, die alle in Eigenarbeit vom Bundestag erstellt worden sind“, sagt Andreas Baasner, Leiter des Ausstellungsbüros. Auf einer interaktiven Landkarte Deutschlands können sich die Gäste über sämtliche Wahlkreise informieren. Zu sehen sind weiterhin viele Originalausstellungsstücke aus der Parlamentsgeschichte, beispielsweise ein Stuhl aus dem alten Plenarsaal in Bonn oder Fräcke der Saaldieri.

Die Ausstellung ist jeweils dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr (von Mai bis September bis 19 Uhr), montags nur an Feiertagen geöffnet. Der Eintritt ist frei.

jbb

LESERPOST

Zur Ausgabe 32-33 vom 5.8.2013, „Justizieren im Betriebssystem“ auf Seite 1: Das Essay auf der ersten Seite bringt es sehr treffend auf den Punkt: Politikverdrossenheit ist nicht etwas, das einfach so vom Himmel fällt, sondern langfristig gewachsen ist. Sie ließe sich aber auch sehr wirksam bekämpfen, und zwar durch die Parlamentarier selbst. Helfen würde zum Beispiel eine größtmögliche Transparenz bei den Nebentätigkeiten der Abgeordneten, die Einführung eines Lobbyistenregisters sowie eine längst überfällige konsequente Umsetzung der Antikorruptionsrichtlinie der UN in nationales Recht. Das würde erheblich zur Reputation eines jeden Abgeordneten beitragen. Deshalb muss endlich ein Ruck durch den Bundestag gehen, müssen die eigenen Normen internationalen Standards angepasst werden, damit die Menschen im Land, die immer auf „die da oben“ schimpfen, keine Argumente mehr haben!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Zur Ausgabe 34-36 vom 19.8.2013, „Bürgerschaftliches Engagement“

Deutschland hat im Gegensatz zu den USA ein verhältnismäßig geringes bürgerschaftliches Engagement im Nonprofitsektor. Ursachen dafür sind unter anderem das wesentlich umfangreichere Sozialsystem in Deutschland, die höhere Bevölkerungsdichte und eine bessere Absicherung der Arbeitsverhältnisse. Weitere Ursachen mögen auch

beim Abgeordnetenprinzip aufgehoben, das ja ebenfalls Beteiligung und Dialog erlaubt.

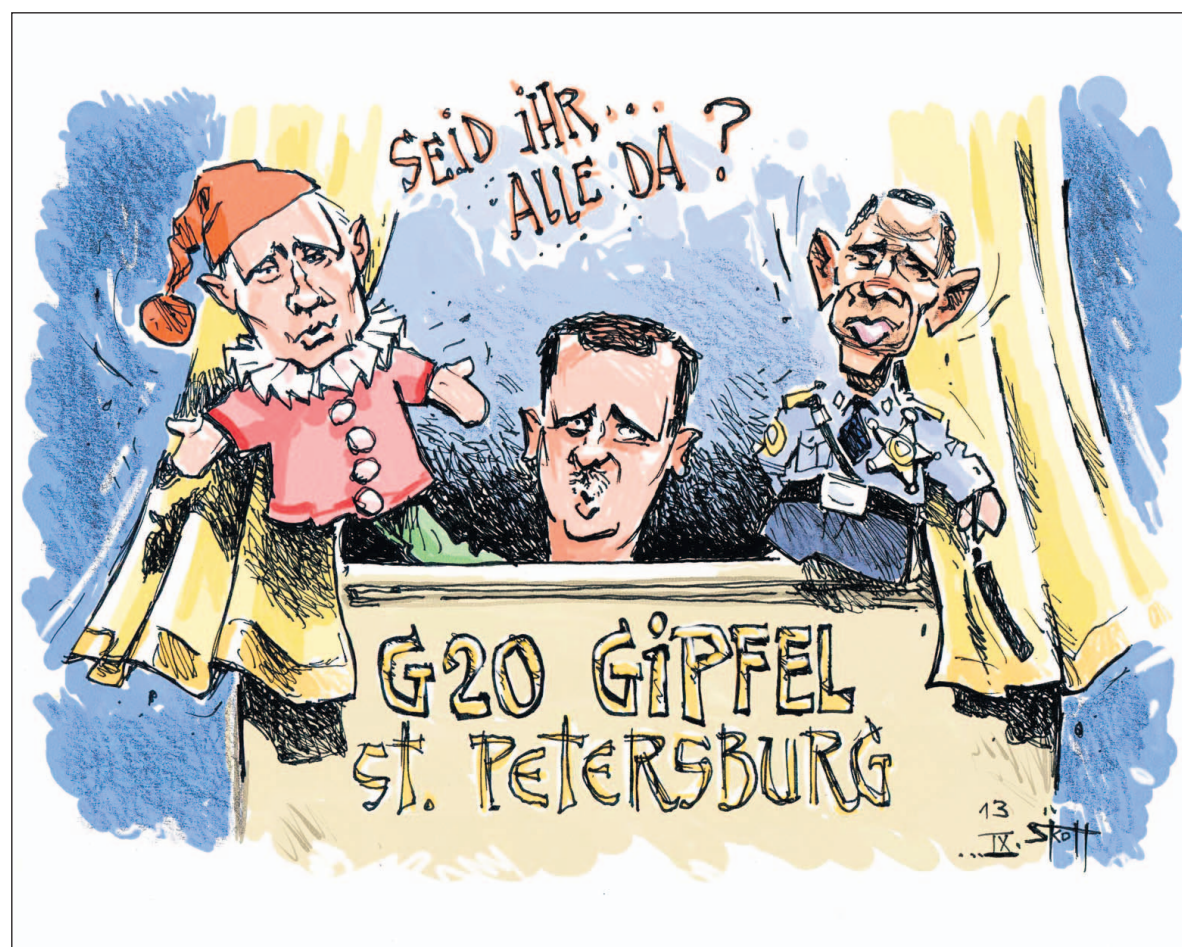
Familie Seiter, per E-Mail

Zur Ausgabe 34-36 vom 19.8.2013, „Ein Jahr gemeinnützige Arbeit“ auf Seite 6:

Ich bin sehr von Ihrer Sonderausgabe zum Thema „Im Dienste der Allgemeinheit: Ehrenamt und Stiftung“ angetan, denn Bürgerengagement ist mein tägliches Geschäft. Beim Lesen des Artikels zum Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) bin ich über das Wort „karikativ“ gestolpert. Da Sie damit ja sicher nicht meinen, das hier etwas karikiert wird, sondern die Leute in „karitativen Einrichtungen“ arbeiten können, wollte ich diesen „Tipfehler“ anmerken. Er hat zumindest bei mir für Erheiterung gesorgt.

Hans-Dieter Seul, Berlin

SEITENBLICKE



Zur Ausgabe 34-36 vom 19.8.2013, „Ein Jahr gemeinnützige Arbeit“ auf Seite 6:

Als einzige „karikative“ Einrichtung böte sich das Museum für komische Kunst in Frankfurt am Main an, dort ist ein FSJ aber nicht möglich. Insofern arbeiten die Freiwilligen natürlich in karitativen Einrichtungen.

Anmerkung der Redaktion:

Als einzige „karikative“ Einrichtung böte sich das Museum für komische Kunst in Frankfurt am Main an, dort ist ein FSJ aber nicht möglich. Insofern arbeiten die Freiwilligen natürlich in karitativen Einrichtungen.

PERSONALIA

>Heinrich Gewandt † Bundestagsabgeordneter 1957-1976, CDU

Am 11. August starb Heinrich Gewandt im Alter von 87 Jahren. Der aus Hamburg gebürtige Drogist und Exportkaufmann trat nach dem Krieg der CDU bei, war von 1949 bis 1956 Landesvorsitzender der Hamburger Jungen Union und wurde 1951 in den CDU-Landesvorstand gewählt. Von 1953 bis 1957 gehörte er der Hamburger Bürgerschaft an. Der Mittelstandsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion amtierte von 1969 bis 1980 als Präsident des deutschen Drogistenverbands und von 1971 bis 1983 als Präsident der Konföderation europäischer Drogistenverbände. Im Bundestag arbeitete Gewandt im Haushaltsausschuss sowie im Wirtschaftsausschuss mit.

>Günther Metzger † Bundestagsabgeordneter 1969-1976, SPD

Günther Metzger starb am 18. August im Alter von 80 Jahren. Der Rechtsanwalt und Notar aus Darmstadt, SPD-Mitglied seit 1956, war von 1981 bis 1993, wie schon zuvor sein Vater Ludwig von 1945 bis 1950, Oberbürgermeister seiner Heimatstadt. Metzger, Direktkandidat des gleichnamigen Wahlkreises und von 1973 bis 1976 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, gehörte in beiden Wahlperioden dem Rechtsausschuss an. Als Gründungsmitglied des Seeheimer Kreises in der SPD zählte er zu den einflussreichen Persönlichkeiten des rechten Parteiflügels. Sein Vater war von 1953 bis 1969 gleichfalls Bundestagsabgeordneter der SPD.

>Wolfgang Luder † Bundestagsabgeordneter 1987-1994, FDP

Am 19. August starb Wolfgang Luder im Alter von 76 Jahren. Der Berliner Rechtsanwalt und Notar, FDP-Mitglied seit 1962, war von 1968 bis 1970 Bundesvorsitzender der Jungdemokraten. Von 1970 bis 1988 und 1990/91 gehörte er dem Bundesvorstand seiner Partei an und stand von 1971 bis 1981 an der Spitze der Berliner FDP. Als Berliner Senator für Wirtschaft und Verkehr amtierte Luder von 1975 bis 1981 und von 1976 bis 1981 zugleich als Stellvertreter des Regierenden Bürgermeisters. Im Bundestag engagierte er sich im Innenausschuss, dessen stellvertretender Vorsitzender er von 1990 bis 1994 war. Als Verfasser des „Berlin-Antrags“ war Luder wesentlich an der Entscheidung des Bundestages über den Umzug an die Spree beteiligt. Im vergangenen Jahr wurde er mit der Würde eines Stadtältesten von Berlin ausgezeichnet.

>Oskar Lafontaine Bundestagsabgeordneter 1994, 1998-1999, SPD, 2005-2009, Die Linke

Am 16. September vollendet Oskar Lafontaine sein 70. Lebensjahr. Der aus Saarloris gebürtige Diplom-Physiker trat 1966 der SPD bei, war von 1971 bis 1977 Vorsitzender im Unterbezirk Saarbrücken-Stadt und stand von 1977 bis 1996 an der Spitze der Saar-SPD. Dem Bundesvorstand seiner Partei gehörte er von 1979 bis 1999 an und war ihr Vorsitzender als Nachfolger Rudolf Scharping von Ende 1995 bis März 1999. Lafontaine blickt auf eine lange und heute selten gewordene kommunal-, landes- und bundespolitische Laufbahn zurück. Von 1976 bis 1985 amtierte er als Saarbrücker Oberbürgermeister, von 1970 bis 1975 war er saarländischer Landtagsabgeordneter und schließlich von 1985 bis 1998 Ministerpräsident des Saarlandes. Als Bundesfinanzminister amtierte er 1998/99.

Lafontaine trat am 11. März 1999 von allen Ämtern zurück. Mangelnde Koordinierung der Regierungsarbeit, die Auseinandersetzung um die Steuerpolitik und nicht zuletzt die Beteiligung der Bundeswehr am Balkankrieg brachte er dafür als Gründe vor. Am 24. Mai 2005 verließ der Spitzenkandidat seiner Partei bei der Bundestagswahl 1990 aufgrund anhaltender unüberbrückbarer inhaltlicher Differenzen mit der Regierungsbundestagsfraktion die SPD und trat der neu gegründeten Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative (WASG)“ bei. Nach deren Zusammenschluss mit der Partei Die Linke stand Lafontaine von 2007 bis 2010 zusammen mit Lothar Bisky an der Spitze der Partei. Mit Gregor Gysi führte er von 2005 bis 2009 die Bundestagsfraktion. Nach vorübergehendem Rückzug aus der Politik aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigung ist Lafontaine zur Zeit Mitglied des saarländischen Landtags und Fraktionsvorsitzender der Linken. Eine Rückkehr in den Bundestag lehnte er ab.

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 16. September.

Dr. Norbert Lammert, Bundestagspräsident:

Die Arbeit ist damit noch keinesfalls erledigt



Norbert Lammert (*1948)
Bundestagspräsident

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine erschreckende Serie von Morden und Anschlägen einer nationalsozialistischen Terrorgruppe hat zahlreiche Opfer – Trautatisierte, Schwerverletzte – und zehn Tote hinterlassen. Schmerz, Trauer, auch Wut begleiten die Angehörigen seit vielen Jahren. Wir fühlen uns ihnen verbunden. Ich danke den heute anwesenden Angehörigen und Opfern von Anschlägen im Namen des ganzen Hauses, dass sie unserer Einladung gefolgt sind, der Debatte zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses persönlich beizuwohnen.

Ich wünsche mir, dass die ernsthafte sachliche Aufklärungsarbeit dieses Ausschusses den Opfern und den Angehörigen das Gefühl vermittelt, in ihrer Trauer und ihrem Leid nicht allein zu sein.

Ich bedanke mich insbesondere bei unserem Bundespräsidenten, der durch seine Anwesenheit bei dieser Debatte die Bedeutung unterstreicht, die der Bundestag und alle Verfassungsorgane dieser beispiellosen Herausforderung unseres demokratischen Rechtsstaates beimessen. Das Ausmaß der Verbrechen hat im ganzen Land und weit darüber hinaus tiefe Trauer und Betroffenheit ausgelöst. Dass die deutschen Sicherheitsbehörden die über Jahre geplanten und ausgeführten Verbrechen weder rechtzeitig aufdecken noch verhindern konnten, bedrückt und beschwert uns. Dass sich Opfer wie Angehörige

im Zuge der Ermittlungen teilweise haltlosen Verdächtigungen und wissentlich falschen Anschuldigungen ausgesetzt sahen, erfüllt uns noch heute mit Fassungslosigkeit und Scham. Dafür möchte ich mich im Namen des Bundestages bei ihnen in aller Form entschuldigen.

Der Schutz von Leib und Leben und die von unserer Verfassung garantierten Grundrechte haben in diesem Land Geltung für jeden, der hier lebt, mit welcher Herkunft, mit welchem Glauben und mit welcher Orientierung auch immer. Dieser deutsche Staat – das ist die Botschaft dieses Untersuchungsausschusses, und es ist die gemeinsame Position dieses Parlamentes – hält unverrückbar und unwiderruflich an diesen Prinzipien fest und an der gelegentlich verdrängten Einsicht, dass auch Minderheiten Rechtsansprüche haben, über die andere – selbst Mehrheiten – nicht verfügen können.

Meine Damen und Herren, am 26. Januar des vergangenen Jahres hat der Deutsche Bundestag, getragen von einer gemeinsamen Entscheidung aller Fraktionen des Hauses, einen Untersuchungsausschuss eingesetzt. In 16 Monaten leisteten seine Mitglieder, unterstützt durch

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausschusseksretariat und in den Abgeordnetenbüros, einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung und Aufarbeitung der schrecklichen Ereignisse. Der Ausschuss hat darüber hinaus gemeinsame Empfehlungen für die künftige Struktur, die Zusammenarbeit, die Befugnisse und die Qualifizierung der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden sowie für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus formuliert. Die gewonnenen Erkenntnisse und die daraus entwickelten Reform- und Verbesserungsvorschläge sind nun Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Ziel, jede Form von Extremismus oder Ausländerfeindlichkeit in unserem Lande entschlossen zu bekämpfen. Wir sind uns bewusst, dass die Arbeit damit keineswegs erledigt ist, sondern auf einer neuen gemeinsa-

men Grundlage fortgesetzt und verstärkt werden muss.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die gründliche, sachorientierte und überparteiliche Arbeit des Untersuchungsausschusses ist in den Me-

Sebastian Edathy, SPD:

Das, was wir tun konnten, haben wir aufrichtig getan



Sebastian Edathy (*1969)
Wahlkreis Nieburg II – Schaumburg

Das ist ein sehr außergewöhnlicher Untersuchungsausschuss gewesen, der heute seinen Abschlussbericht zur Diskussion stellt. Es war der 49. in der Geschichte des westdeutschen Parlamentarismus der Nachkriegszeit. Es war zugleich der erste, der von allen Fraktionen gewollt worden ist, der erste, der einstimmig eingesetzt worden ist – ein Prinzip übrigens, an dem wir bis zum Abschluss unserer Beratungen festgehalten haben: Es gab keine einzige Abstimmung in diesem Ausschuss, die nicht einstimmig erfolgt wäre.

Wir waren uns als Mitglieder dieses Ausschusses von Beginn an darin einig, dass das Thema, mit dem wir es zu tun haben würden, sich nicht für Streit zwischen den Parteien eignet, sondern von allen Demokratinnen und Demokraten für das gemeinsame Streiten für die Wiedergewinnung verloren gegangenen Vertrauens in die Funktions-

dien zu Recht als ein Beispiel hoher politischer Kultur und parlamentarischer Kompetenz gewürdigt werden. Ich hätte mich deshalb gefreut, wenn dieses Thema, dem der Deutsche Bundestag eine eigene Plenarsitzung widmet und das Staatsoberhaupt seine Anwesenheit, auch den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten eine Übertragung wert gewesen wäre – im Hauptprogramm, versteht sich, weil es sich nicht um eine Nebensache handelt.

Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen für die geleistete Arbeit,

für ihr großes persönliches Engagement. Dass dieser Untersuchungsausschuss, der sich als gemeinsames Aufklärungsinstrument begriff, um verloren gegangenes Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherzustellen, in so ungewöhnlichem und beispielhaftem Maße konsensorientiert gearbeitet hat, ist das Verdienst aller seiner Mitglieder, insbesondere seines Vorsitzenden, dem ich hiermit stellvertretend für alle anderen für seine Arbeit ausdrücklich danken möchte.

(Beifall im ganzen Hause)

fähigkeit des demokratischen Rechtsstaates genutzt werden muss. Das hat uns geint.

Es hat diesen Ausschuss stark und effektiv gemacht.

Es gibt in jedem Rechtsstaat zwei Kernversprechen, die, wenn die Menschen, die in seinen Grenzen leben, Vertrauen in ihn haben sollen und wollen, unabdingbar eingehalten werden müssen. Ein Versprechen ist: Egal wer man ist – ob Bürger oder nicht, unabhängig von Stand und Herkunft –, jeder, der hier in Deutschland lebt, muss sich darauf verlassen können, dass die dafür zuständigen staatlichen Institutionen alles Vertretbare tun, um ihn vor Straftaten, insbesondere vor Kapitaldelikten, zu schützen.

Es gibt ein zweites Kernversprechen.

Das zweite Kernversprechen ist: Wenn es trotzdem zumal zu schweren Straftaten kommt, kann sich jedes Opfer, können sich die Angehörigen darauf verlassen, dass die dafür zuständigen Behörden unvoreingenommen, das heißt objektiv und professionell, Aufklärungsarbeit leisten.

Gegenüber vielen der NSU-Opfer sind gleich beide Versprechen gebrochen worden. Das ist ein trauriger, ein beschämender Befund. Ich sage aber zugleich: Die Stärke des Rechtsstaates ist nicht Fehlerfreiheit; die Stärke des Rechtsstaates ist es, Fehler zu erkennen, zu analysieren und dafür Sorge zu tragen, dass sie sich nicht wiederholen können.

Das ist die Aufgabe, der wir uns von Januar 2012 an unterzogen haben. Wir haben in diesem Untersuchungsausschuss natürlich auch im Sinne der Opfer und der Angehörigen der Mordopfer gearbeitet; aber die Einrichtung des Untersuchungsausschusses hatte im Kern den folgenden Hintergrund: Es ist eine Frage der demokratischen Selbstachtung unserer ganzen Gesellschaft, dass wir zwingend sicherstellen, dass sich ein derart massives Behördenversagen, wie wir es feststellen mussten, nicht wiederholen kann.

Es sind – man kann es in unserem Bericht nachlesen – nach unserem Dafürhalten im Wesentlichen drei Faktoren, die wir gefunden haben und die jeder für sich und in ihrem Ineinanderverwirken am Ende dazu geführt haben, dass wir es einem älteren Bürger aus Eisenach, der der Polizei im November 2011 einen Tipp gege-

Fortsetzung auf Seite 2

Es gab keine einzige Abstimmung in diesem Ausschuss, die nicht einstimmig war.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Fortsetzung von Seite 1:
Sebastian Edathy (SPD)

ben hat, und nicht gelungener Ermittlungsarbeit der Sicherheitsbehörden verdanken, dass überhaupt erkannt werden konnte: Es gibt diese rechtsterroristische Gruppierung.

Die auslösende Frage für uns war ja: Wie kann es eigentlich sein, dass da eine rechtsterroristische Zelle mordend und raubend über Jahre durch die Republik zieht und ihre Existenz nicht erkannt wird, geschweige denn, dass man ihrer Mitglieder durch Arbeit der Ermittlungsbehörden habhaft geworden wäre? Ich glaube, es gibt dafür im Wesentlichen drei Ursachen.

Das eine ist: Wir müssen unsere Sicherheitsarchitektur so weiterentwickeln, dass zwischen den verschiedenen Behörden nicht Konkurrenzdenken, sondern Kooperationsbereitschaft vorhanden ist. Daran hat es an vielen Stellen gemangelt.

Das Zweite ist: Ein zunehmend gewaltbereiter gewordener Rechtsextremismus darf nie wieder so massiv unterschätzt, teilweise sogar bagatellisiert werden, wie das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Wer Menschen aus rassistischen Motiven heraus angreift, der greift uns alle an, weil er sich an den Fundamenten unserer Gesellschaftsordnung versündigt.

Der dritte Faktor – mit das traurigste Kapitel – ist, dass wir bei neun von zehn Mordfällen, bei den neun Morden an Bürgern mit einer ausländischen Familienbiografie, feststellen mussten, dass das von mir vorhin als zweites Kernversprechen des Rechtsstaates postulierte Versprechen nicht eingehalten worden ist. Es ist bei neun von zehn Morden nicht ergebnisoffen und vorurteilsfrei, sondern ressentimentgeleitet ermittelt worden. Dafür müssen wir politische Verantwortung tragen. Wir müssen durch bessere Personalauswahl, Aus- und Weiterbildung dafür Sorge tragen, dass das Denken in Teilen unserer Sicherheitsbehörden sich verändert. Ich glaube auch, dass unsere Sicherheitsbehörden künftig stärker die Vielfalt dieser Gesellschaft insgesamt auch in ihren Strukturen widerspiegeln werden.

Ich möchte mich herzlich bedanken für eine unglaublich gute Zusammenarbeit bei den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss, bei den Obmännern, bei den Obfrauen. Ich möchte mich herzlich bedanken beim Sekretariat, bei den Fraktionsreferentinnen und -referenten, bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Abgeordnetenbüros. Ich denke, wir können am Ende vielleicht sagen: Wir haben nicht jede Frage auflösen können. Aber ich glaube, wir können über unsere Arbeit sagen: Das, was wir tun konnten, haben wir aufrichtig getan.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Hause)

Clemens Binniger, CDU/CSU:

Eine Niederlage für unsere gesamte Gesellschaft



Clemens Binniger (*1962)
Wahlkreis Böblingen

Als kurz nach dem Auffliegen des Terrortrios am 4. November 2011 der damalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz gesagt hat: „Das ist eine Niederlage für die Sicherheitsbehörden“, habe ich das etwas erweitert, und ich sage es heute noch einmal: Es war mehr als eine Niederlage für die Sicherheitsbehörden. Dass in unserem Land Menschen Opfer von Verbrechen wurden aufgrund ihrer ausländischen Herkunft oder weil sie als Polizistin oder Polizist für diesen Staat gearbeitet haben, das war eine Niederlage für unsere gesamte Gesellschaft und darf sich nicht wiederholen.

In den ersten Tagen und Wochen herrschte Fassungslosigkeit. Man suchte nach Erklärungsansätzen: Wie kann es sein, dass ein Trio 1998 abtaucht und zwei Jahre lang trotz intensiver Suche nicht gefunden wird, obwohl es das Land kaum verlassen hat? Es begeht zehn Morde, drei Sprengstoffanschläge und 14 Banküberfälle, und niemand entdeckt sie. Man kommt nicht einmal auf die Idee, dass es Rechtsterroristen sein könnten. Wie kann das sein?

Das Vertrauen in die Arbeit der Sicherheitsbehörden, nicht nur bei den Angehörigen der Opfer und der Überlebenden, war tief erschüttert. Auch das Vertrauen in unseren Rechtsstaat war ein Stück weit erschüttert. Deshalb war es damals eine gute Entscheidung aller Fraktionen des Deutschen Bundestages, diesen Untersuchungsausschuss gemeinsam einzusetzen. Bei allem, was uns sonst politisch trennt, von Linkspartei bis FDP, haben wir uns damals in die Hand versprochen: Wir arbeiten an der Sache orientiert, im Interesse der Aufklärung, damit Vertrauen wieder entstehen kann, und lassen Parteipolitik komplett beiseite. Dass das bis zur Beratung des Berichts am heutigen Tag gehalten hat, dafür von mir einen herzlichen Dank an die Kollegen aller Fraktionen.

Der Untersuchungsausschuss hat aber auch gezeigt, dass das deutsche Parlament in der Lage ist, die Exekuti-

ve zu kontrollieren. Wir hatten im Bund und nahezu in allen Ländern mit vielen Stellen zu tun. Es war nicht immer einfach, Akten zu bekommen. Wir hatten manchen Disput zu führen. Wir haben manchmal auch heftige Kritik geübt, wenn Akten zu spät kamen. Es bestand immer ein Stück weit ein Spannungsverhältnis zwischen dem Geheimhaltungsbedürfnis aus Sicht der Exekutive und unserem Aufklärungsbedürfnis. Aber am Ende haben wir – das muss man festhalten – alles bekommen, was wir für unsere Arbeit gebraucht haben. Deshalb will ich an die Adresse des Bunderates – die Bundesratsbank ist voll besetzt – und auch des Bundesinnenministeriums Dank sagen für die Zusammenarbeit bei einem schwierigen Thema. Sie haben uns unsere Arbeit machen lassen und uns auch unterstützt, so wie wir das wollten.

Das mag dem einen oder anderen immer noch zu wenig oder zu viel oder was auch immer sein, aber im Kern ist festzuhalten: Wir haben im Sinne unseres Aufklärungsauftrages etwas erreicht.

Nun zu den Ursachen. Wie konnte es geschehen? Es gibt nicht die eine Ursache für diese schreckliche Mordserie und ihr Nichtentdecken. Das Geschehen hat in einem Zeitraum von 13 Jahren stattgefunden, die Hälfte der Bundesländer sind betroffen. Die eine Ursache gibt es nicht, aber eines wurde deutlich: Diese Verbrechenserie, die sich über Ländergrenzen hinweg ereignet hat, hat unsere föderale Sicherheitsarchitektur sehr schnell und sehr deutlich an ihre Grenzen gebracht. Daraus müssen wir die Lehren ziehen, die wir in unseren Empfehlungen gezogen haben. Darauf werde ich später noch eingehen.

Wenn wir über Ursachen reden, ist klar: Die Hauptkritik geht an die Behörden, deren Aufgabe es ist, die Menschen in unserem Land, egal welcher Herkunft, vor Verbrechen zu schützen. Das ist die Polizei, das sind die Nachrichtendienste, und das ist die Justiz. Das sind die Hauptadressaten unserer Kritik. Aber seien wir ehrlich: Wir müssen uns auch selber einen Spiegel vorhalten. Ich mache in diesem Haus seit 2002 Innenpolitik. Wer von uns Innenpolitikern oder wer von den Mitgliedern in den Innenausschüssen hat jemals bei dieser damals noch so genannten Ceska-Mordserie daran gedacht, es könnten Rechtsterroristen sein? Wer hat in den Medien jemals diesen Vorwurf oder Verdacht geäußert? Niemand. Wie häufig sind wir an diesen Fahndungsplakaten vor-

beigelaufen, zum Beispiel am Flughafen? Wir haben sie gesehen, haben sie nach zwei Minuten vergessen und nicht weiter darüber nachgedacht. Ja, sogar noch schlimmer: Nicht einmal nach dem 4. November 2011 – das Trio war wieder präsent; Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe standen im Verdacht, den Polizistenmord begangen zu haben – kam man auf die Idee, zu fragen: Sind das auch die Mörder unserer ausländischen Mitbürger? Selbst da kam niemand auf die Idee, nicht am 5. November, nicht am 6., nicht am 7. und auch nicht am 8. November. Erst als im Schutt des abgebrannten Hauses in Zwickau die Ceska, die Tatwaffe, und die BekennerdVD gefunden wurden, erst da war klar: Wir haben es hier mit den Tätern einer schrecklichen Mordserie zu tun. Dass wir nicht darauf gekommen sind, dass niemand diesen Gedanken

Es gibt nicht die eine Ursache für diese schreckliche Mordserie und ihr Nichtentdecken.

hatte, muss uns alle selbstkritisch stimmen und für uns Anlass sein, darüber nachzudenken, woran das lag. Da sind auch wir nicht frei von Kritik, wir alle zusammen, die wir hier Verantwortung tragen.

Wenn man die Ursachen zusammen betrachtet, stellt man fest, dass vielleicht vier oder fünf Ursachen maßgeblich dafür sind, dass hier so viel schief lief. Vorneweg: Sicher wurden die Gefahren des gewaltbereiten, des bewaffneten Rechtsextremismus wirklich kolossal unterschätzt; das ist tragisch. Es ist nicht so, dass in all diesen Jahren – 1998, 2000, 2002 oder auch danach – Rechtsextremismus nicht bekämpft wurde – es gab Verbotsworte; Blood & Honour wurde verboten; es gab umfangreiche Ermittlungsverfahren zum Thema rechtsextremistische Musik –; aber in dem entscheidenden Feld – wo haben wir einen gewaltbereiten Kern? – hat man immer zu früh aufgehört. Das war einer der großen Fehler. Er zieht sich im Prinzip durch die ganze Zeit, auch durch die Arbeit der Sicherheitsbehörden. Auch diese Unterschätzung des gewaltbereiten Rechtsextremismus darf sich nicht wiederholen.

Auf die Grenzen des Föderalismus habe ich schon hingewiesen. Wer ist zuständig bei einer Mordserie, die sich auf mehrere Bundesländer erstreckt, wenn der Generalbundesanwalt nicht zuständig ist? Wir hatten mehrere zuständige Polizeien, mehrere zuständige Staatsanwaltschaften. Alle Versuche, das zu bündeln, sind immer wieder gescheitert. Erst wollten die Länder abgeben, da wollte das BKA nicht. Dann wollte das BKA übernehmen, da wollten die Länder nicht. Und

dann noch einmal umgekehrt. Deshalb empfehlen wir eine Regelung – das ist eine unserer 47 Empfehlungen –, dass es bei solchen länderübergreifenden Verbrechen bei Polizei und Justiz eine Stelle geben muss, die zuständig ist. Ansonsten werden wir dieses Wirrwarr beim nächsten Mal wieder erleben. Das aber können wir uns im Interesse unseres Rechtsstaates, im Interesse unserer Demokratie wirklich nicht leisten. Deshalb muss es auch hier eine Veränderung geben.

Die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Polizei ist nicht einfach. Wir alle wissen, dass es dafür hohe rechtliche Hürden gibt. Aber bei einer Mordserie ist Zusammenarbeit möglich. So wie sie sich hier dargestellt hat, ist sie mit dem Wort „schlecht“ noch unzureichend beschrieben. Sie hat nicht funktioniert. Wissen über das Trio, das beim Verfassungsschutz vorhanden war, ist nur in Bruchstücken bei der Polizei gelandet oder gar nicht, weil man das Wissen gleich für sich behalten hat. Auch hier muss sich einiges ändern.

Dann das Thema V-Leute. Bei diesem Punkt haben wir in letzter Konsequenz, über die Empfehlungen hinausgehend, keinen Konsens, in den Empfehlungen aber schon. V-Leute sind keine Mitarbeiter von Sicherheitsbehörden. Sie sind Angehörige einer extremistischen Szene und bleiben das auch. Im konkreten Fall heißt das: Es sind Neonazis, die bereit sind, gegen Geld mit Sicherheitsbehörden zusammenzuarbeiten. Das ist ein schmaler Grat für den Rechtsstaat, und er wurde hier an manchen Stellen verlassen. Dass eine Sicherheitsbehörde in Brandenburg mit einem V-Mann zusammenarbeitet, der wegen versuchten Mordes an einem ausländischen Mitbürger verurteilt wurde, ist undenkbar. Das darf sich nicht wiederholen. Hier überschreitet der Rechtsstaat eine rote Linie.

Ich will aber auch deutlich sagen: Wir können auf das Instrument der V-Leute nicht ganz verzichten. Es gibt in diesen Phänomenbereichen abgeschottete Zirkel, an die die Sicherheitsbehörden überhaupt nicht herankommen, wenn sie dieses Instrument nicht haben. Aber es bedarf einer grundsätzlichen Reform, es bedarf einheitlicher Standards in allen Sicherheitsbehörden, wenn es um das Thema V-Leute geht, weil in den letzten 15 Jahren Aufwand und Risiko des Einsatzes von V-Leuten im Bereich Rechtsextremismus in keinem Verhältnis zum Erkenntnisgewinn standen. Das muss Anlass sein für dringende und notwendige Reformen in diesem Bereich.

Der letzte Punkt, der bedrückendste, ist das frühe Festlegen auf eine Ermittlungsrichtung: „Es muss organisierte Kriminalität sein“ oder, wie beim Sprengstoffanschlag in Köln 2004: „Es muss um die Türsteherszene gehen“. Ganz wenig nur wurde in Richtung Rechtsextremismus ermittelt. Die Bayern haben 2006 diesen Versuch unternommen, wurden aber von den anderen Behörden heftig kritisiert. In Köln wurde einmal kurz in

Richtung Rechtsextremismus ermittelt; dann wurde diese Spur wieder verworfen. Immer wieder ging es in Richtung organisierte Kriminalität – als ob es möglich wäre, die Täter im Umfeld der Opfer zu finden.

Dass man im Umfeld der Opfer ermittelt hat, wie man es bei schweren Verbrechen immer macht, ist nicht zu kritisieren. Aber man hat immer weiter ermittelt, auch wenn es keine Anhaltspunkte mehr gab; man hat nicht mehr aufgehört. Man hat mit hohem Aufwand in diesem Bereich ermittelt, hat die Opfer damit nochmals zu Opfern gemacht.

Auch das ist etwas, was sich nicht wiederholen darf. Opfer dürfen durch Ermittlungen nicht ein zweites Mal zu Opfern werden.

Für diesen Bereich haben wir einen ganzen Katalog von Empfehlungen formuliert. Die Empfehlungen reichen im Prinzip von einer anderen Erfassung rechtsextremistischer Gewaltkriminalität – damit wir nicht über statistische Aussagen streiten müssen, was das Phänomen angeht – über ein besseres Lagebild und mehr interkulturelle Kompetenz in allen Sicherheitsbehörden bis hin zu einer Empfehlung, die ich wirklich für sehr wichtig halte: Nachdem wir viele Zeugen aus Sicherheitsbehörden vernommen haben, viele Mitarbeiter, Polizisten und Ermittler, von denen viele – die meisten, würde ich sagen – sehr betroffen, sehr einsichtig waren und denen es selber zu schaffen macht, dass sie ihrem gesetzlichen Auftrag nicht

nachkommen konnten, und diese sicher ihre Lehren aus diesen Fällen gezogen haben, ist es jetzt notwendig, dass die Lehren aus dem NSU-Desaster Teil des Wissens der Organisationen werden, damit auch zukünftige Generationen von Ermittlern wissen, was damals schief lief, und so sichergestellt werden kann, dass das nicht mehr vorkommt. Deshalb lautet eine unserer 47 Empfehlungen, dass der gesamte Fall NSU – mit all seinen Fehlern – Teil der Aus- und Fortbildung bei Polizei, Nachrichtendiensten und Justiz werden muss. Das sage ich auch an die Adresse der Länder; das können wir nicht alleine machen. Ich halte das aber für eine wichtige, dringende Empfehlung, die dazu beitragen kann, dass sich solche Pannen und ein

solches Versagen nicht wiederholen. Das geht nur, wenn das Wissen darüber in der Organisation stetig verankert wird. Das ist, wie gesagt, eine unserer Empfehlungen.

1.300 Seiten hat unser Abschlussbericht. Die Quintessenz sind 47 Empfehlungen, auf die sich alle Fraktionen im Konsens geeinigt haben. Es gab zwar die Möglichkeit, Sondervoten abzugeben, wenn eine Fraktion der Auffassung war, Formulierungen präzisieren oder weitere Vorschläge machen zu müssen. Die CDU/CSU-Fraktion hat sich allerdings entschieden, auf solch ein Votum zu verzichten. Wir sehen die Stärke dieser 47 Empfehlungen gerade darin, dass über sie Konsens besteht. Dadurch entfalten sie einen Reformdruck, da-

durch sind sie wirkmächtig – und verpflichten uns alle. Diese 47 Empfehlungen, getragen von allen Fraktionen, verpflichten uns alle – die Regierungen in Bund und Ländern, die Parlamente in Bund und Ländern, die Gesellschaft als Ganzes –, aus dem, was geschehen ist, die Lehren zu ziehen, dafür zu sorgen, dass sich so etwas nicht wiederholt, und zu gewährleisten, dass Menschen, egal woher sie kommen, in unserem Land willkommen sind und keine Angst haben müssen, aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer Religion Opfer einer Straftat zu werden. Das ist das Versprechen, das wir hier heute abgeben und an dem wir uns messen lassen.

(Beifall im ganzen Hause)

Petra Pau, Bundestagsvizepräsidentin:

Das Staatsversagen hatte zwei wesentliche Ursachen



Petra Pau (*1963)
Bundestagsvizepräsidentin

Zehn Morde, mindestens zwei Anschläge und zahlreiche bewaffnete Überfälle gehen auf das Konto der Nazibande namens „Nationalsozialistischer Untergrund“, kurz: NSU.

Wie andere auch war ich an etlichen Tatorten, um mir ein Bild zu machen. Wir wollten uns nicht allein auf die Akten verlassen. So war ich auch in der Kölner Keupstraße. 2004 hatten Böhnhardt und Mundlos dort eine Nagelbombe gezündet. Zwei Dutzend Anwohnerinnen und Anwohner wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Mein Begleiter öffnete mir etliche Türen. Ich sprach mit einigen Betroffenen des NSU-Anschlages, zum Beispiel mit dem Inhaber des Geschäftes, vor dem die Bombe explodierte. Er sagte mir, dass er noch im Herbst 2011, also sieben Jahre nach dem Anschlag, von der Polizei bedrängt wurde, er solle endlich aussagen, was er mit alledem zu tun habe. Schließlich brach es aus ihm heraus: Ich weiß, Frau Pau, auch die Polizei kann irren. Aber sie haben vergessen, dass wir Menschen sind. Und das kann ich nicht verwinden. – Mein Begleiter

lud mich danach zu einem Glas Tee ein. Zum Abschied fragte er mich dann fast verzweifelt: Ich lebe jetzt seit 40 Jahren in Deutschland. Ich bin Deutscher, meine Kinder sind Deutsche, meine Enkel auch. Wo sollen wir denn hin? – Ich gestehe, ich konnte ihm nur die Hand drücken.

Diese Geschichte ging mir immer dann durch den Kopf, wenn Zeugen im Ausschuss beteuerten, man habe alles richtig gemacht und sei vollständig ohne Schuld. Dann habe ich mich jeweils für sie geschämt.

Der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses ist öffentlich. Er ist ein gemeinsames Dokument aller Fraktionen – von der CDU/CSU-Fraktion bis zur Fraktion Die Linke. Viele Kommentatoren haben den Anspruch und die Kultur im Ausschuss gewürdigt. Einer meinte dagegen, das sei kein Grund zum Lob, sondern zeige doch nur, wie es ansonsten im Bundestag zugehe. Ich finde, auch darüber sollten wir einmal nachdenken.

Gleichwohl danke ich allen Mitgliedern des Ausschusses und ebenso allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Zusammenarbeit war auch für mich eine Mut machende Erfahrung. Und: Sie war bitter nötig. Wir sahen uns in der Schuld der Opfer und ihrer Angehörigen, und wir konnten nichts wiedergutmachen. Umso mehr aber galt unsere Botschaft Artikel 1 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar – aller Menschen.

Der Abschlussbericht des Ausschusses enthält knapp vier Dutzend Vorschläge, was als Konsequenz aus dem NSU-Desaster dringend zu ändern sei. Der Kollege Binner hat sie hier umfassend vorgestellt; ich muss das nicht wiederholen. Hinzu kommen Zusatzvoten der Fraktionen. Sie markieren Differenzen,

durchaus gravierende. Ich möchte drei für die Linke skizzieren:

Erstens. Das Staatsversagen im NSU-Komplex hatte zwei wesentliche Ursachen – Zitat aus unserem Votum –: die Verharmlosung und Vertuschung der Gefahren des Rechtsextremismus durch staatliche Stellen einerseits und den institutionellen Rassismus andererseits.

Die rechtsextreme Gefahr wurde bis 2011 verlässlich unterschätzt und auch verharmlost. Eine rechtsterroristische Gefahr gäbe es nicht, hieß es in nahezu allen Lageeinschätzungen der Sicherheitsbehörden. „Wir hätten es besser wissen müssen ...“, kommentierte der damalige Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, danach. Zu spät!

Das Wort „Rassismus“ wiederum wird offiziell weiterhin gemieden, noch mehr die Einschätzung, es gebe so etwas wie institutionellen Rassismus. Ich bleibe dabei: Die NSU-Mordserie war rassistisch motiviert, und die Ermittlungen trugen rassistische Züge. Damit sage ich nicht, die Ermittler seien Rassisten, wohl aber, dass in vielen Behörden ein Geist herrscht, der Rassismus bedient. Das hat Ursachen. Das beginnt bei Gesetzen, die Asylsuchende und Zuwanderer menschlich degradieren. Und das mündet in einen Generalverdacht gegen das vermeintlich Undeutsche. Beispiele dafür finden wir in den Untersuchungsakten en masse. Deshalb haben die Türkische Gemeinde und der Zentralrat der Sinti und Roma recht, wenn sie fordern: Wer das NSU-Desaster ernst nimmt, muss endlich auch das Thema Rassismus auf die Tagesordnung setzen!

Zweitens. Wir waren uns im Untersuchungsausschuss einig, dass die Ämter für Verfassungsschutz im Zentrum des Versagens agierten. Gleichwohl ziehen wir unterschiedliche Schlüsse. Im Votum der Linken heißt es:

Der nachrichtendienstlich arbeitende Verfassungsschutz war Herz und Motor des sicherheitspolitischen Debakels ...

Verknappt gesagt: Der Verfassungsschutz hat die Ermittlungen gegen das NSU-Trio behindert, und er hat – zugleich durch seine V-Leute-Kumpanei mit Nazis Verfassungsfeinde gestärkt – beides systematisch. Deshalb bleibt die Linke dabei: Die unsägliche V-Leute-Praxis aller Sicherheitsbehörden ist sofort einzustellen. Und: Die Ämter für Verfassungsschutz sind als Geheimdienste aufzulösen.

Wer das NSU-Desaster ernst nimmt, muss das Thema Rassismus auf die Tagesordnung setzen.

Sie sind als solche weder kontrollierbar noch reformierbar.

Drittens. Auch die Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus war Thema im Ausschuss – insbesondere bei Expertenanhörungen. Die Urteile über das geltende System waren teilweise vernichtend. Gesellschaftliche Initiativen werden ungenügend gefördert, stattdessen häufig kriminalisiert. Die Linke teilt diese Kritik. Wir schlagen über die gemeinsamen Empfehlungen hinaus ein neues Modell vor. Es korrespondiert mit unserer zivilgesellschaftlichen Alternative zu den Ämtern für Verfassungsschutz als Geheimdienste.

Wir plädieren a) für eine „Koordinierungsstelle zur Dokumentation gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ und b) für eine „Bundesstiftung zur Beobachtung, Erforschung und Aufklärung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Beide sollen parteifern und wissenschaftsnah sein. Die Koordinierungsstelle soll für die Analyse zuständig sein. Der Stiftung soll auch die Betreuung gesellschaftlicher Initiativen obliegen.

Wir sind der festen Überzeugung – ich denke, das eint uns –: Dem Rechtsextremismus ist mit kurzem Atem nicht beizukommen. Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wiederum beschränken sich nicht auf den rechten Rand. Die aktuelle Förderung für gesellschaftliche Initiativen dagegen ist kurzatmig und beschränkt. Wir brauchen hier also einen neuen Ansatz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir, noch zwei Abschlussgedanken vorzutragen: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat auf der Trauerfeier im Februar 2012 den Angehörigen und den überlebenden Opfern der NSU-Mord und -Anschlagsserie vollständige Aufklärung versprochen.

Davon kann bis heute keine Rede sein. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses wurde auch noch von Regierungen und Behörden auf Bundes- und Landesebene behindert; übrigens – ich gestehe, auch das schmerzt mich persönlich – ganz egal welche Parteiflaggen die jeweiligen Regierungen hissen. Sie alle lassen mit diesen Behinderungen nicht nur die Bundeskanzlerin mit ihrem Versprechen im Regen stehen, sondern – schlimmer noch – auch die Opfer und Hinterbliebenen. So als sei nichts gewesen!

Damit zu meinem zweiten Schlussgedanken. Der Ausschuss hat wider alle Blockaden viel ermittelt. Wir haben in staatliche Abgründe geschaut, politisches Versagen aufgedeckt, und wir haben – der Kollege Binner hat es schon für das gesamte Parlament gesagt – auch uns sehr viele selbstkritische Fragen zu stellen. All das ist umfangreich dokumentiert, mit dringenden Empfehlungen. Deshalb möchte ich mit einem Lessing-Zitat schließen:

Wer wird nicht einen Klopstock loben?

Doch wird ihn jeder lesen? - Nein. Wir wollen weniger erhoben und fleißiger gelesen sein.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Hartfrid Wolff, FDP:

Dringende Reformen sind nötig



Hartfrid Wolff (*1971)
Landesliste Baden-Württemberg

Die Morde der Zwickauer Zelle sind die bislang schwerwiegendste Kette von rechtsextremistisch motivierten Gewaltverbrechen, die die Bundesrepublik Deutschland je erlebt hat.

Die im Laufe der Zeit zutage getretenen Fehler der Behörden sind erschütternd. Wir reden hier von einem gravierenden Vertrauensverlust in die Fähigkeiten der Sicherheitsbehörden. Wie konnte es möglich sein, dass die rechtsextremen Terroristen 13 Jahre im Untergrund unbehelligt leben und morden konnten?

Und: Wir reden von einem Vertrauensverlust in die rechtsstaatlichen Abläufe in Behörden. Weshalb wurden warum welche Akten gelöscht? Warum waren Beamte und V-Leute beim Ku-Klux-Klan aktiv?

Wir haben von Anfang an auf eine lückenlose parlamentarische Aufklärung gedrängt. Ich bin froh, dass wir im Januar 2012 einvernehmlich über alle Parteigrenzen hinweg im Deutschen Bundestag diesen Untersuchungsausschuss einsetzen konnten. Die in dieser Form einmalige parteiübergreifende Zusammenarbeit eines Untersuchungsausschusses, noch dazu in Wahlkampfzeiten, hat mich persönlich sehr beeindruckt. Der Untersuchungsausschuss hat die Aufklärungsarbeit erheblich vorangebracht: seriös und konsequent. Ich glaube, dass wir durch das gemeinsame Vorgehen den Opfern und ihren Angehörigen so eher gerecht werden konnten.

Jede Fraktion hat ihre eigenen Standpunkte gehabt. Aber vieles haben wir auch gemeinsam einschätzen und bewerten können: Die Sicherheitsbehörden müssen sich dringenden Reformen unterziehen. Der Druck zur Neuaufstellung bei der Polizei, bei den Diensten und in der Justiz steigt mit dem parteiübergreifenden Bericht des Untersuchungsausschusses. Insbesondere die Einbeziehung der Opferangehörigen muss deutlich besser werden.

Auch der Bericht der Regierungskommission, der vergangene Woche

vorgelegt wurde, macht den Reformbedarf deutlich:

Wir brauchen bei polizeilichen Ermittlungen über Ländergrenzen hinweg klarere Lösungen. Es darf wegen fehlender Zusammenarbeit der Polizei nicht mehr zu diesen unglaublichen Sicherheitslücken kommen. Auch deshalb braucht der Generalbundesanwalt frühere und mehr eigene Prüfungs- und Ermittlungszuständigkeiten.

Wir fordern eine Reform der Geheimdienste an Haupt und Gliedern. Das V-Mann-Wesen, die Ausbildung der Verfassungsschützer und die Kontrolle der Dienste brauchen stabilere rechtsstaatliche Anker.

Wir brauchen einige Nachrichtendienste nicht mehr.

Die Bundesländer sind in der Pflicht. Es ist unglaublich, wie teilnahmslos einige agiert haben. Die Länder müssen jetzt konkretere Vorschläge vorlegen! Kein weiteres Lavieren! Kein weiteres Taktieren! Ich wünsche mir mehr Mut zum Wohle und zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste muss dringend verbessert werden. Sowohl im Bund als auch in den Ländern bestehen hier erhebliche Defizite. Unsere Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch.

Für die parlamentarische Kontrolle im Bundestag gilt: Wir brauchen jederzeitigen Zugang zu allen Vorgängen, eine vorige Kontrolle der internen Dienstsanweisungen und einen ständigen Sonderermittler des Kontrollgremiums quasi als verlängerten Arm der Parlamentarier. Rechtliche Kontrollhindernisse - und davon gibt es einige - wie das Verbot für die Mitarbeiter der Dienste, sich ohne Einbindung des Behördenleiters an das Kontrollgremium wenden zu können, müssen weg.

Meine Damen und Herren, auch wenn der Untersuchungsausschuss gemeinsam viel geleistet hat und verdienstvoll in die Aufklärung eingestiegen ist: Es sind noch viele Fragen offen geblieben. Nur einige Beispiele:

Die Finanzquellen des Mördertrios sind nicht ausreichend geklärt. Über die bekannten Banküberfälle alleine konnte sich der NSU dieses Leben über 13 Jahre nicht finanziert haben. Die drei hatten nicht einmal 360 Euro im Monat, weniger als Hartz IV. Wie aber haben sie sich sonst finanziert?

Die erheblichen internationalen Implikationen, zum Beispiel in die Schweiz, sind vom Ausschuss so gut wie gar nicht behandelt worden - und das, obwohl wir sehen, wie stark das internationale Netzwerk Blood & Honour gerade im Umfeld des NSU aktiv war.

Wichtige Bundesländer wie zum Beispiel Berlin und Baden-Württem-

berg haben noch nicht ausreichend Akten geliefert. Baden-Württemberg hat zudem erst im März dieses Jahres eine eigene Ermittlungsgruppe „Umfeld“ eingerichtet, deren Endergebnisse wir nicht kennen und damit nicht bewerten können. Die baden-württembergische Landesregierung hat den Untersuchungsausschuss deutlich verzögert. Der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann und Innenminister Gall müssen ihr Versprechen einlösen und endlich aktiv zur Aufklärung beitragen.

Schließlich ist damit zu rechnen, dass, wie es bereits in den letzten Monaten der Fall war, bei dem Prozess am Oberlandesgericht München, der noch bis 2014 läuft, weitere Details bekannt werden. Der Generalbundesanwalt führt zwei weitere Ermittlungs-

verfahren. Hier darf der Bundestag die Aufklärung nicht einfach einstellen.

Ich begrüße ausdrücklich, dass der Untersuchungsausschuss dem Antrag der FDP gefolgt ist, dass die Aufbewahrung der Akten im Deutschen Bundestag deutlich verlängert wird.

Meine Damen und Herren, es wird wahrscheinlich nicht mehr alles seit 1992 bis in letzte Details aufgeklärt werden können. Doch schon an diesen wenigen noch offenen Themen sieht man: Man kann trotz aller Aufklärungsleistung nicht mit gutem Gewissen sagen, dass das im Einsetzungsbeschluss, wie von allen Parteien festgehalten, angestrebte Gesamtbild vorliegt; diese Forderung ist noch nicht ausreichend erfüllt. Überall geht die Aufklärung weiter; auch wir dürfen nicht anhalten. Deshalb halte ich es für richtig, dass wir nach der Wahl weitermachen und den Untersuchungsausschuss in der kommenden Legislaturperiode, getragen von allen Fraktionen, fortsetzen. Wir brauchen

mehr Zeit, um besser aufklären zu können: zur Bekämpfung des Rechts- extremismus in Deutschland und international, für eine rechtsstaatliche Grundierung und Stärkung unserer Sicherheitsbehörden sowie dazu, um den Opferschutz und eine vertrauensgetragene Integration wieder und neu voranbringen zu können.

Wir alle haben die Verantwortung, die bestmöglichen Lehren aus dieser grausamen Mordserie zu ziehen. Einiges haben wir im Untersuchungsausschuss gemeinsam erreicht und dargelegt. In den Ländern und im Bund müssen jetzt einschneidende Verbesserungen folgen. Die FDP hat viele Vorschläge gemacht und wird sich weiterhin mit großem Engagement einbringen.

Wegducken hilft nicht. Dringende Reformen sind nötig.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern eine Reform der Geheimdienste an Haupt und Gliedern.

Wolfgang Wieland, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Auf dem rechten Auge betriebsblind



Wolfgang Wieland (*1948)
Landesliste Berlin

Der Leitende Kriminaldirektor Wolfgang Geier, der Chef der BAO „Bosporus“, sagte bei uns als Zeuge Folgendes:

Deshalb müssen Sie auch überlegen, was es ausgelöst hätte, wenn wir mit einer Theorie, mit einer Hypothese an die Öffentlichkeit gehen und ... sagen würden: Da gibt es Rechtsradikale, die fahren durch Deutschland und knallen Ausländer ab.

Diese Hypothese wäre die Wahrheit gewesen, wie wir heute wissen. Sie hätte zunächst einmal ausgelöst, dass das Leid der Opferfamilien verkürzt wird, die immer wieder hören mussten, dass ihre ermordeten Angehörigen Teil einer Drogenmafia seien. Diese Familien wären dann endlich - auch öffentlich - als Opfer rechtsra-

dikaler Taten gesehen worden. Es ist ein entsetzliches Versäumnis, im Rahmen einer bewusst verfolgten Medienstrategie hiermit hinter dem Berg gehalten zu haben.

Man hätte auch die Chance gehabt, nun endlich energisch und bundesweit nach möglichen Rechtsterroristen zu fahnden und Mörder in Bayern nicht nur im Großraum Nürnberg und Bombenleger in Köln nicht nur im Großraum Köln zu suchen, als lebten wir alle auf Inseln und nicht in einem Gesamtstaat, als hätten wir den Blick nicht wenigstens über den Tellerrand hinaus richten können. Dass Mörder das Risiko, entdeckt zu werden, minimieren, indem sie ihre Taten schlicht im benachbarten Bundesland ausführen, kann schlechterdings nicht mit Föderalismus erklärt werden. Hier gab es Blockaden.

Hier wurde die Zusammenarbeit geradezu verweigert, insbesondere vom Bundesamt für Verfassungsschutz, das auf einen Hilferuf aus Bayern nichts anderes mitzuteilen hatte als erstens: „Bei uns gibt es keine Ansprechpartner“, zweitens: „Wenn Sie etwas wollen, bitte schriftlich und formentsprechend“, und drittens: „Es gibt auch Landesämter“. Arbeitsverweigerung an höchster Stelle! Deswegen gehen wir

Grüne auch weiter, als wir es gemeinsam formuliert haben. Wir meinen, es ist nötig, dass dieses Bundesamt wegen unscharfer Analysen und mangelhafter Informationen aufgelöst und dann personell und strukturell neu aufgestellt werden muss.

Noch etwas kommt hinzu. Die Einstellung, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, hat die gesamten Ermittlungen durchzogen. Es ist offenbar eine Art bundesrepublikanische Staatsdoktrin gewesen, dass rechtsextreme Täter immer Einzeltäter sind, und zwar nicht nur beim Oktoberfestattentat in München. Das ging bis hin zur Begriffsbildung. Bei der Polizei galt immer die Organisationstheorie, in deren Mittelpunkt die kriminelle Organisation stand. Wenn es sich aber um rechtsradikale Täter handelte, galt die Einzeltätertheorie. Das, was wir vorgefunden haben, nämlich eine rechtsterroristische Organisation, war begrifflich überhaupt nicht vorgesehen. Hier muss analysiert werden. Hier muss sich etwas verändern.

Natürlich gab es auch gruppenbezogene Vorurteile noch und nöcher. Wir haben an einzelnen Stellen auch Rassisten erlebt, beispielsweise Ku-Klux-Klan-Mitglieder. Aber ich finde die Formulierung viel besser, die wir in unse-

Das Bundesamt für Verfassungsschutz sollte aufgelöst und neu aufgestellt werden.

rer gemeinsamen Bewertung gefunden haben, die da lautet: „Auf dem rechten Auge betriebsblind“. So war es. Das haben wir gesehen. Das ist schlimm genug, und das muss sich verändern.

Wir haben des Weiteren festgestellt – das muss man auch sagen –: In der Demokratie gibt es politisch Verantwortliche. Da kann man nicht beim Ersten Hauptkommissar der Kriminalpolizei stehen bleiben. Ich sage als Kompliment an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen von Union und SPD – wir hatten niemanden, den wir schützen konnten –: Sie haben keine Rücksicht genommen. Die Innenminister waren leider Teil des Problems und nicht Teil der Lösung, und zwar

ohne jede Ausnahme. Sie waren teils inaktiv wie Wolfgang Schäuble oder Fritz Behrens aus Nordrhein-Westfalen, teils sogar blockierend wie Volker Bouffier oder sehr aktiv und Empathie zeigend wie Günther Beckstein, der aber im Ergebnis zu sehr auf sein Bundesland und seine Zuständigkeit konzentriert war.

Last, but not least ist Otto Schily zu erwähnen, der mit einer falschen Ansage einen Tag nach dem Bombenanschlag in der Kölner Keupstraße die falsche Ermittlungstendenz in Richtung organisierte Kriminalität bestätigt hat, und zwar mit der nicht durch Fakten gedeckten Aussage, es gebe Hinweise auf den Bereich der organi-

sierten Kriminalität. Wenn wir politische Verantwortung ernst nehmen, dann müssen wir auch hier ansetzen und sagen: Erkannte und ausgesprochene Mängel – der Vizepräsident des BKA sprach von kriminalfachlich stümperhaft organisierten Ermittlungen – wurden nicht abgestellt.

Letzte Bemerkung dazu von mir: Die Justizministerkonferenz, deren Staatsanwaltschaften die Herrinnen der Ermittlungsverfahren sind, hat sich gleich gar nicht damit beschäftigt. Wir müssen sagen, dass sich auch das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft bessern muss, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus kein Spezialgebiet nur von Justiz, Po-

lizei und Nachrichtendiensten ist, sondern dass er vor allen Dingen Teil der Zivilgesellschaft ist. Hier wollen wir Dialog, hier wollen wir Zusammenarbeit, aber kein Kujonieren haben. Das, was hier vorgelegt wurde, ist ein Arbeitsprogramm für die nächste Bundesregierung, wie auch immer sie aussehen wird. Es wurde einheitlich, gemeinsam vorgelegt; daran kommt man nicht so schnell vorbei. Das sehe ich wie der Kollege Binninger. Es ist auch ein Arbeitsprogramm für den nächsten Bundestag, dem ich nicht mehr angehören werde.

Deswegen darf ich hier zum Schluss sagen: So konfliktfrei und unpolhemisch, wie die Zusammenarbeit

in diesem Untersuchungsausschuss war, kann die politische Arbeit nicht immer sein. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen dafür. Außerdem danke ich den vielen Kolleginnen und Kollegen in allen Fraktionen – das ist kein Ritual, und das ist keine Floskel; es gab sie wirklich –, mit denen ich sehr gut, sehr intensiv, teilweise auch sehr streitig über die Jahre zusammengearbeitet habe. Ein Parlament braucht sich für Streit nicht zu entschuldigen. Dieser ist konstituierend; allerdings sollte er mit Niveau, mit persönlichem Anstand und mit Glaubwürdigkeit geführt werden.

(Beifall im ganzen Hause)

Dr. Eva Högl, SPD:

Untersuchungsausschuss war Kampfinstrument der Aufklärung



Eva Högl (*1969)
Wahlkreis Berlin-Mitte

Der rechtsextreme Terror des NSU war ein Anschlag auf unsere Demokratie. Wir alle waren gemeint, unsere Demokratie und unser Rechtsstaat. Deswegen war es richtig und sehr wichtig, dass der Deutsche Bundestag sich dieser Frage angenommen und einen Untersuchungsausschuss eingesetzt hat.

Dieser Untersuchungsausschuss – das ist schon gesagt worden – war ein ganz besonderer. Ich kann all diejenigen verstehen, die damals skeptisch waren und gesagt haben: Untersuchungsausschüsse sind Kampfinstrumente der Opposition; dieses Instrument eignet sich nicht bei rechtsextremem Terror. – Für mich war dieser Untersuchungsausschuss – anders als für den Kollegen Wieland, der, glaube ich, vielen, wenn nicht allen Untersuchungsausschüssen, angehört hat – der erste Untersuchungsausschuss, und er hat für mich Maßstäbe gesetzt.

Wir haben diesen Untersuchungsausschuss zu einem Kampfinstrument der Aufklärung gemacht.

Dass uns das gelungen ist, dafür möchte auch ich allen Kolleginnen und Kollegen, allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich danken. Es war wirklich ein kollegiales Miteinander, das diese Aufklä-

rung möglich gemacht hat. Ich möchte einem Kollegen ganz besonders danken: Lieber Clemens Binninger, ohne dich – ich sage es ganz deutlich – wären manche Einigkeit, mancher Konsens, mancher Kompromiss nicht möglich gewesen. Ich danke dir für die gute Zusammenarbeit, auch weil ich weiß, dass du, anders als wir anderen, ganz besonders viel Gegenwind an der einen oder anderen Stelle aushalten musstest. Auch das muss einmal gesagt werden. Herzlichen Dank dafür!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten durchaus Hindernisse in diesem Untersuchungsausschuss, zum Beispiel die Aktenvernichtung im Bundesamt für Verfassungsschutz am 11.11.2011 – ausgerechnet am 11.11.2011 – in Köln. Das hat nicht nur unsere Arbeit behindert, sondern auch viel Vertrauen zerstört. So hatten wir viele Hindernisse. Aber über eines habe ich mich ganz besonders geärgert: die fehlende Bereitschaft der zahlreichen Zeugen, Fehler einzugehen und Verantwortung zu übernehmen.

Wenn eine rechtsextreme Mörderbande 14 Jahre lang untertaucht, zehn Morde begeht, zwei Sprengstoffanschläge und zahlreiche Banküberfälle verübt, dann müssen Fehler begangen worden sein. Dass niemand in der Lage war, dafür die Verantwortung zu übernehmen, das hat mich sehr enttäuscht.

Wir haben flächendeckendes Versagen gefunden: der Polizei, des Verfassungsschutzes, der Justiz und auch der politisch Verantwortlichen. Wir haben das aufgedeckt. Es war nicht eine Aneinanderreihung von sogenannten handwerklichen Fehlern oder, wie manchmal verniedlichend gesagt wird, von Pannen Einzelner. Das gab es zwar auch, aber was wir gefunden haben, war ein Versagen der Sicherheitsbehörden mit strukturellen Ursachen. Wir haben dieses Versagen an al-

len Tatorten gefunden, von Hamburg über Köln, Dortmund, Kassel bis nach München und Nürnberg, bis nach Rostock, in Thüringen und in Sachsen. Insofern sind handwerkliche Fehler keine Erklärung für dieses flächendeckende Versagen.

Ich möchte zwei der strukturellen Gründe nennen:

Erstens – das ist schon angesprochen worden; ich will es noch einmal betonen –: Rechtsextremismus ist in unserem Land über Jahre, ja, Jahrzehnte verkannt und verharmlost worden. Rechtsextremismus ist nicht gesehen worden als Gefahr für unsere Demokratie. Das darf nie wieder geschehen.

Der Verfassungsschutz unterließ eine profunde Gefährdungsanalyse – er hat die Gefahr nicht gesehen –, und der Polizei fehlte es an Kenntnis über das Verhalten rechter Gewalttäter. Deswegen ist insbesondere die Reform des Verfassungsschutzes ein wichtiger Baustein unserer Empfehlung.

Zweitens – diese Erkenntnis hat mich zutiefst erschüttert und uns alle sprachlos gemacht –: Die Tatsache, dass neun der zehn Mordopfer und alle Opfer der Sprengstoffanschläge einen Migrationshintergrund hatten, hat die Polizei und die Ermittlungsbehörden zu der Annahme geführt, dass die Opfer selbst kriminell gewesen seien. Das haben wir überall gefunden, und das hat uns sehr erschüttert.

Was konkret haben wir gefunden? Wir haben bei den Ermittlungsbehörden überall routinisierte Verdachts- und Vorurteilsstrukturen gefunden, die rassistisch basiert waren. Meine Damen und Herren, das ist eine erschreckende Erkenntnis.

Um dies deutlich zu machen, will ich als Beispiel den Mord an Enver

Simsek anführen. Mich hat sehr erschüttert, was ich in den Akten gefunden habe: Es war Günther Beckstein, der damalige Innenminister in Bayern, der auf einen Zeitungsartikel, in dem vom Mord an Enver Simsek berichtet wurde, schrieb: Könnte nicht „ausländerfeindlicher Hintergrund denkbar“ sein? – Günther Beckstein kannte den Blumenstand, weil er selbst dort Blumen kaufte. Für ihn war Enver Simsek kein Drogendealer, sondern der Blumenhändler.

Das zeigt, wie sehr es darauf ankommt, wie wir uns wahrnehmen, wie wir miteinander umgehen, welche Prägungen wir haben und welche

Handwerkliche Fehler sind keine Erklärung für das Versagen der Sicherheitsbehörden.

Vorurteile. Deswegen sage ich hier ganz deutlich: Wir sind es den Opfern und den Angehörigen schuldig, dass wir dieses strukturelle Problem in unseren Sicherheitsbehörden offen benennen.

Durch den verengten Blick der Ermittlungsbehörden geriet auch das familiäre Umfeld in den Fokus der Ermittler. Wir werfen es der Polizei überhaupt nicht vor, dass sie im Umfeld ermittelt – das ist normale Polizeiarbeit –; aber wenn elf Jahre lang in die falsche Richtung ermittelt wird und eine Ermittlungsrichtung systematisch aus dem Blick genommen wird, dann müssen wir das ganz deutlich kritisieren. Die Angehörigen hatten nicht nur den Verlust eines lieben Menschen zu verkraften, sondern auch Verdächtigungen vonseiten der Ermittlungsbehörden zu ertragen.

Deswegen haben wir zwei Forderungen, die ganz wichtig sind. Die erste haben wir gemeinsam – das ist unsere Forderung Nr. 1, liebe Kolleginnen und Kollegen –, und zwar, dass immer dann, wenn eine Person mit Migrationshintergrund Opfer eines Gewaltverbrechens wird, die Polizei aufgefordert ist, nachzuprüfen, ob es sich um einen rassistischen, rechtsextremen Hintergrund handelt.

Die zweite Forderung ist – das sagt die SPD in ihrem Teil der Empfehlungen ganz deutlich –: Wir brauchen eine unabhängige Beschwerdestelle bei der Polizei, an die sich alle wenden können und bei der sie eine gute Be-

ratung bekommen können. Das halten wir für dringend erforderlich und für eine wichtige Konsequenz aus dem, was wir gefunden haben.

Meine Damen und Herren, wir haben mit dem Bericht des Untersuchungsausschusses ein breites Maßnahmenbündel vorgelegt; 47 Empfehlungen, die alle Fraktionen tragen. Deswegen sage ich es ganz deutlich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich erwarte von allen Mitgliedern des nächsten Deutschen Bundestages, von allen, die hier wieder sitzen werden, von allen Kolleginnen und Kollegen in den Bundesländern, von allen Regierungen, von allen Behörden, dass diese Empfehlungen nicht in der Schublade verschwinden, sondern wirksam umgesetzt werden.

Ich selbst will gern dazu beitragen; ich denke, es ist unsere gemeinsame Verpflichtung, genau das in der nächsten Legislaturperiode zu tun.

Gleichzeitig bitte ich die Öffentlichkeit, alle zivilgesellschaftlichen Gruppen, alle Bürgerinnen und Bürger und vor allen Dingen die Medien, die unsere Arbeit mit viel Engagement begleitet haben, Sie alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, ausdrücklich darum, dass Sie nicht lockerlassen, bis wir diese 47 Empfehlungen und darüber hinaus alles, was wir noch für notwendig erachten, um die Missstände zu beseitigen, umgesetzt haben und wir tatsächlich wirksam reformiert haben. Lassen Sie uns alle gemeinsam alles dafür tun, dass wir Rassismus und Rechtsextremismus wirklich wirksam bekämpfen! Das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

(Beifall im ganzen Hause)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Stephan Stracke (CDU/CSU), Hans-Christian Ströbele (Bündnis 90/Die Grünen), Patrick Kurth (FDP), Sönke Rix (SPD), Tankred Schipanski (CDU/CSU), Serkan Tören (FDP) sowie Armin Schuster (CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt> Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

Debatte zur Situation in Deutschland / 253. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 3. September 2013

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Deutschland steht gut da



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Uns alle beschäftigt in diesen Tagen die außergewöhnlich schwierige Situation in Syrien. Die Lage der Menschen ist katastrophal. Bereits über 100 000 Menschen haben ihr Leben verloren; 2 Millionen – so die Zahlen von heute Morgen – sind auf der Flucht. Es kann keinen Zweifel geben, dass es zu einem eklatanten Bruch des Völkerrechts durch den grausamen Einsatz von Chemiewaffen gekommen ist. Wir haben Bilder gesehen von Kindern, von Erwachsenen, die qualvoll gestorben sind. Ich glaube, wir sind uns einig, dass dies eine klare Antwort der internationalen Staatengemeinschaft erfordert.

Deutschland hat sich mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass der UN-Sicherheitsrat sich mit diesem Giftgaseinsatz befasst. Aber wir müssen feststellen, der Bundesaußenminister und ich gemeinsam, seitdem wir uns mit dem Syrien-Konflikt beschäftigen, dass der UN-Sicherheitsrat immer wieder blockiert ist, blockiert insbesondere auch durch eine sehr harte Haltung von Russland und China.

Ich glaube, es ist unbestritten, dass wir nach diesem Tabubruch, der Verletzung der Chemiewaffenkonvention, nicht einfach zur Tagesordnung übergehen dürfen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die UN Inspektoren an den Ort der Tat schicken kann; das ist auch gelungen. Wir setzen uns jetzt dafür ein, dass logistisch alles getan wird, was getan werden kann, um die Untersuchung der Proben zu beschleunigen. Ich möchte dem Bundesaußenminister dafür auch ganz herzlich danken.

Die Frage, was es bedeutet, nicht zur Tagesordnung übergehen zu dürfen, stellen sich natürlich alle. Es gibt Erwägungen, eine militärische Antwort zu geben. Sie haben

dies von den Vereinigten Staaten von Amerika, Sie haben dies von Frankreich gehört. Wir sagen: Deutschland wird sich an einem militärischen Einsatz nicht beteiligen. Aber wir fügen hinzu: Wir wollen alles unternehmen, was uns in den verbleibenden Tagen möglich ist, um eine gemeinsame Antwort der internationalen Staatengemeinschaft zu finden.

Es ist – ich muss das hier in diesem Hohen Hause so sagen – nicht sehr wahrscheinlich, dass dies gelingt, aber auch die kleinste Chance muss genutzt werden. Deshalb sind wir in permanenten Gesprächen mit all unseren Partnern, mit Russland. Deshalb werden wir auch das G-20-Treffen nutzen und alles Erdenkliche tun, um doch noch zu einer gemeinsamen Haltung der internationalen Staatengemeinschaft zu kommen. Ich glaube, dies ist im Interesse aller, die hier in diesem Hause arbeiten.

Glücklicherweise gibt es eine breite internationale Übereinstimmung darüber, dass der Syrien-Konflikt als Ganzes nur durch einen politischen Prozess gelöst werden kann. Deshalb haben wir bereits auf dem G-8-Treffen in Großbritannien, zu Beginn des Sommers, darüber gesprochen, dass es einer zweiten Konferenz in Genf bedarf. Auch diese Bemühungen werden wir fortsetzen; genauso setzt sich Deutschland natürlich gemeinsam mit den Vereinten Nationen auch in der internationalen Kontaktgruppe Freunde Syriens und anderen Gruppen permanent dafür ein, dass die Dinge einer Lösung zugeführt werden.

Meine Damen und Herren, Deutschland hat sich mit über 340 Millionen Euro auch dafür eingesetzt, das Leid der Flüchtlinge zu lindern. Wir haben als erster EU-Mitgliedstaat 5 000 syrischen Flüchtlingen Aufnahme angeboten.

Wir wissen um die Verfolgung der Christen. Wir wissen um die Verfolgung anderer. Es täte uns allen gut.

Ich sage aus diesem Anlass hier auch sehr deutlich: Es ist beschämend, dass Menschen, die sich traumatisiert von Bürgerkriegen oder wegen politischer Verfolgung hilfesuchend an Deutschland wenden, Anfeindungen von Unbelehrbaren in unserem Land ausgesetzt sind. Ich freue mich, dass es einen parteiübergreifenden Konsens gibt,

gerade auch zu den Vorkommnissen in Berlin. Das ist wichtig und unabdingbar. Wir lehnen solche Anfeindungen ab, meine Damen und Herren.

Wir haben gestern die Debatte über den Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses verfolgt. Auch ich möchte seitens der Bundesregierung allen Mitgliedern dieses Ausschusses herzlich danken und sagen, dass wir die Empfehlungen natürlich umsetzen werden. Ich will hinzufügen: Gerade im Lichte dieser Debatte ist kein Platz für Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Rechtsextremismus oder Antisemitismus. Das ist unsere gemeinsame Haltung. Ich bin allen Bürgerinnen und Bürgern dankbar, die das zum Ausdruck bringen.

Meine Damen und Herren, wir debattieren heute, am Ende einer Legislaturperiode, über die Situation in Deutschland. Die heutige Debatte gibt Gelegenheit, die vier Jahre dieser Legislaturperiode noch einmal Revue passieren zu lassen und einen Ausblick zu geben auf das, was notwendig ist. Ich glaube, wir alle können feststellen, dass es ungewöhnlich herausfordernde vier Jahre waren, mit Aufgaben, die wir am Beginn der Legislaturperiode so nicht vor uns sehen konnten.

Wir hatten zu tun mit den Nachwirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir sind in eine Euro-Schuldenkrise hineingeraten. Wir hatten die schrecklichen Ereignisse in Fukushima. Wir haben erfreulicherweise den Prozess der Übergabe der Verantwortung in Afghanistan. Wir sind nicht vorangekommen – so muss man es sagen – in dem Kampf gegen das iranische Nuklearprogramm. Wir haben mit Hoffnung und Spannung den arabischen Frühling verfolgt und sehen jetzt, wie schwierig der Prozess ist, der sich daran anschließt. Wir verfolgen die Lage in Ägypten. Wir beobachten die Dinge in Libyen. Wir sind in Mali dabei.

Dies alles sind Herausforderungen, die sehr schwierig sind. Und: Vor wenigen Wochen hatten wir national eine Kraftprobe zu bestehen, nämlich die Bekämpfung einer Flut, wie wir sie eigentlich nur einmal im Jahrhundert erwarten. Jetzt mussten wir erleben, dass dieses zweimal in zehn Jahren passiert ist.

Meine Damen und Herren, trotz all dieser Herausforderungen kann man sagen: Alles in allem waren es vier gute Jahre für Deutschland.

Es waren vier gute Jahre für Deutschland; denn heute geht es vielen Menschen in Deutschland besser, als es ihnen vor vier Jahren gegangen ist.

Die christlich-liberale Koalition möchte diese Arbeit fortsetzen, damit 2017 noch mehr Menschen sagen können: Uns geht es besser in unserem Land. – Das ist das Ziel unserer Arbeit.

Meine Damen und Herren, wir sind vor vier Jahren aus dem tiefsten Wirtschaftseinbruch, einem Einbruch von 5 Prozent, herausgekommen. Wir haben darauf im Rahmen der Großen Koalition mit einem klugen Konjunkturprogramm geantwortet. Natürlich hat das zu einem starken Defizit in unserem Haushalt und damit zu mehr Verschuldung geführt. Die mittelfristige Finanzplanung für diese Legislaturperiode sah vor, dass wir neue Schulden in Höhe von 262 Milliarden Euro aufnehmen müssen. Ich darf Ihnen heute berichten, dass es 100 Milliarden Euro sind. 100 Milliarden Euro bedeuten auch eine Zunahme der Verschuldung. Aber dass wir von 262 Milliarden Euro auf 100 Milliarden Euro gekommen sind, ist ein sensationeller Erfolg.

Wir werden 2014 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt haben und ab 2015 beginnen können, Schulden zurückzuzahlen. Das ist ein Beitrag für unsere Kinder und Enkel. Darüber sind wir froh.

Wir halten die im Grundgesetz für den Bund vorgesehene Schuldenbremse bereits seit 2012 ein.

Wir konnten verzeichnen, dass die Steuergelder, die wir als Bund in dieser Legislaturperiode einnehmen, um 30 Milliarden Euro gestiegen sind.

All das sind herausragende Ergebnisse. Wie konnte das gelingen, und warum ist das gelungen?

Das ist das Werk vieler Menschen im Lande. Aber, meine Damen und Herren, es ist eben auch das Werk von kluger Politik, einer Mischung aus Ausgabendisziplin – schauen Sie sich die Haushalte an; die Ausgaben steigen nicht –, aus Entlastungen – wo immer das im Blick auf Wachstum möglich ist – und aus Zukunftsinvestitionen.

Dieser Dreiklang hat dazu geführt, dass wir am Ende dieser Legislaturperiode 1,9 Millionen mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse haben als 2009, darunter 1,2 Millionen Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse. Die Frauenerwerbstätigkeit hat ebenfalls zugenommen. 700 000 mehr Menschen im Alter von 60 bis 65 sind noch in Arbeit. Die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse ist trotz der gestiegenen Zahl der Ar-

beitsverhältnisse konstant geblieben. Darüber hinaus haben wir vom Statistischen Bundesamt gehört, dass im August die Zahl der atypischen Arbeitsverhältnisse zum ersten Mal zurückgegangen ist.

Ich sage ausdrücklich: Fast 3 Millionen Arbeitslose sind 3 Millionen zu viel. Dass wir aber diese Fortschritte erzielt haben und dass wir die höchste Beschäftigungsquote in Deutschland haben, die wir je hatten, ist ein Erfolg, meine Damen und Herren. Das macht Mut, weiterzumachen. Genau diesen Weg wollen wir weitergehen.

Natürlich gibt es Löhne, die nicht akzeptabel sind. Deshalb haben wir die Leiharbeit sozial gemacht.

Wir haben einen Mindestlohn vereinbart. Wir haben das, was bei den geltenden Rechtslagen früher möglich war, verhindert, nämlich dass Menschen aus einem unbefristeten Arbeitsverhältnis entlassen und dann im selben Betrieb als Leiharbeiter eingestellt und wieder eingesetzt wurden. Diesem Drehtüreffekt haben wir einen Riegel vorgeschoben. Das war eine wichtige und notwendige Maßnahme.

Wir haben heute für 13 Branchen und 4 Millionen Erwerbstätige branchenspezifische Mindestlöhne vereinbart. Es gehört einfach zur Wahrheit dazu: Mindestlöhne sind in Deutschland bis jetzt nur von CDU-Kanzlern für allgemeinverbindlich erklärt worden. Rot-Grün hat an dieser Stelle gar nichts gemacht.

In den nächsten Jahren liegt vor uns natürlich die Aufgabe, die Arbeitslosigkeit weiter zu senken. Ein großes Thema ist, dass es aus den Jahren, als wir keine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen hatten, noch viele Jugendliche gibt, die keine Ausbildung haben. Deshalb werden wir forcieren, dass die 25- bis 35-Jährigen jetzt, wo der Ausbildungsmarkt sehr viel besser dasteht, eine zweite Chance bekommen und auch diese jungen Menschen eine Ausbildung bekommen. Denn wir wissen, dass das Risiko für Arbeitslosigkeit massiv sinkt, wenn eine Ausbildung absolviert wurde.

Wir werden auch daran arbeiten, die Beschäftigung Älterer weiter zu stärken. Wir haben alle miteinander jahrelang den Fehler gemacht, Anreize dafür zu setzen, Menschen zu früh aus dem Erwerbsleben herauszudrängen. Wir haben jetzt zum ersten Mal wieder mehr Menschen zwischen 60 und 65 Jahren in Arbeit als solche, die schon aus der Arbeitswelt ausgeschieden sind. Angesichts des Wandels des Altersaufbaus unserer Gesellschaft müssen wir Älteren Chancen bieten, sonst wird die Rente mit 67 keine Akzeptanz finden. Aber wir können sie bieten. Deshalb werden wir genau auf diesem Weg weitermachen.

Von 2002 bis 2008 gab es in Deutschland keinerlei Lohnsteige-

rungen. Seit 2009 haben wir die erfreuliche Entwicklung, dass die Menschen wieder höhere Bruttolöhne haben. Wir hätten es gern noch in diesem Jahr ermöglicht, dass die Menschen mehr Netto vom Brutto in der Tasche haben. Doch Sie haben verhindert, dass wir die kalte Progression bekämpfen, obwohl der Bund die meisten der Steuerausfälle übernommen hätte.

Das müssen Sie den Facharbeitern, Meistern und Ingenieuren in Deutschland einmal erklären.

Meine Damen und Herren, dies alles sind Erfolge der Bürgerinnen und Bürger, der Arbeitnehmer und der Unternehmer, aber es ist auch Folge kluger politischer Weichenstellungen.

Es geht am 22. September um nicht mehr und nicht weniger als um die Frage, ob wir diesen Weg des Erfolges weitergehen oder ob wir grobe Fehler sehen müssen, die diese erfolgreiche Entwicklung wieder zunichtemachen. Das ist die Frage, vor der die Bürgerinnen und Bürger stehen.

Der Staat nimmt so viele Steuern ein wie nie zuvor. Damit müssen wir auskommen. Ich sage auch: Damit können wir auskommen.

Wenn wir Steuern erhöhen – das ist zumindest unsere Überzeugung; vieles spricht dafür –, dann gefährden wir Arbeitsplätze, weil wir genau die treffen, die Selbstständige sind, die Unternehmen führen, die Mittelständler sind. Sowohl die Erhöhung des Spitzensteuersatzes als auch die Einführung einer Vermögenssteuer trifft das Rückgrat unserer Wirtschaft, den Mittelstand, demotiviert und motiviert nicht. Wir brauchen motivierte Unternehmerinnen und Unternehmer, damit mehr Arbeitsplätze entstehen. Das schafft nämlich nicht die Politik, sondern das Schaffen sie.

Steuererhöhungen würden deshalb dazu führen, dass wir höhere Steuersätze haben, weniger Arbeitsplätze und zum Schluss niedrigere Steuereinnahmen. Diesen Weg gehen wir gerade nicht.

Wir konnten ja auch beobachten, welche Auswirkung die hohe Zahl der Beschäftigten auf die Situation der sozialen Sicherungssysteme hat. Bei der Rente werden wir den Weg der schrittweisen Einführung der Rente mit 67 weitergehen, weil es keine andere Antwort auf die veränderte Lage bezüglich des Altersaufbaus unserer Gesellschaft gibt.

Es ist falsch, den Kopf in den Sand zu stecken, jetzt wieder kleine Abweichungen vorzunehmen. Das alles wird die junge Generation doppelt und dreifach bezahlen. Deshalb machen wir das nicht. Verlässlichkeit ist das Markenzeichen unserer Politik.

Wir dürfen nie vergessen: Die Rente muss zweimal gerecht sein. Sie muss gerecht sein für die Älteren, aber sie muss auch gerecht sein für diejenigen, die sie heute mit ihren Leistungen erbringen müssen. Die Frage des Zusammenhalts der

Generationen wird in den nächsten Jahren eine zunehmende Rolle spielen. Eine starke Gesellschaft ist nur eine Gesellschaft, in der die Generationen einander vertrauen und sich nicht überfordern. Natürlich sehen wir, dass angesichts der demografischen Entwicklung das Thema der Altersarmut eine wachsende Bedeutung haben wird. Deshalb haben wir genauso wie andere ein Konzept vorgelegt, in dem es heißt: Wer 40 Jahre gearbeitet hat, wer privat vorgesorgt hat, der soll Leistungen bekommen, eine Rente bekommen, die oberhalb der Grundsicherung liegt. Genau das werden wir umsetzen.

Die Union setzt sich auch dafür ein – darüber muss man dann gegebenenfalls noch in Koalitionsverhandlungen sprechen –, die Anrechnung von Erziehungszeiten bei der Rente für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, zu verbessern.

Denn diese Frauen hatten keinen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, keinen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, und die Gleichberechtigung in der Familie war auch noch nicht so entwickelt, meine Damen und Herren.

Dies nehmen wir uns für die nächsten Jahre vor. Warum? Das kann ich ganz klar begründen: weil wir uns bis heute erst einmal ein Polster in der Rentenversicherung erarbeiten konnten.

Wir konnten gegen Ihren Willen hier in diesem Hause die Rentenbeiträge senken und haben trotzdem Rücklagen, und deshalb können wir diesen Beitrag zur Gerechtigkeit gegenüber Frauen, die Kinder erzogen haben, leisten, meine Damen und Herren.

Das geht aber nur, wenn die Beschäftigungssituation so gut bleibt, sonst können wir all das nicht schaffen.

Jeder Mensch in unserer Gesellschaft hat ein Recht, in Würde zu altern. Deshalb ist die Pflege von zentraler Bedeutung.

Wir haben im Pflegebereich einen Mindestlohn eingeführt. Wir haben ein Pflege-Neuausrichtungsgesetz eingeführt, nach dem die Demenzkranken zum ersten Mal Leistungen erhalten; 650 000 Menschen erhalten mehr Leistungen. Wir haben dafür auch die Pflegeversicherungsbeiträge erhöht.

2,5 Millionen Menschen in Deutschland sind pflegebedürftig. Zwei Drittel von ihnen werden von Verwandten und Angehörigen gepflegt.

Das sind die stillen Helden unserer Gesellschaft, meine Damen und Herren, und ihnen gebührt ein großes Dankeschön.

Wir wissen, dass die Aufgaben damit nicht erledigt sind. Deshalb werden wir angesichts einer in den nächsten Jahren steigenden Zahl

von Menschen, die pflegebedürftig sein werden, die Leistungen erweitern müssen. Wir können nicht versprechen, dass die Beiträge konstant bleiben. Wir müssen uns in der nächsten Legislaturperiode auch mit einem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff beschäftigen.

Die Kommissionsarbeiten, die uns dazu vorgelegt wurden, hatten nicht den Reifegrad – darüber habe ich mit dem Gesundheitsminister ausführlich gesprochen –, dass man es den Betroffenen hätte zumuten können, in neue Bewertungen hineingedrängt zu werden, weil nicht klar war, ob manche Menschen zum Schluss weniger Leistungen erhalten würden. Das gibt es mit uns nicht, meine Damen und Herren, und das ist ein Beitrag zu einer guten Pflegeversicherung gewesen.

Jeder Mensch in unserem Land hat ein Anrecht – darauf sind wir stolz –, die Gesundheitsversorgung zu bekommen, die er braucht. Wir haben deshalb an einigen Stellen nachsteuern müssen, was die Situation der Apotheken angeht, was die Versorgung der ländlichen Räume mit Ärzten angeht. Die Patientenrechte wurden gestärkt. Wir werden auch in den

nächsten Jahren damit zu tun haben. Wir haben jetzt die Berichte über abgelehnte Leistungen und Ähnliches gehört. Wir gehen solchen Vorwürfen nach. Wir sorgen dafür, dass jeder die gleiche medizinische Behandlung bekommen kann. Das ist unser Anspruch. Insofern wird uns das Gesundheitssystem weiter beschäftigen. Aber ich will auch sagen: Deutschland hat ein gutes Gesundheitssystem, und auch hier gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dort tätig sind, unser herzlicher Dank.

Ich glaube, wir sind uns einig, dass Familien der Kern unserer Gesellschaft sind. Wir vertreten die Politik, dass Familien selbst entscheiden sollen, wie sie leben wollen. Deshalb werden wir keine Kürzungen beim Ehegattensplitting vornehmen. Deshalb werden wir auch nicht zwischen Jüngeren und Älteren unterscheiden, sondern überlassen das den Familien. Das halten wir für eine Unterstützung der Familien.

Wir haben seit 2007 in Deutschland 820 000 neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen. Dies ist ein großes Gemeinschaftswerk von Kommunen, Ländern und Bund.

Der Bund hat sich hierfür eingesetzt, obwohl er nicht zuständig ist, weil wir dies für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe halten. Wir werden uns auch dauerhaft an der Finanzierung der Betreuungskosten beteiligen. Dies halten wir für notwendig. Mit dem Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ist die Wahlfrei-

heit für Familien nämlich massiv gestärkt worden. In diesem Zusammenhang haben wir im Sinne der Wahlfreiheit auch das Betreuungsgeld eingeführt.

Wir werden übrigens weiterhin an der Versorgung mit Kitaplätzen arbeiten müssen, weil der Bedarf steigen wird und weil auch die Ansprüche an die Betreuungszeiten und Öffnungszeiten steigen werden. Das ist der gesellschaftlichen Entwicklung geschuldet. Deshalb werden wir diesen Prozess weiter begleiten.

Meine Damen und Herren, wir haben in Forschung und Bildung investiert – mehr als jede Bundesregierung zuvor, 13 Milliarden Euro mehr –, weil wir der tiefen Überzeugung sind, dass gute Bildung die Grundlage unseres Wohlstands ist. Wir werden in den nächsten Jahren die Dinge natürlich weiterentwickeln müssen. Ich nenne die Exzellenzinitiative, die Hightech-Strategie. Wir haben einen Qualitätspakt Lehre auf den Weg gebracht, damit die Ausbildung an den Hochschulen besser wird. Wir haben den Hochschulpakt umgesetzt. Der Bund unterstützt die Schaffung zusätzlicher Studienplätze. Heute gehen mehr als 50 Prozent eines Jahrgangs an Universitäten oder Fachhochschulen. Vor diesem Hintergrund sage ich: Wir werden in den nächsten vier Jahren eher wieder einen Blick auf die berufliche Ausbildung legen müssen.

Wir müssen diese zweite Säule stärken, weil sie Deutschland stark gemacht hat. Das wird eine der Aufgaben sein. Mein Ziel ist es auch, in der nächsten Legislaturperiode wieder einen Ausbildungspakt unter Einbeziehung der Gewerkschaften zu schließen. Ich glaube, sie gehören in einen solchen Ausbildungspakt hinein.

Meine Damen und Herren, wir haben in dieser Legislaturperiode aus gesamtgesellschaftlicher Überzeugung die Kommunen entlastet, und zwar um mehr als 20 Milliarden Euro, indem wir die Grundsicherung und das Bildungspaket für Hartz-IV-Empfänger übernommen haben. Dies ist ein Beitrag dazu, dass Kommunen handlungsfähiger werden. Ich glaube, dass jeder, der die Dinge beobachtet, weiß, dass der Bund damit etwas unglaublich Wichtiges gemacht hat und gerade die Kommunen entlastet hat, in denen sehr viele Menschen arbeitslos sind oder schwierige Erwerbsbiografien haben, sodass sich später ein Grundsicherungsanspruch ergeben würde. Wenn man mit Oberbürgermeistern spricht, so stellt man fest, dass sie dies sehr zu schätzen wissen. Auch dafür mein Dankeschön.

Wir werden uns in der nächsten Legislaturperiode auch mit der Eingliederungshilfe für Behinderte beschäftigen müssen. Hier braucht es ein einheitliches Bundesgesetz. Auch darüber gibt es Gespräche mit den Ländern und große Einigkeit.

Meine Damen und Herren, wir haben zum ersten Mal seit langem einen breiten gesellschaftlichen Konsens über unsere Energiepolitik. Die Ereignisse von Fukushima haben dazu geführt, dass sich auch die christlich-liberale Koalition dafür entschieden hat, die Laufzeit der Kernkraftwerke in Deutschland zu verkürzen und auf 2022 zu begrenzen.

Ich glaube, das war absolut korrekt. Ich sage noch einmal: Die Ereignisse in Fukushima haben uns dazu gebracht. Wir haben damals eigentlich in großer Übereinstimmung alle Gesetze verabschiedet bis hin zu einem Endlagersuchgesetz. Das ist ein großer Erfolg. Ich weiß gar nicht, warum Sie sich darüber nicht mit freuen können.

Das ist übrigens eines Ihrer Probleme, dass Sie sich nicht über die Entwicklungen in Deutschland freuen können; und das mögen die Menschen nicht.

Es ist unbestritten, dass wir damit vor einer großen Herausforderung stehen. Aber die Welt ist der Überzeugung: Wenn ein Land das schaffen kann, dann Deutschland.

Allerdings ist es notwendig, dass wir die Bezahlbarkeit des Stroms in das Zentrum unserer Bemühungen stellen. Das ist doch gar keine Frage.

Ich stehe auch nicht an, zu sagen: Ja, ich habe auf der Grundlage umfangreicher Prognose-Studien in diesem Hohen Hause gesagt, die EEG-Umlage wird in der Größenordnung nicht über 3,5 Cent steigen. Wir haben dann eine Entwicklung erlebt, im Übrigen auf der Grundlage eines Gesetzes zum Ausbau der Photovoltaik, das Herr Gabriel insbesondere noch gut kennen müsste, die eine ungeheure Dynamik des Ausbaus der erneuerbaren Energien mit sich gebracht hat. Das führt dazu, dass heute 25 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Das führt dazu, dass die erneuerbaren Energien keine Nische in der Stromerzeugung mehr sind, sondern Teil der Gesamterzeugung. Das führt dazu, dass wir vor völlig neuen Problemen stehen.

Wir haben uns zwischen Ministerpräsidenten und Bundesregierung auf eine Arbeitsstruktur verständigt, die auch gut funktioniert, jedenfalls außerhalb der Wahlkämpfe. Aber wir konnten eine substanzielle EEG-Novelle nicht erreichen. Deshalb ist eine der ersten Aufgaben der nächsten Legislaturperiode, das Erneuerbare-Energien-Gesetz zu novellieren, damit die Dynamik der Kostenentwicklung gestoppt wird.

Wir wissen, dass es Deutschland auf Dauer nur gut gehen kann, wenn es Europa gut geht. Wir haben in diesen vier Jahren eine schwere Krise erlebt, eine Verschuldungskrise, auch eine nicht gute

Fortsetzung von Seite 7: Dr. Angela Merkel (Bundeskanzlerin)

Bankensituation und eine Krise der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit. Im Kern konnte diese Krise entstehen, weil in Europa über Jahre nicht die Verlässlichkeit geherrscht hat, die wir uns eigentlich versprochen hatten. Deshalb will ich hier noch einmal deutlich machen: Dazu konnte es nur kommen, weil immer wieder Absprachen gebrochen wurden, weil in den Euro-Raum – auch von meinem Vorgänger, dem Bundeskanzler Schröder – Länder wie Griechenland aufgenommen wurden und weil der Stabilitätspakt gebrochen wurde. So hat sich über Jahre eine Krise aufgebaut, die dann im Moment der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise voll ausgebrochen ist. Mit dieser Krise müssen wir jetzt umgehen. Wir betreiben eine Politik der Stabilisierung des Euro, die davon ausgeht: Der Euro ist gut für unser Land, für unsere Arbeitsplätze, für unseren Wohlstand. Deshalb unterstützen wir die Euro-Rettung.

Weil es immer an Verlässlichkeit gefehlt hat, ist es jetzt wichtig, dass wir klare Prinzipien haben. Das Prinzip unserer Euro-Hilfe für Länder, die in Schwierigkeiten sind, heißt: Solidarität und Eigenleistung sind zwei Seiten einer Medaille. Leistung und Gegenleistung, das ist das Prinzip, nach dem wir handeln.

Meine Damen und Herren, es ist ja paradox: Sie haben nahezu allen Programmen in diesem Hause zugestimmt – bei Griechenland waren Sie noch nicht so weit –, die sich mit der Euro-Rettung befasst haben.

Wir haben gemeinsam einen Wachstumspakt verabschiedet. Wir haben für einen gemeinsamen Haushalt in Europa gearbeitet.

Wenn man allem zugestimmt hat, ist es doch eigentlich gar nicht sinnvoll, jetzt hier so ein Geschrei zu entfachen.

Ich kann nur sagen: Wir müssen diesen Weg weitergehen. Wir können aber nicht sicher sein, dass der

Weg mit Ihnen so weitergegangen wird; denn Sie sprechen von gemeinsamen Schuldentilgungsfonds und Euro-Bonds. Wir sagen: Es wird nicht gut werden, wenn nicht Haftung und Durchgriff und Entscheidung in einer Hand liegen. Deshalb wird es das mit uns nicht geben.

Wir werden jetzt auf dem G-20-Gipfel wieder einen Schritt auf dem Weg zur Regulierung der Finanzmärkte gehen. Wir sind in diese schwierige Lage gekommen, weil es Exzesse der Banken gab, weil die Staaten nicht mehr die Hüter der Ordnung waren. Wir haben umfangreiche nationale und europäische Regelungen eingeführt. Wir wissen, dass vieles nur international entschieden werden kann. Das Treffen der 20 führenden Industrieländer am Donnerstag und Freitag in Russland wird einen weiteren Fortschritt mit sich bringen, was die Bekämpfung der Steuerhinterziehung angeht. Das Prinzip des automatischen Informationsaustauschs zwischen den verschiedenen Ländern wird von all

diesen Ländern unterstützt werden. Wir werden uns mit Maßnahmen befassen, die von der OECD ausgearbeitet wurden, mit denen wir der Steuervermeidung begegnen wollen, das heißt der Tatsache, dass multilaterale Konzerne heute an vielen Stellen überhaupt keine Steuern mehr zahlen. Das muss in Zukunft unterbunden werden.

Ich füge hinzu: Wir kommen leider zu langsam voran bei der Regulierung der Schattenbanken. Ich sage: Wenn wir hier keine entsprechenden Ergebnisse erzielen, dann machen sich die G 20 lächerlich. Wir alle haben uns vor Jahren versprochen, dass wir jeden Finanzplatz, jeden Finanzmarktakteur und jedes Finanzmarktprodukt regulieren. Uns ist das bei den Banken gelungen. Bei den Schattenbanken gibt es schon wieder Verschleppungstendenzen. Deutschland wird mit Entschiedenheit dagegen vorgehen, genauso wie der Bundesfinanzminister mit Entschiedenheit für die Einführung einer Finanz-

markttransaktionsteuer kämpft, meine Damen und Herren.

Deutschland ist so stark, weil sich die Mehrzahl der Menschen, der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland für dieses Land einsetzen.

Politik kann nur das gestalten, was von den Menschen erarbeitet wurde. Deshalb sagen wir: Wenn wir ein solidarisches Land bleiben wollen, dann müssen wir diejenigen, die jeden Tag zur Arbeit gehen, jeden Tag ihre Kinder erziehen, sich jeden Tag um ihre Verwandten kümmern, jeden Tag ehrenamtlich tätig sind, jeden Tag für unser Land Verantwortung wahrnehmen – ganz selbstverständlich –, mit unserer Politik stärken, statt sie zu schwächen.

Das ist das Prinzip der christlich-liberalen Koalition. Auf diesem Weg werden wir weitermachen, für mehr Arbeitsplätze und mehr Wohlstand.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Peer Steinbrück, SPD:

Unser Land leidet an politischer Unterzuckerung



Peer Steinbrück (*1947)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Frau Merkel, die beiden wichtigsten Wörter, die Sie in Ihrer Rede benutzt haben, waren „wir werden“ – wir werden, wir werden.

Man fragt sich: Wer hat eigentlich in den letzten vier Jahren in der Bundesrepublik Deutschland regiert?

Alles, was zu tun ist, was wichtig ist, was diesem Land Richtung geben könnte, haben Sie in die Zukunft projiziert. Sie hätten das in diesen vier Jahren anpacken müssen. Das haben Sie nicht getan.

In der Präambel Ihres Koalitionsvertrages, Frau Merkel, heißt es sehr vollmundig, Ihre Regierung wolle dem Land eine neue Richtung geben. Sie, Herr Westerwelle und Herr Seehofer wollten Deutschland zu einem neuen Aufbruch in das neue Jahrzehnt führen und die Zukunft mit neuem Denken gestalten.

Herr Westerwelle sprach immerhin von einer geistig-politischen Wende.

Das schrieben Sie vollmundig an den Anfang Ihres Koalitionsvertrages, beziehungsweise das spiegelt Ihr Selbstverständnis wider.

An diesen Ansprüchen sind Sie auf ganzer Linie gescheitert.

Statt Aufbruch gibt es Stillstand, statt Richtung gibt es Kreisverkehr, und statt Tatkraft gibt es Abwarten und Beobachten; dieses Wort spielte in Ihrer Rede auch immer eine Rolle: wir beobachten. – Nein, Sie haben die Richtlinienkompetenz, um zu handeln für dieses Land, die Bundesrepublik Deutschland.

Sie haben unser Land in diesen vier Jahren mit einer Sprache des Ungefährlichen, der Unschärfe, überzogen. Eine klare Haltung ist angesichts Ihrer diversen Wendemanöver nicht zu erkennen gewesen, nicht bei den Volten in der Europapolitik und auch nicht in der Energiepolitik: Erst haben Sie die Laufzeiten verlängert; dann sind Sie dort angekommen, wo Rot-Grün schon zehn Jahre zuvor gewesen ist.

Eine klare Haltung war nicht erkennbar bei der Wehrpflicht, nicht bei der zeitgemäßen und überfälligen Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften und auch nicht in Ihrem Frauen- und Familienbild, das mehr dem 20. Jahrhundert zugehörig ist als dem 21. Jahrhundert.

Eine klare Haltung ist auch nicht erkennbar gewesen angesichts der

Spaltung des Arbeitsmarktes mit der Folge einer Spaltung unserer Gesellschaft und dem Ergebnis, dass das Normalarbeitsverhältnis in Deutschland nicht mehr der Normalfall ist.

Jürgen Habermas hat in einem Spiegel-Essay geschrieben – ich zitiere ihn –: „Ihrer öffentlichen Person scheint jeder normative Kern zu fehlen.“ Sie haben dem Land eine rhetorische Beruhigungstablette verpasst.

Unser Land leidet an politischer Unterzuckerung, Sie unterfordern die Wählerinnen und Wähler mit Blick auf die Zukunft dieses Landes.

Wir mussten in der NSA-Affäre erleben, dass Sie besonderen Wert darauf legen, genau zu wissen, was Sie nicht wussten – ebenso Herr de Maizière in der Drohnenaffäre. Sie sind aber hier auskunftspflichtig zu dem, was dort passiert ist.

Deutschland ist in den letzten vier Jahren unter Wert regiert worden. Das entlastet von Anstrengungen, und es führt nicht zu Beschwerden; denn nirgendwo wird angeeckt. Aber viele Bürgerinnen und Bürger wissen, dass damit Zukunft nicht gesichert wird. Sie sind die Architektin der Macht; aber Sie sind nicht die Architektin des Landes.

Eine Ihrer ersten Entscheidungen in dieser schwarz-gelben Bundesregierung war die Einführung eines Mehrwertsteuerprivilegs für die Hoteliers, und eine Ihrer -letzten Entscheidungen war das frauenpolitisch, arbeitsmarktpolitisch und integrationspolitisch falsche Betreuungsgeld.

In beiden Fällen – vermute ich – haben Sie Ihre eigene Überzeugung geopfert, im ersten Fall gegenüber der FDP und im zweiten Fall gegenüber der CSU. Zwischen diesen beiden Entscheidungen liegen 50 Gipfel, an denen Sie maßgeblich teilgenommen haben – 50 Gipfel, fast in jedem Monat ein Gipfel –, und über allen Gipfeln ist Ruh.

In den Koalitionsverhandlungen ging es 2009 im Wesentlichen um die Frage, ob die Steuerentlastung vielleicht 20, 25 oder 30 Milliarden Euro umfassen soll. Das war schon damals ein grandioser Anfall von Wirklichkeitsverleugnung; aber es war Ihr Wahlversprechen. Was ist eigentlich daraus geworden? Sie wollten eine

Überarbeitung des Regimes der reduzierten Mehrwertsteuersätze. Was ist aus dieser Steuerpolitik geworden? Das Einzige, was Sie hier mit Herrn Schäuble zum dritten oder vierten Mal aufgießen, ist erneut eine Abschaffung der Gewerbesteuer. Gute Reise zu den Kommunen, wenn Sie das machen!

Noch im Frühjahr dieses Jahres haben Sie beim DGB eine Rentenreform, ein Rentenkonzept der CDU/CSU angekündigt. Was ist daraus geworden? Nichts, gar nichts ist daraus geworden. Frau von der Leyen läuft mit einem Pappschild herum, auf dem „Leistungsren-

te“ steht. Das ist aber nicht einmal Beschlusslage Ihrer Partei.

2011 riefen Sie das Jahr der Pflege aus. Die letzte große Pflegereform stammt aus dem Jahre 2008, von Ulla Schmidt, aber nicht von Ihnen.

Was ist aus dem Breitbandausbau geworden, um auch Gebiete außerhalb von Großstädten mit schnellem Internet zu versorgen? Erkennbar nichts.

Die Energiewende ist ein reines Desaster. Sie ist aus der Sicht von vielen die größte Investitionsbremse in Deutschland seit Jahrzehnten.

Sie wollten mit einem Stufenplan den Anteil der Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten – ich zitiere – „maßgeblich“ erhöhen. Was ist daraus geworden? Im TV-Duell mit Frank-Walter Steinmeier kündigten Sie damals eine Malusregelung für Managergehälter an. Was ist aus all dem geworden? Nichts.

Alles angekündigt, abgewartet, ausgesessen. Oder wie ein Journalist geschrieben hat: Alles vertagt, verpatzt und versenkt.

Das gilt übrigens auch in Europa. Wo ist denn in den letzten Monaten spürbar gewesen, dass Sie den von uns mitgetragenen Wachstumspakt in Europa auch wirklich mit großem Ehrgeiz durchgesetzt haben? Was haben Sie nach der Verkündung der sogenannten Jugendgarantie im Februar dieses Jahres getan?

Wo ist – ich bleibe dabei – die Realisierung der Finanzmarkttransaktionsteuer geblieben?

Stattdessen haben wir es mit sehr wohlklingenden Etiketten zu tun: Bildungsrepublik Deutschland; das Jahr der Entscheidung; der Herbst des Vertrauens – oder vielleicht auch umgekehrt –; das Jahr der Pflege; Lohnuntergrenze; Lebensleistungsrente; Flexiquote; Mietprelsbremse. Das Thema Mietprelsbremse haben Sie sich zu eigen gemacht, haben

Deutschland ist in den letzten vier Jahren unter Wert regiert worden.

aber dann hier im Deutschen Bundestag gegen die Mietpreisbremse gestimmt.

Alles Etiketten auf leeren Flaschen. Wann und wo, Frau Merkel, gab es in dieser Legislaturperiode ein Projekt, eine wegweisende Vorstellung, von mir aus eine Vision, wo über diese Legislaturperiode hinaus diesem Land Zukunft und Richtung gegeben werden könnte? Wann haben Sie, wie alle Ihre Vorgänger, Ihr Amt in die Waagschale geworfen und Ihre Richtlinienkompetenz ausgeübt, um diesem Land eine Richtung zu geben?

Sie beanspruchen eine Richtlinienkompetenz, ohne Richtlinien geben zu wollen. Sie sind doch nicht die Präsidentin der Republik, sondern Sie sind als Kanzlerin für dieses Kabinett verantwortlich, das Kabinett, das das tatenloseste, zerstrittenste, rückwärtsgewandteste, aber vollmundigste Kabinett seit der deutschen Wiedervereinigung ist.

Sie malen unser Land in schönen Farben. Ja, ich habe damit keine Schwierigkeiten. Ich freue mich mit Ihnen darüber, dass es ein starkes Land ist, ein starkes Land mit starken Unternehmen, mit einem einmalig tüchtigen Mittelstand, mit vielen Familienunternehmen, ein Land mit einer sehr starken industriellen Basis und einer entsprechenden Facharbeiterschaft, ein Land mit einer intakten und wichtigen Sozialpartnerschaft, ein Land mit viel ehrenamtlichem Engagement, ein Land, in dem die letzte umfassende Reform von Ihrem Vorgänger Gerhard Schröder stammt. Das ist unser Land.

Sie haben in dieser Legislaturperiode seit 2009 Ernten eingefahren, die Sie nicht gesät haben, und Sie haben in dieser Legislaturperiode nichts für zukünftige Ernten getan. Gleichzeitig erleben wir allerdings in unserem Land – das kommt zu dem hinzu, was Sie sagen –, dass es 7 Millionen Menschen gibt, die unter 8,50 Euro verdienen, dass es 1,4 Millionen Menschen gibt, deren Verdienst trotz Vollzeitätigkeit aufgestockt werden muss, weil sie monatlich so wenig Geld haben, dass die Gemeinschaft der Steuerzahler die Dumpinglöhne aufstocken muss, die sie von ihren Arbeitgebern bekommen haben. Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass die Arbeitslosigkeit gesunken ist; darüber freuen wir uns alle. Gleichzeitig weisen viele Beobachter aus, dass Deutschland das Land in Europa mit dem größten Niedriglohnsektor ist. Sie haben keineswegs, wie Sie eben behauptet haben, dem Missbrauch von Leiharbeit, Zeitarbeit und Werkverträgen einen Riegel vorgeschoben; dieser Missbrauch hat sich in diesen vier Jahren in unserem Land vielmehr ausgeweitet.

Wir haben es mit dem erschreckenden Zustand zu tun, dass 1,5 Millionen Menschen in den Zwanzigern keinen Schul- oder Bildungsabschluss haben. Gleichzeitig wis-

sen wir um die Gefahr eines Facharbeitermangels.

Wir haben es mit einem Land zu tun, das die historisch niedrigste Investitionsquote hat, und zwar sowohl öffentlich wie auch privat. Das heißt, unsere Investitionen in Deutschland liegen laut OECD-Zahlen 2 Prozent unter dem Durchschnitt der anderen OECD-Staaten; das sind 50 bis 52 Milliarden Euro.

Fakt ist, dass viele Kommunen in einer Notlage sind, dass viele Kommunen ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können, weil ihre Finanzlage so marode ist, dass sie all die Aufgaben im nachbarschaftlichen Bereich der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr erfüllen können.

140 Milliarden Euro beträgt der Investitionsstau der Kommunen.

Fakt ist, dass die Schere zwischen Arm und Reich in den letzten 15 Jahren weiter auseinandergegangen ist, was zu Spannungen in unserer Gesellschaft führt.

Mit Blick auf die Steuerpolitik, die Sie vorhin noch einmal dargestellt haben: Sie wollen Steuerpolitik zulasten Dritter machen, nämlich zulasten der Kommunen, die infolge solcher Steuersenkungen, wie Sie sie hier als richtig dargestellt haben, ihre Gebühren, insbesondere auch für ihre Kindertagesstätten, erhöhen müssten. Viel wichtiger als solche Steuersenkungen wäre es, dafür Sorge zu tragen, dass die Eltern gar keine Gebühren mehr für die Kindergärten bezahlen müssen.

Wir wissen um den drohenden Pflegenotstand, der eintritt, wenn weiter so regiert wird wie bisher.

All das gehört zu einer vollständigen Beschreibung unseres Landes. Man darf den Blick nicht nur auf das Gute, Schöne, Problemlose, Anstrengungslose werfen. Und kommen Sie mir nicht mit Schwarzmalerei! Das sind Fakten. Sie sind nicht gefällig und lassen sich auch durch ein Einlullen der Wählerinnen und Wähler nicht unsichtbar machen.

Eine rot-grüne Bundesregierung mit mir als Bundeskanzler wird deshalb einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen.

Wir werden den Missbrauch von Leiharbeit, Zeitarbeit und Werkverträgen bekämpfen. Wir werden deutlich mehr Geld in die Bildung investieren, weil sie in Deutschland unterfinanziert ist.

Wir werden die kommunale Finanzlage verbessern. Wir werden eine Pflege- und Rentenreform verabschieden, die diesen Namen verdient. Wir werden die Kinderbetreuung und die Ganztagschulen in Deutschland ausbauen, und wir werden mehr denn je in die Infrastruktur in Deutschland investieren müssen, weil diese verfällt.

Dazu werden wir in der Tat einige Steuern für einige erhöhen – wir sind hier ehrlich und wahrhaftig –, weil diese Zukunftsinvestitionen anders nicht zu finanzieren sind. Da die Bezieher höherer Einkommen und die Besitzer hoher privater Vermögen die Gewinner der Einkom-

mens- und Vermögensverteilung der letzten 15 Jahre sind, halten wir es verteilungspolitisch auch für richtig, sie stärker zur Finanzierung von vier zentralen öffentlichen Aufgaben heranzuziehen: für Bildung, für Infrastruktur, für Kommunen und zum Schuldenabbau.

Wenn Sie von Umverteilung reden, wollen Sie die Menschen immer in eine Geisterbahn hineinführen, nach dem Motto: Bei den Sozialdemokraten müsst ihr eure Handtaschen und Portemonnaies zunähen, weil sie euch das Geld herausziehen wollen. – Sie malen hier immer solche Horrorgemälde und nutzen sie als Pappkameraden, um Ihre Munition loszuwerden.

Wenn Sie von Umverteilung reden, dann sage ich Ihnen: Ja, es gibt eine Umverteilung. Es gibt in Deutschland seit 10 bis 15 Jahren eine deutliche Umverteilung, und zwar nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben. Das sagt Ihnen nicht die SPD, sondern das sagt Ihnen das Statistische Bundesamt.

Deshalb lassen wir uns auf diese Debatte über Umverteilung und über eine stärkere Heranziehung der Bezieher oberer Einkommen und der Besitzer hoher privater Vermögen zur Finanzierung der genannten vier öffentlichen Aufgaben sehr gerne ein.

Ja, es ist in diesem Land etwas aus dem Lot geraten, und zwar nicht nur mit Blick auf die Einkommens- und Vermögensverteilung und auf die Spaltung des Arbeitsmarktes, die offensichtlich wird, wenn man sieht, dass fast 25 Prozent der Menschen – nicht ganz – inzwischen in sogenannten prekären Arbeitsverhältnissen sind, wenn man sieht, dass jeder zweite Arbeitsvertrag inzwischen befristet ist, und wenn man sieht, dass sich viele Jugendliche von einem Werkvertrag zum anderen hangeln und so unsicher sind, dass sie deswegen in der Tat keine Kinder in die Welt setzen.

Ich weiß, wie es mit einem Werkvertrag ist. Mein Berufsweg begann einmal mit einem Werkvertrag, wodurch die Perspektiven ziemlich unsicher waren.

Nein, in diesem Land ist nicht nur mit Blick auf die Spaltung des Arbeitsmarktes und die prekären Beschäftigungsverhältnisse etwas aus dem Lot geraten, sondern insbesondere auch deshalb, weil sich viele Steuerzahler angesichts eines skandalösen Steuerbetruges inzwischen als die Dummen fühlen.

Es ist etwas aus dem Lot geraten, weil sich viele Steuerzahler als die Haftenden in letzter Instanz für die Zockereien und die Risikoignoranz von Banken sehen.

Ich werde unterwegs von vielen Bürgerinnen und Bürgern angesprochen und gefragt, ob der Ordnungs-

rahmen der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland mit Maß, Mitte und Ausgleich eigentlich noch gilt oder ob nicht alle ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse zunehmend von enthemmten, entgrenzten Marktkräften bestimmt werden und in viele Lebens- und Versorgungsbereiche Marktkalküle Einzug halten sollen. Sie beschäftigen sich mit der Frage, ob diese Republik noch im Lot ist.

Nun bin ich gespannt, ob Sie auch noch die Autofahrer mit einer Pkw-Maut überziehen und für dumm verkaufen wollen. Das wäre dann zusätzlich zu der Sache mit den Steuerzahlern eine weitere Steigerung. Diesen populistischen Klammuk von Herrn Seehofer mit einer Pkw-Maut für Ausländer müssten Sie doch eigentlich so schnell wie möglich stoppen.

Herr Seehofer verurteilt Sie ja schon auf die Oppositionsbänke, bevor die Wahllokale geschlossen haben, weil er mit Ihnen keinen Koalitionsvertrag ohne die Einführung einer Pkw-Maut für Ausländer abschließen will.

Gut: Dass er ein Quartalsirrläufer ist, das wussten wir schon in dem Augenblick, in dem er zum Beispiel Herrn zu Guttenberg und Herrn Röttgen als „Glühwürmchen“ und Herrn Ramsauer als „Zar Peter“ bezeichnet hat. Herr Söder hat er „Schmutzeleien“ vorgeworfen und von „charakterlichen Schwächen“

Sie beanspruchen Richtlinienkompetenz, ohne Richtlinien geben zu wollen.

gesprochen – nach dem Motto: Das kann alles gesendet werden. – Aber damit gibt er nur Stoff für den Starkbieranstich am Nockherberg. Bei Einführung einer Pkw-Maut blickt er entweder europarechtlich nicht durch, dann ist er ein Risiko für den Freistaat Bayern; oder es ist ihm egal, dann ist er ein Sicherheitsrisiko für die Bundesrepublik Deutschland.

Wenn er sich europarechtlich auf der richtigen Seite wähnt, weil er sagt: „Ich muss dann auch eine Pkw-Maut für die Inländer einführen, aber diese kompensiere ich durch den Wegfall der Kfz-Steuer“, dann muss man wissen, dass die deutschen Klein- und Mittelklassefahrer für eine Vignette doppelt so viel bezahlen müssen wie im Augenblick für die Kfz-Steuer.

Dann muss man auch wissen, dass die Besitzer von Autos der Premium-Klasse gegenüber ihren jetzigen Verpflichtungen in Form der Kfz-Steuer doppelt so stark entlastet werden.

Ich will abschließend, Frau Merkel, noch einmal auf die Europapolitik eingehen und Ihnen mit sehr großem Ernst vorhalten, dass Ihre Einlassung in einem Interview, das in der Woche vor der Bundestagswahl gesendet wird, die SPD sei – ich zitiere – europarechtlich unzuverlässig, weit mehr ist als eine Ver-

irrung in diesem Wahlkampf. Das haben Sie gesagt, und das wird gesendet. Noch einmal: Es geht um Ihren Vorwurf, die SPD sei europapolitisch unzuverlässig.

Sie müssen genau wissen, dass Sie damit Brücken zerstören, dass Sie damit in der Zukunft Gemeinsamkeiten unmöglich machen, wo wir vielleicht auf diese Gemeinsamkeiten angewiesen sind; denn wie Sie gerade selbst ausgeführt haben: An einer europapolitischen Verantwortung meiner Fraktion bei der Verabschiedung von Rettungsschirmen hat es in den letzten Jahren nicht gefehlt. In manchen Fällen mussten wir Ihnen die Kanzlermehrheit erst besorgen.

In einem Fall, Frau Merkel, hätten Sie ohne uns wohl keine Zweidrittelmehrheit für den ESM bekommen. Die SPD in der Europapolitik unzuverlässig? Das werden wir uns merken; denn meiner Partei fiel das nicht ganz leicht. Meiner Partei wurde von vielen ihr konstruktives Verhalten nach dem Motto vorgeworfen: Damit habt ihr zugegeben, dass ihr gegen das Krisenmanagement von Frau Merkel in Europa keine Einwände habt. – Keineswegs! Aber die SPD hat eben aus der Oppositionsrolle heraus gezielt keine Obstruktionspolitik gegen Europa betrieben.

Was wir dagegen über dreieinhalb Jahre lang an Verschleierung von Ihnen in Bezug auf die Konsequenzen dieses Ihres Krisenmanagements erlebt haben, das entspricht nicht dem Wahrhaftigkeitsanspruch, der auch von diesem Pult aus gelten muss. Sie haben mit Blick auf die Konsequenzen dieses Krisenmanagements die Deutschen hinter die Fichte geführt. Dann lupft Herr Schäuble ganz leicht die Kleider, bis zu den Knöcheln. Da wird dann deutlich, dass Ihr Handeln so weitergeht.

Das Eingeständnis eines dritten Griechenland-Paketes ist nichts anderes als der Hinweis darauf, dass das bisherige Krisenmanagement gescheitert ist.

Es zeigt, dass Ihre sehr einseitige Fokussierung auf eine Sparkeule, die Sie anderen Ländern überziehen, eben nicht dazu beiträgt, dass diese Länder wieder vom Kranklager hochkommen, dass die Jugendarbeitslosigkeit verringert wird und dass Banken stärker reguliert werden. Das wäre ein Ansatz für ein Krisenmanagement in Europa.

Sie spielen auch hier auf Zeit. Sie sind auch hier schwammig, bleiben im Ungefähren und betreiben mit Blick auf die Konsequenzen ein Hütchenspiel mit der deutschen Öffentlichkeit.

Werfen Sie der SPD nicht etwas vor, was Sie selber betrieben und gebilligt haben, nämlich eine Haftungs- und damit eine Schuldenunion, die es gibt, seitdem Sie das

Fortsetzung von Seite 9: Peer Steinbrück (SPD)

erste Mal dem Aufkauf einer griechischen Staatsanleihe durch die EZB zugestimmt haben!

Seitdem haftet die Bundesrepublik Deutschland mit 27 Prozent. Schenken Sie den Bürgerinnen und Bürgern darüber endlich reinen Wein ein!

Darüber hinaus haben Sie im Juni 2012 noch sehr viel mehr gemacht.

Sie haben in einer Sitzung des Europäischen Rates im Juni 2012 grundsätzlich zugestimmt, dass Banken direkt aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus finanziert werden können.

Ist das keine Haftungsunion? Und dann erzählen Sie den Steuer-

zahlerinnen und Steuerzahlern nicht, dass in letzter Konsequenz von Fehlentscheidungen und Risiko-ignoranz ausländischer Banken die deutschen Steuerzahler haften? Das ist schon ein Ding.

Sie haben das an eine auflösende Bedingung geknüpft, auch zur Beruhigung Ihrer Fraktion. Denn mir ist völlig klar: Das haben nicht nur wir gemerkt; auch Sie haben gemerkt, was da passiert ist.

Sie haben das an eine auflösende Bedingung geknüpft, nämlich an die Herstellung der Bankenunion. Seitdem sind Sie sehr darum bemüht, die Finalisierung dieser Bankenunion in Europa zu verschieben.

Aber Sie haben die Staats- und Regierungschefs von diesem Rat und von dem jüngsten Rat im Juni damit nach Hause geschickt, dass unter Berücksichtigung dieser auflösenden Bedingung die Direktkapitalisierung von Banken aus dem ESM möglich ist. Dann lassen Sie uns das vor der Bundestagswahl auch aussprechen.

Nun wissen wir, dass die Bundesregierung weitergehende Verhandlungen erst im Herbst, also nach der Bundestagswahl, führen will, um dann zu entsprechenden EU-Richtlinien zu kommen. Ich sage für meine Fraktion und meine Partei klipp und klar: Mit mir als Bundeskanzler wird es kein deutsches Steu-

ergeld zur Rettung von ausländischen Banken geben.

Für Bankenverluste müssen vorrangig die Eigentümer, die Aktionäre, die Anleihenbesitzer und die Gläubiger dieser Banken haften. Das ist unsere Vorstellung.

Deshalb befürworten wir das, was Sie auf der europäischen Ebene verschieben, nämlich einen Rechtsrahmen zur Restrukturierung und Abwicklung von Banken und einen Bankfonds, einen Fonds zur Abwicklung und Restrukturierung von Banken, der aber nicht von den Steuerzahlern finanziert wird, sondern von den Banken. Darin unterscheiden wir uns von Ihnen.

Meine Damen und Herren, wir haben unter dieser Bundesregierung von Frau Merkel vier verlorene Jahre erlebt. Wir haben vier Jahre lang von der Substanz gelebt. Deshalb braucht unser Land einen Neustart. Unser Land braucht eine Politik, die nicht nur ankündigt, nicht nur beobachtet, nicht nur abwartet und nicht nur aussitzt. Es bedarf Tatkraft, dass in die Zukunft unseres Landes investiert wird und dass das Land stärker wird, weil es in unserem Land sozial gerechter zugeht. Dafür möchte ich als Bundeskanzler arbeiten und wirken.

(Langanhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rainer Brüderle, FDP:

Eine gute Zukunft wählen, indem man diese Regierung erneut wählt



Rainer Brüderle (*1945)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Herr Kollege Steinbrück, ich habe Ihnen eine halbe Stunde aufmerksam zugehört.

Ihre Rede hat mich an den alten Glaubenssatz erinnert: Gott weiß alles, Peer Steinbrück weiß alles besser.

Das Hauptproblem Ihrer Kandidatur ist, die Welt von oben herab zu erklären. Ich frage mich manchmal, woher Sie Ihr überbordendes Selbstbewusstsein nehmen. Sie haben eine Pannenstatistik wie ein Fiat Punto, führen sich aber auf, als ob Sie ein Spitzen-BMW wären.

Ich erinnere mich noch gut, dass Herr Steinbrück vor einigen Jahren gefordert beziehungsweise ernsthaft erwogen hat, die Autobahnen zu verkaufen. Das ist nichts anderes als eine Pkw-Maut. Ich halte nichts von einer Pkw-Maut. Aber dazu, dass er sich nun bei diesem Thema so aufbläst, obwohl er selbst zuvor öffentlich darüber nachgedacht hat, kann ich nur sagen: sehr glaubwürdig, sehr glaubwürdig!

Ich habe die Worte Ihres engsten Vertrauten, Sigmar Gabriel, noch gut im Ohr. Ihr Parteivorsitzender hat am Anfang der Legislaturperiode erklärt, es gebe bald eine Abwärtsspi-

rale, die zu Massenarbeitslosigkeit in Deutschland führe.

Ihr bester Freund in der SPD hat also eine Abwärtsspirale vorausgesagt. Genau das Gegenteil ist eingetreten. Es waren wirklich vier gute Jahre.

Wir haben Rekordwerte bei der Beschäftigung. 42 Millionen Menschen sind in Arbeit oder selbstständig tätig. Das gab es noch nie. Die Arbeitslosigkeit sinkt in allen Regionen. In Bayern etwa herrscht Vollbeschäftigung. Dort steht eine Eins oder eine Zwei vor dem Komma in der Arbeitslosenstatistik. Die Reallohne steigen seit Jahren wieder. Das ist der Erfolg fleißiger Menschen, der Unternehmen und insbesondere des Mittelstands, aber auch der Erfolg der christlich-liberalen Koalition.

Wir haben es trotz eines schwierigen Umfeldes geschafft, die Menschen um insgesamt 22 Milliarden Euro zu entlasten: Wachstumbeschleunigungsgesetz, Kindergelderhöhung, Abschaffung der Praxisgebühr und Senkung des Rentenbeitragsatzes. Wir haben den Bundeshaushalt konsolidiert. Wir haben eine strukturell schwarze Null. Die Sozialkassen weisen Überschüsse auf. Davon hat Ulla Schmidt zehn Jahre lang geträumt. Wir machen es.

Wenn der Bundeshaushalt ausgeglichen ist, werden wir auch wieder eine Entlastungsperspektive eröffnen. Ich freue mich auf die Diskussion über den Soli. Für uns Liberale hat er keine Ewigkeitsgarantie. Für uns gilt das Wort von Helmut Kohl: Der Solidaritätszuschlag ist dafür da, den Aufbau in den neuen Bundesländern zu finanzieren. – Der Solidarpakt läuft 2019 aus. Spätestens

dann soll nach unserer Vorstellung auch das Ende des Solidaritätszuschlags erreicht sein.

Wir haben fast 700 Milliarden Euro Steuereinnahmen. So viel gab es noch nie. Deshalb wird es auch Zeit, dass die Menschen an der Konsolidierungsdividende teilhaben.

Es waren vier gute Jahre trotz schwierigster weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Dass Sie uns kritisieren, verüble ich Ihnen nicht. Aufgabe der Opposition ist es, Kritik zu üben. Aber dass Sie das Land schlechtreden, dass Sie ein Bild von Deutschland zeichnen, das der Realität nicht entspricht, ist eine Ohrfeige für die fleißigen Menschen in Deutschland. Das haben sie nicht verdient.

Das ist nicht anständig.

Lassen Sie mich zum Wort „Anstand“ einige Worte sagen. Sie haben

einen Fairnesspakt angeboten. Wenn man sich die letzten Wochen vor Augen führt, dann stellt man fest, dass Sie der Einzige sind, der sich nicht im Griff hat:

Erstens. Sie haben die unsäglich geschmacklose Postkartenaktion der Jusos unterstützt.

Als Sie gemerkt haben, dass diese Aktion ein Rohrkrepiere ist, haben Sie sie zur politischen Satire erklärt. Okay. Manche Beobachter halten Ihre ganze Kandidatur für eine politische Satire.

Zweitens. Kürzlich haben Sie der Bundeskanzlerin ihre ostdeutsche Herkunft vorgehalten.

Damit haben Sie die Grenze des guten Geschmacks überschritten.

Wir können stolz sein, dass 20 Jahre nach der Wiedervereinigung Menschen aus dem Osten der Repu-

blik in höchsten Staatsämtern sind. Das ist ein Erfolg, den wir vorweisen können.

Wir können stolz sein, dass jemand Vizekanzler werden kann, der in einem anderen Land geboren wurde.

Wir alle können stolz sein, dass ein Außenminister, anders als in den 50er-Jahren, seinen Partner nicht mehr verstecken muss, sondern dass das Normalität in Deutschland ist.

Die christlich-liberale Koalition trägt ihre Weltoffenheit nicht wie eine Monstranz vor sich her. Das überlassen wir Ihnen. Wir leben sie einfach. Das ist der Unterschied.

Einen dritten Punkt möchte ich noch ansprechen. Sie haben in der Prism-Sache der Bundeskanzlerin quasi einen Meineid vorgeworfen. So etwas tut man nicht, schon gar nicht, wenn die Vorwürfe offensichtlich aus oberflächlicher Zeitungslektüre stammen.

Mittlerweile wiederholen Sie die massiven Vorwürfe nicht mehr.

Ich fand es auch peinlich, wie sich Rot-Grün als Bürgerrechtler aufspielen wollte. Die härtesten Überwachungsgesetze hat Rot-Grün gemacht, die massivsten Eingriffe in die Bürgerrechte in Deutschland hat Rot-Grün zu verantworten.

Es waren die berühmten „Otto-Kataloge“ von Herrn Schily. Die Grünen haben alles mitgemacht. Einiges wurde vom Verfassungsgericht gestoppt, wie zum Beispiel das Abschließen von Flugzeugen. Alles das war Politik von Rot-Grün. Das haben wir nicht vergessen.

Einiges ist auch dank der Justizministerin von der FDP offen geblieben, etwa die anlasslose Vorratsdatenspeicherung. Es ist sehr interessant: Die grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg bringt im Bundesrat Überlegungen ein, die anlasslose Vorratsdatenspeicherung für sechs Monate einzuführen. Das ist Ihre Vorstellung von Bürgerrechten. Das ist die Realität, wenn es konkret wird.

Nicht alles, was technisch möglich ist, darf auch erlaubt werden. Meine Daten gehören mir, nicht dem Staat, nicht Facebook und Google. Meine Damen und Herren, wenn Sie sich in

diese Richtung bewegen, freut uns das sehr.

Wenn man in andere Regionen der Welt schaut, sieht man, welches Glück wir eigentlich in Deutschland und in Europa haben. Die Lage im Nahen Osten ist mehr als bedrückend; das zeigen die Bilder, die veröffentlicht wurden. Andere Bilder von dem, was in Syrien geschehen ist, werden aus guten Gründen nicht veröffentlicht. Diese Bilder sind mehr als bedrückend: Sie sind beklemmend, sie nehmen einem die Luft weg.

Wir sollten uns aber vor voreiligen Forderungen hüten. Deshalb ist es richtig, dass der Bundesaußenminister darauf verwiesen hat, dass eine Beteiligung an einem Militäreinsatz weder nachgefragt ist noch von der Bundesregierung in Betracht gezogen wird. Dieses Thema eignet sich nicht für den Wahlkampf. Hier sollten wir alle bei der wohlüberlegten sachlichen Linie der Bundesregierung bleiben.

Die SPD spricht gern vom Aufstieg durch Bildung; das ist richtig. In der sozial-liberalen Zeit haben wir auch einiges bewegt. Ich kenne das auch persönlich: Ich war der Erste in der Familie, der Abitur gemacht hat. Ich habe mich auf den Hosenboden gesetzt und übrigens, Herr Gabriel, Hausaufgaben gemacht.

So hat es das Arbeiterkind Gerhard Schröder gemacht.

Aber was machen die Sozialdemokraten heute? Sie lassen sich von den Grünen die Abschaffung des Sitzensbleibens aufschwätzen. Das hilft keinem Migrantenkind. Das hilft keinem Arbeiterkind. Das hilft keinem Migranteneinwanderer. Das hilft der Verwaltungseinfachung einführen, gleich mit der Geburtsurkunde das Abiturzeugnis auszuhändigen. Das wäre das Gegenteil vom Leistungsprinzip, das wäre das Gegenteil von einem wirksamen Bildungskonzept, wie wir es in Deutschland brauchen.

Das sind die falschen Signale. Sie dienen der Infragestellung des Gymnasiums.

Ich habe mir einmal die Zahlen herausuchen lassen: Bei Rot-Grün lag der Bildungs- und Forschungsetat im Schnitt bei 8 Milliarden

Euro. Bei der christlich-liberalen Koalition lag dieser Etat im Schnitt bei über 12 Milliarden Euro. Auch bei der Bildung gilt also die rot-grüne Regel: Man redet viel, getan wird wenig.

Das war übrigens auch bei der Familienpolitik so. Wir haben das Kindergeld und den Kinderfreibetrag erhöht. Wir haben dafür gesorgt, dass Kinder aus Hartz-IV-Familien ihre Jobverdienste behalten dürfen. Wir haben ein Bildungspaket für Kinder aus benachteiligten Familien auf den Weg gebracht.

Auch beim Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für unter Dreijährige ist es besser gelaufen, als die Opposition uns immer vorgehalten hat. Wir Liberale haben das Betreuungsgeld mitgetragen, weil wir vertrags-treu sind; Verträge, die wir unterschreiben, setzen wir auch um.

Wir haben das Ehegattensplitting auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften ausgeweitet. Grüne und Rote haben das gefeiert. Das ist mir völlig schleierhaft. Sie wollen doch das Splitting für alle Paare, egal ob hetero- oder homosexuell, abschaffen. Die SPD will einen Partnerschaftstarif mit Unterhaltsausgleich. Sie behandeln Ehepartner, als ob sie schon geschieden wären.

Die Grünen wollen die sogenannte Individualbesteuerung. Sie behandeln Ehepartner, als ob sie Fremde wären. Das ist nicht mein Familienbild; das ist nicht mein Gesellschaftsbild. Ehe oder Partnerschaft ist eine Verantwortungsbeziehung. Das muss sich auch im Steuerrecht widerspiegeln. Sie bejubeln diese Vorstellung, fordern in Ihren Programmen aber das Gegenteil.

Die Grünen haben ein Wahlprogramm in Romanlänge vorgelegt. Buddenbrooks ist es nicht, eher Brave New World. Das ganze grüne Wahlprogramm ist eine Anleitung zum Unglücklichsein.

Dort wimmelt es nur so von Verbots, Gebots, Lenkungsmaßnahmen. Ich verweise auf das Obstverbot, das Fleischverbot, die Fettsteuer. Sie wollen eine Art Zwangserziehung. Aber, meine Damen und Herren, Deutschland ist keine Zwangserziehungsanstalt für nicht grüne Wähler. Das, was die Grünen wollen, wird in diesem Land nicht stattfinden.

Wir wollen keine Verbotspolitik. Mir ist völlig wurscht, ob Frau Künast jeden Donnerstag Gemüse isst.

Sie nennt den Veggie-Day-Zwang ein Angebot, das man nicht ablehnen kann. So etwas kannte ich bisher nur aus Mafiafilmen. Der Pate grüßt!

Das will niemand in Deutschland. Die Menschen schreien zu Recht auf wegen dieses Unsinn, Frau Künast.

Jetzt komme ich dazu, wie die Opposition das Thema Griechenland hochzieht. Auch das ist ein Rohrkrepierer. Sigmar Gabriel hat da Gerhard Schröder voll in die Pfanne gehauen. Ich zitiere ihn wörtlich:

Das hat Sigmar Gabriel wörtlich gesagt.

Wer war das damals? Gerhard Schröder war Kanzler, Joschka Fischer war mit dabei. In Athen haben sie jubelnd vorgetragen, vor der sozialistischen Regierung von der PASOK, was sie alles Tolles gemacht haben. Es war falsch! Sie haben recht, Herr Gabriel. Aber sie haben es gemacht, und sie tragen die Verantwortung dafür. Sie haben damals regiert.

Wir müssen seit vier Jahren den Mist, den Sie uns hinterlassen haben, aufräumen. Es waren Sie von Rot-Grün, die in sieben Regierungsjahren fünfmal hintereinander den Stabilitätspakt gebrochen haben. Deutschland war das erste Land, das die Leitplanken für einen stabilen Euro durchbrochen hat. Dann haben andere nachgezogen. Wer war dafür verantwortlich? Die Roten und die Grünen! Die haben es gemacht!

Da kann man sich nicht so einfach vom Acker machen.

Herr Gabriel, Sie haben wochenlang, monatelang von den Euro-Bonds geschwärmt; das sei die große Lösung. „Euro-Bonds“, das heißt nichts anderes als: Alle zahlen den gleichen Zinssatz. Man nennt das im Klartext Zinssozialismus. Sozialismus ist immer Mist. Zinssozialismus ist Mist hoch drei. Völlig falsch!

Dann kam der Mächtigenfinanzminister Trittin: Altschuldentilgungsfonds. Sie wollen, dass die Deutschen die alten Schulden in Europa zahlen.

Sie wollten gemeinsam mit der SPD sogar noch eine Banklizenz für den ESM, also eine weitere Gelddruckmaschine. Sie wollen überall Geld drucken, aber die Probleme nicht lösen. Sie können Strukturprobleme nicht lösen, indem Sie alles mit Geld zuschütten. Da müssen Sie den Hintern hochkriegen, konkret was machen, nicht nur herumschwätzen.

Altschuldentilgungsfonds ist Schuldensozialismus. Wir sollen haften für das, was Europa alles verschuldet hat. Ich kann deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht sagen: Ihr müsst drei Stunden mehr arbeiten ohne Entgelt, damit wir die Schulden von Griechenland und Spanien bezahlen.

Das ist nicht meine Vorstellung.

Dann kritisiert Rot-Grün die exportorientierte Wirtschaft und will die starke Exportorientierung in Deutschland reduzieren. Einige meinen ja auch, die richtige Strategie wäre: erst die Löhne rauf, dann die Arbeitszeit runter. – Sie können im sozialistischen Frankreich die fatalen Auswirkungen einer sozialistischen Politik beobachten: mehr Arbeitslose, höhere Steuern, mehr Schulden, Herabstufung der Kreditwürdigkeit, schrumpfende Wettbewerbsfähigkeit.

Es ist ein völlig falscher Ansatz, die Exportüberschüsse zu reduzieren. Steinbrück und Trittin unterstützen

das. Wie wollen Sie das machen? Wollen Sie den Facharbeitern bei VW sagen, dass sie schlechtere Autos bauen sollen? Sollen die bei Daimler eine Schramme in jede Achse machen, damit sie nicht richtig läuft? Das ist doch absurd! Soll die BASF ihre Produktion drosseln? Sollen erfolgreiche Mittelständler, die in der Welt oft führend sind und Hidden Champions sind, schlechter werden? Nein, das ist ein absoluter Denkfehler! Sie übersehen, dass 50 Prozent der deutschen Exporte in die Zulieferung gehen, in Kooperationen mit den europäischen Nachbarn gehen. Wenn wir nicht so exportstark wären, würde es Europa deutlich schlechter gehen.

Wir sind der Wachstumsmotor der ganzen europäischen Entwicklung. Den wollen Sie drosseln, nur weil Sie die Wirtschaft nicht verstehen.

Damit da kein falscher Eindruck entsteht: Die Ausländer kaufen freiwillig unsere Produkte. Das ist keine Zwangsabnahme. Sie kaufen sie, weil sie gut sind. Das verstehen Sie alles nicht. Das tut Ihnen weh; aber es ist halt so.

Ich komme zum Stromsektor. Die Grünen präsentieren jährlich eine von ihnen in Auftrag gegebene Studie über die Strompreisentwicklung. Ich will auf die methodischen Schwächen dieser Studie nicht eingehen, aber ich gehe auf den Strompreispopulismus der Grünen ein. Sie sagen: Die Konzerne sind schuld. –

Ich frage Sie: Warum machen Sie nichts dagegen? Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg ist der Großaktionär bei EnBW. Sie können doch die Preise senken. Sie haben doch das Sagen in diesem

zum größten Teil staatlichen Unternehmen. Dort sind Ihre Aufsichtsräte. Dort ist Frau Röstel, die frühere Parteivorsitzende. Aufsichtsratsmitglied sein heißt nicht nur, Lachschnitzchen essen. Es bedeutet: Mitdenken und Mitverantwortung übernehmen.

Wo ist denn der Anstand bei dieser Strompolitik? Frau Göring-Eckardt propagiert immer den Anstand. Wo ist er bei dem dreisten Solarlobbyismus, den Sie betreiben? Herr Trittin hat bei der Einführung des EEG gesagt: Das kostet so viel wie eine Kugel Eis im Monat. – Heute kostet das so viel, dass Sie beim Italiener die Eiskarte sozusagen rauf und runter essen könnten. Das ist die Realität.

Die Ausnahmeregel sind damals auf den Weg gebracht worden. Die Bundesregierung hatte beschlossen, diese zu überprüfen. Die Bundesbahn profitiert davon mit 500 Millionen Euro. Wenn Sie die Ausnahme streichen, können Sie den Bürgern gleich erklären, warum sich die Preise für die Fahrkarten erhöhen.

Nehmen Sie die Stadtwerke in Schwerin. Wenn Sie die Ausnahme



Am 22. September entscheidet sich, wer Bundeskanzler wird.

streichen, können Sie gleich erklären, warum die Preise für den Nahverkehr steigen.

Das sagen Sie nicht. Sie jubeln irgendeinen Punkt hoch und vernebeln das, was Sie gemacht haben. Sie haben genau diese Politik eingeleitet, wobei ich folgenden Aspekt für richtig halte: Wenn wir moderne Motoren herstellen wollen, dann brauchen wir Gießereien in Deutschland.

Wenn Sie die alle vertreiben, werden wir nicht mehr an der Spitze der Entwicklung sein. Deshalb muss man vernünftig agieren. Sie haben es falsch gemacht, indem Sie eine Übersubventionierung betrieben haben.

Sie haben neue Sofamelker etabliert. Das gab es früher bei den Bauern. Einige hatten zwar keine Kühe, haben aber die Milchquote genutzt. Heute haben wir das bei den Solarstromerzeugern: 43 Cent auf 20 Jahre garantiert, Einspeisevorrang. Die Oma mit der Leselampe zahlt das in Form der Umlage.

Ihre Freunde, die sich das Schloss vom Gottschalk kaufen können, profitieren davon, weil sie eine Preisgarantie von 20 Jahren haben, also eine Garantie dafür, dass sie den Strom zu diesem hohen Preis ins Netz geben können. Das ist doch keine vernünftige Politik.

Die Umlage ist deshalb so stark nach oben geschossen, weil Sie sie falsch konzipiert haben.

Ich komme noch zu einem anderen Thema. Die SPD probiert es neuerdings mit Steuersenkungen. Aus Pannen-Peer wurde offenbar ein Panik-Peer. Ich bin erstaunt, was Sie alles plötzlich senken wollen: Stromsteuer. Beim Spitzensteuersatz haben Sie Jo-Jo gespielt: erst rauf, dann wieder runter. Sie sprechen plötzlich vom Abbau der kalten Progression. Sie haben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland aber bisher verwehrt, dass sie von den verdienten neuen Tarifabschlüssen mehr in der Tasche behalten können. Sie haben es über den Bundesrat blockiert, weil Sie es den Leuten nicht gönnen. Das ist wahr.

Wie wollen Sie die Wertschöpfung erhöhen? Die SPD will ungefähr 38

Milliarden Euro mehr Steuern einnehmen. Die Grünen wollen etwas mehr einnehmen. Trittin spricht – das ist wohl eine Art Mao-Zuschlag – von über 40 Milliarden Euro, und das bei Einnahmen von etwa 700 Milliarden Euro. Es trifft genau die Mitte. Es ist eben nicht wahr, dass es nur wenige Milliarden zahlen. Die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze für die Versicherten in der gesetzlichen Krankenkasse betrifft die kleinen und mittleren Einkommen.

Wenn Sie den Handwerksbetrieb mit einer Vermögensabgabe beziehungsweise einer Vermögensteuer zusätzlich belasten, dann treffen Sie die Mittelständler. Das sind die Jobmotoren der Gesellschaft, die uns voranbringen. Genau das wollen Sie machen. Herr Trittin will das sogar rückwirkend machen. Wenn Sie rückwirkend Steuern erheben – vielleicht noch bis in die 20er-Jahre zurück –, ist das ein Verfassungsbruch. Das ist doch alles absurd, was Sie beabsichtigen.

Wenn Sie mir nicht glauben: Frau Scheel, Herr Kretschmann und Herr Palmer, der grüne Oberbürgermeister, warnen vor Ihrer Politik, weil Sie damit den Mittelstand beschädigen. Sie sagen, dass das nicht sein darf. Die Wirtschaftsforscher berechnen, dass bei einer rot-grünen Regierung 400 000 Jobs verloren gehen. Wenn die Linke drankommt, sind es 900 000 Jobs. Wenn Sie Rot-Rot-Grün hinkriegen, dann ist der maximale Unsinn in Deutschland erreicht. Das gilt es zu verhindern; wir dürfen das nicht zulassen.

Deshalb bleibt es dabei – diese Wahrheit muss man den Deutschen sagen –: Man kann eine gute Zukunft wählen, indem man diese Regierung erneut wählt.

Wir haben den Praxistest geliefert. Es geht. Sie kommen mit Rezepten von vorgestern, die x-mal gescheitert sind. Sie sollten Karl Marx in seinem Museum in Trier stehen lassen. Holen Sie die alten Klamotten nicht raus; kein Mensch will das mehr haben. Denken Sie nach vorn; machen Sie einen Modernisierungskurs. Wir helfen Ihnen gern.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das ganze grüne Wahlprogramm ist eine Anleitung zum Unglücklichsein.

Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

Die Linke ist ein demokratischer Gewinn für den Bundestag



Gregor Gysi (*1948)
Wahlkreis Berlin-Treptow – Köpenick

Ich finde diese Debatte schön. Wir sollten es zur ständigen Einrichtung machen, immer etwa drei Wochen vor der Bundestagswahl eine richtige Wahlkampfdebatte zu führen. Wenn wir das so nennen, dann muss man sich auch nicht davor drücken, Wahlkampfreden zu halten.

Ich habe Ihnen allen zugehört und habe festgestellt, dass die Kanzlerin und Herr Brüderle mit sich selbst sehr zufrieden sind. Ob das ausreicht, ist allerdings eine andere Frage.

Bei Ihnen, Herr Steinbrück, habe ich festgestellt, dass Sie – zum Teil zumindest – eine Umverteilung der Argumente von den Linken zur SPD organisieren – sehr spät, ehrlich gesagt, aber immerhin.

Herr Brüderle, Sie haben etwas sehr Bemerkenswertes gesagt. Sie haben gesagt, dass Sie seit vier Jahren den Mist aufräumen müssen, der bis dahin entstanden war. Damit sagen Sie natürlich der Kanzlerin – sie ist ja schon seit acht Jahren Kanzlerin –, dass sie vier Jahre lang nur Mist gemacht hat. Darauf will ich nur hinweisen; das müssen Sie miteinander klären.

Kommen wir zum Ernst der Angelegenheit. Es gab – zumindest höchstwahrscheinlich – einen Giftgasanschlag in Syrien mit über 1 400 Toten. Das kann man gar nicht scharf genug verurteilen. Das Völkerrecht sieht dafür Entsprechendes vor: dass die Verantwortlichen exakt zu ermitteln und dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu übergeben sind. Das wird auch eines Tages passieren.

Aber das Völkerrecht sieht eines nicht vor: dass die Antwort Krieg sein soll. Das steht nirgendwo.

Ich sage Ihnen: Ich halte die USA für nicht besonders glaubwürdig. Es gab nämlich schon einmal einen Giftgasanschlag, und zwar im Irak durch Hussein. Dabei sind über 5 000 Kurdinnen und Kurden ermordet worden. Damals haben die USA

mit der Androhung des Gebrauchs ihres Vetorechts eine scharfe Resolution des Sicherheitsrates verhindert. Danach kam nur der Appell an den Irak, das künftig zu lassen, was nicht besonders viel wert war.

Wenn man jetzt einen Kriegsschlag gegen Syrien durchführt, kann die Situation völlig unbeherrschbar werden. Wer weiß denn, was Assad dann macht? Der kann den Konflikt noch in den Libanon und nach Jordanien tragen. Wer weiß, was der Iran macht? Wer weiß, was die Türkei macht, die unbedingt so schnell wie möglich in Syrien einmarschieren will? Wer weiß, was Russland macht? Wer weiß, was Israel macht? Die USA erzählen etwas von einem Einsatz von 24 oder 48 Stunden. In Wirklichkeit kann dadurch ein Flächenbrand entstehen, der völlig unbeherrschbar ist.

Da bin ich froh – ich muss es sagen –, einer Partei anzugehören, die von Anfang an klar Nein gesagt hat, während Sie alle herumgeeiert haben. Auch Sie, Herr Steinbrück, haben unsere Argumente erst nach der Sitzung des britischen Unterhauses übernommen. Das heißt, Sie haben taktisch reagiert und nicht aus Überzeugung, und das nervt mich.

Natürlich brauchen wir eine Verständigung zwischen Russland und den USA. Die erste Verständigung müsste lauten, keine Waffen mehr an Syrien zu liefern.

Wären keine Waffen an Syrien verkauft worden, weder an die eine noch an die andere Seite, wäre der Krieg längst beendet. Außerdem brauchen wir natürlich auch eine Friedenskonferenz. Warum werden denn so viele Waffen verkauft? Weil so viel daran verdient wird. Auch das müssen wir ändern. Sie wissen, wie umfangreich die Waffenexporte aus Deutschland sind.

Ich sage Ihnen: Es wird wirklich höchste Zeit, dass wir ganz anders an dieses Thema herangehen. Mittels Kriegen werden wir die Probleme der Menschheit niemals lösen. Deshalb bin ich froh, dass es eine Partei gibt, die sich immer dagegen stellt.

Aber es gibt noch etwas, was Sie ein bisschen vergessen haben: Wir haben Patriot-Raketen und Soldaten in der Türkei an der Grenze zu Syrien. Jetzt stellen Sie sich einmal vor, die Türkei greift Syrien militärisch an. Dann darf Syrien sich militärisch wehren. Dann müssten doch unsere Soldaten höchstwahrscheinlich die Raketen losschicken. Ich bitte Sie! Dann helfen wir nicht einem Angegriffenen, sondern einem Angreifer, einem Aggressor.

Aber das ist nur das eine. Das Zweite ist: Deutschland wird dann Kriegspartei im Nahen Osten. Ich bitte Sie! Das ist das Letzte, was sich Deutschland historisch, moralisch und politisch leisten kann. Deshalb müssen die Soldaten und Raketen unverzüglich abgezogen werden.

Auch deshalb, weil wir noch nicht genau wissen, was passiert. Am 9. September tagt der amerikanische Kongress. Ich sage Ihnen: Wir werden danach eine Sondersitzung einberufen müssen, um über die Frage zu entscheiden: Wollen Sie wirklich, dass Deutschland Kriegspartei im Nahen Osten wird, oder nicht? Dazu müssen Sie sich dann hier bekennen. Deshalb werden wir eine solche Sitzung beantragen, und ich hoffe auf die Zustimmung der anderen Fraktionsvorsitzenden.

Es gibt natürlich noch andere Gründe, uns zu wählen. Es gibt ja in diesem Bundestag, wie ich immer sage, eine Konsenssoße zwischen FDP, Union, Grünen und SPD. Es sind sechs Gebiete, auf denen Sie sich einig sind und bei denen nur wir widersprechen. Jetzt sage ich Ihnen etwas: Ja, die Linke ist ein ungeheurer demokratischer Gewinn für den Bundestag.

Ich werde Ihnen das begründen. Erstens. Noch kein einziger Kriegseinsatz der Bundeswehr ist gegen eine Ihrer Fraktionen entschieden worden. Immer haben alle vier Fraktionen zugestimmt. Nur die Linke hat immer konsequent dagegen gestimmt. Das geschah in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Bevölkerung.

Zweitens. Die Waffenexporte haben alle Regierungen genehmigt: Kohl, Schröder, Merkel. Ihre vier Fraktionen stehen für die Erlaubnis von Waffenexporten. Wir stellen uns dagegen. Wir meinen, wir müssen nicht der drittgrößte Waffenexporteur der Welt sein. Nach 1945 hätten wir auch sagen können: Wir wollen nie wieder an Kriegen verdienen. Wer Waffen verkauft, muss wissen: Jede Waffe findet ihren Krieg.

Drittens. Die völlig falschen Wege zur Überwindung der Euro-Krise sind Sie immer zu viert gegangen: Union, FDP, SPD und Grüne. Alle sogenannten Rettungsschirme

haben Sie immer gemeinsam beschlossen.

Dann sagt doch Herr Steinbrück in dem Duell mit Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, auf die Frage einer Journalistin, warum er denn immer zugestimmt habe, wenn er alles kritisiert, was in Griechenland, in Spanien und in Portugal passiert, das sei Ausdruck der Europaverantwortlichkeit der SPD. Ich finde, das ist eine Frechheit; das muss ich Ihnen sagen.

Was ist denn daran europaverantwortlich, wenn man den Süden Europas ruiniert?

Was ist denn daran europaverantwortlich, wenn man dafür sorgt, dass der Süden die Darlehen nie zurückzahlen kann, und zustimmt, dass die Deutschen für 27 Prozent all dieser Darlehen haften?

Wenn ich die Bundesregierung frage, wovon sie das bezahlen will, wenn es denn fällig wird, dann sagen die mir: Es wird schon nicht so kommen. – Das ist alles. Das hat aber mit perspektivischer Politik gar nichts zu tun.

Um das ganz klar bei Griechenland zu beweisen: Infolge der Auflagen, gerade auch vonseiten der deutschen Regierung, sind die Schulden von 120 Prozent auf 175 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt jetzt bei 64 Prozent. Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit um 193 Prozent gestiegen, die Wirtschaft geht um 24 Prozent zurück und die Steuereinnahmen auch. Wovon sollen die denn etwas zurückbezahlen? Deshalb sage ich Ihnen, Herr Schäuble: Mit neuen Krediten, wie Sie es angekündigt haben, wird das nichts werden; denn das würde ja die Verschuldung erhöhen. Deshalb wird es einen Schuldenschnitt geben, ganz egal, wie wir dazu stehen. Das kostet uns dann wirklich Geld. Ich finde, das müssten Sie den Leuten vor der Wahl ehrlich sagen, was Sie aber nicht machen.

Übrigens ist das nicht nur sozial grob ungerecht, sondern wir schneiden uns auch noch ins eigene Fleisch, weil die Kaufkraft sinkt und unsere Exporte zurückgehen. Aber all dem haben immer alle vier Fraktionen zugestimmt. Weder die Grünen noch die SPD können sagen: Wir haben ja nicht gewusst, dass das dabei herauskommt. – Sie haben es ganz genau gewusst und trotzdem mit Ja gestimmt.

Was brauchen wir wirklich? Wir brauchen eine Finanzmarktregulierung. Wir brauchen eine Verkleinerung der Banken; wir sollten sie organisieren wie Sparkassen. Ich bin es auch leid, dass jede Bank gerettet wird. Die können sich so viel verspekulieren, wie sie wollen. Die Aktienbesitzer haben ja nichts zu befürchten, weil die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler das übernehmen. Kein Mensch hilft einem Bäckermeister, der vor der Insolvenz steht. Bei den Banken wird aber immer alles bezahlt. Auch ich

will die Rettung der Guthaben der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen, aber ich will nicht die Aktienbesitzer und Anteilseigner retten. Das muss endlich aufhören. Auch eine Bank hat pleitezugehen, wenn sie denn pleite ist.

Wir wollen natürlich Steuergerechtigkeit. Darüber regt sich ja Herr Brüderle immer so auf. Aber jetzt sage ich Ihnen mal eines: Zu unserem Verständnis von Steuergerechtigkeit gehören auch Entlastungen – Entlastungen, die Sie gar nicht wagen. Sie wollen die berühmte „kalte Progression“ – Sie übersetzen das ja nicht – abschaffen. Das ist zwar nicht falsch, aber es reicht nicht. Wir müssen den Mittelstandsbauch beseitigen. Die Mitte der Gesellschaft zahlt hier alles; der finanziell untere Teil kann es nicht, und an den oberen trauen Sie sich nicht heran, und Sie wollen auch nicht an ihn heran. Deshalb müssen die Lehrerin, der Polizist, die Facharbeiterin, der Meister und die kleinen Selbstständigen in der Bundesrepublik Deutschland alles bezahlen. Schaffen Sie doch mit uns zusammen den Mittelstandsbauch bei der Steuer ab. Dann ginge es denen viel besser.

Allerdings müssen wir das an eine Bedingung knüpfen, nämlich an die Bedingung, den Spitzensteuersatz zu erhöhen, weil die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer nicht sinken dürfen. Davon leben auch die Kommunen, und die sind schon heute pleite, die können nicht noch mehr pleite gemacht werden. Deshalb sage ich Ihnen: Wir brauchen diese Schritte – Freibetrag auf 9 300 Euro erhöhen, Mittelstandsbauch beseitigen und den Spitzensteuersatz erhöhen –, und dann wird die Gesellschaft gerechter, dann müssen wir über diese Dinge nicht mehr diskutieren.

Ich habe übrigens auch eine Frage an Bundesinnenminister Friedrich, der leider nicht mehr da ist. Er hat sein Veto eingelegt und gesagt: Die armen Bulgaren und die armen Rumänen dürfen nicht entscheiden, wo sie arm leben; deshalb dürfen sie nicht nach Deutschland reisen. – Das ist seine Logik, nicht meine Logik. Aber wenn es seine Logik ist, dann frage ich Sie: Warum gilt das nur für die Armen? Warum gilt das nicht für die Reichen? Warum gilt das nicht für die Konzerne? Warum dürfen die sich immer aussuchen, wo sie am wenigsten Steuern zahlen? Nein, wenn diese Logik für die Armen gilt, dann muss sie endlich auch für die Reichen und für die Konzerne gelten.

Ich sage Ihnen noch etwas zu den Konzernen. Da sagen Sie immer: Die nutzen alle Steuerschlupflöcher. – Der Gesetzgeber schafft die Steuerschlupflöcher. Dann lassen Sie uns sie doch schließen. Ich möchte, dass die Konzerne dort Steuern zahlen, wo die Wertschöpfung stattfindet, wo die Produktion

Mittels Krieg werden wir die Probleme der Menschheit niemals lösen.

stattfindet, und nicht dort, wo sie fiktiv irgendeinen halben Präsidenten mit einem viertel Büro hinsetzen – und dann bezahlen sie dort, in Liechtenstein oder was weiß ich wo, die Steuern. Schluss damit! Wo etwas hergestellt wird, wo eine Dienstleistung erbracht wird, da müssen auch die Steuern gezahlt werden. Dafür müssen wir in Deutschland sorgen.

Neben der Schaffung von Steuer-gerechtigkeit, die wir auch in Griechenland dringend benötigen würden, ist es wichtig, dass wir endlich die Steuerpflicht an die Staatsbürgerschaft binden. Dann wäre nämlich ein Problem gelöst. Dann können die Reichen hinziehen, wohin sie wollen; aber sie bleiben, wenn sie Deutsche sind, in Deutschland steuerpflichtig, und wenn sie Griechen sind, in Griechenland steuerpflichtig. Warum setzen Sie das nicht durch? Das wäre doch ein ganz wichtiger Schritt. Das gilt übrigens in den USA – beim besten Willen, Herr Brüderle, wirklich kein sozialistisches Land. Sie können diese Regelung also einführen. Damit könnten wir die eine oder andere Katastrophe verhindern.

Wir brauchen Aufbaukredite für Griechenland. Wenn wir dort den Tourismusbereich, die Solarenergiebranche und die Schiffsindustrie aufbauten, dann hätten die Griechen auch Einnahmen. Wenn sie Einnahmen hätten, dann könnten sie auch alles zurückzahlen. Sie organisieren, dass sie gar nicht zahlungsfähig sind, sodass letztlich die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Darlehen zu 27 Prozent zu bezahlen haben werden.

Ein viertes gemeinsames Thema aller vier Fraktionen ist die Senkung des Rentenniveaus, die Teilprivatisierung der Rente über die Riester-Rente und die Rentenkürzung durch die Anhebung des Renteneintrittsalters um zwei Jahre durch die Rente ab 67. Sie bringen da etwas durcheinander. Wissen Sie, man kann ja mit 90 noch im Bundestag herumdödeln, ohne das es einer merkt, aber ein Dach kann man nicht mehr decken – das ist der Unterschied. Sie stellen hier also Anforderungen, die mit den Realitäten im Leben nichts zu tun haben. Außerdem leben wir doch in einer altersrassistischen Gesellschaft. Bewerben Sie sich doch mal irgendwo mit über 50!

Da haben Sie gar keine Chance.

Und Sie sagen: Die Leute müssen die Rente immer später bekommen. – Das ist der falsche Weg. Die Produktivität steigt. Wenn wir endlich mal wirkliche Reformschritte gehen würden und in der nächsten Generation alle mit einem Erwerbseinkommen in die Rentenkasse einzahlen müssten, ohne Beitragsbemessungsgrenze und bei Abflachung des Rentenanstiegs für die Bestverdienenden, dann wäre alles bezahlbar, selbstverständlich auch eine Rente ab 65 Jahren ohne

Senkung des Rentenniveaus bei enger Ankopplung an die Lohnentwicklung. Das wäre möglich.

Dass Sie von der FDP das nicht wollen, verstehe ich ja noch. Aber warum die SPD das nicht will und auch nur den Weg der Rentenkürzung geht, ist mir völlig unverständlich.

Es ist doch gut, dass es die Linke gibt, die dagegen argumentiert. Sonst wären die Rentnerinnen und Rentner hier diesbezüglich gar nicht vertreten. Das wäre vielleicht ein trauriger Zustand!

Das fünfte Thema ist die prekäre Beschäftigung. 25 Prozent der Beschäftigten sind prekär beschäftigt: in erzwungener Teilzeit, in Minijobs, in Leiharbeit, als Aufstocker. Zu den Aufstockern haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, einmal gesagt, Sie seien stolz darauf, dass der Staat denen zusätzlich etwas zahlt. Wir subventionieren die Löhne mit 9 Milliarden Euro jährlich, und ich sage Ihnen: Ich halte das für einen einzigartigen Skandal. Wer in Deutschland einen Vollzeitjob hat, muss Anspruch auf einen Lohn haben, von dem er in Würde leben kann, und darf nicht noch zum Jobcenter geschickt werden. Das ist doch völlig abstrus.

Leiharbeit muss verboten werden, weil damit eine Entsolidarisierung organisiert wird. Leiharbeiter verdienen nur die Hälfte bis zwei Drittel. Dann sagt man der Stammebelegschaft auch noch: Wenn ihr nicht auf Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld verzichtet, dann werden wir noch mehr auf Leiharbeit setzen. Auch diese Entsolidarisierung muss endlich aufhören.

Wir haben den größten Niedriglohnssektor in Europa. Herr Kauder, er ist größer als der in Griechenland und in Zypern. Sie sollten sich dafür schämen.

Wir haben 9 Millionen Menschen, die trotz Arbeitsverhältnis zu wenig verdienen, und dann haben wir noch einmal 7,5 Millionen Menschen in Minijobs. Und Sie sagen, es geht allen gut? Reden Sie doch einmal mit diesen Leuten, die 4 Euro in der Stunde verdienen oder die einen Minijob haben. Denen geht es nicht gut, ganz im Gegenteil.

Es gibt den Missbrauch bei Werkverträgen. Außerdem gibt es viele befristete Verträge. Von den Beschäftigten bis zum Alter von 35 Jahren haben 52 Prozent, mehr als die Hälfte, befristete Verträge, und dann beschwert sich die Union immer und heult mir die Backen voll, dass die Deutschen aussterben, weil jedes Jahr mehr Deutsche sterben als geboren werden. Wie soll man denn verantwortungsbewusst Kinder in die Welt setzen, wenn man gerade mal einen Vertrag für ein halbes Jahr hat? Das ist doch

abstrus. Außerdem gibt es 16 verschiedene Schulsysteme, weil wir 16 Bundesländer haben. Auch das gehört ins 19. und nicht ins 21. Jahrhundert.

Sie müssen also die Bedingungen verändern, dann wird es auch wieder mehr Kinder geben.

Bei diesen Themen sind Sie sich alle einig. Es tut mir leid, Herr Steinbrück, Sie wollen nur eine kleine Korrektur, die Grünen wollen eine kleine Korrektur, die Koalition will bei der prekären Beschäftigung nichts korrigieren. Die einzige Partei, die prekäre Beschäftigung überwinden will, ist die Linke. Es tut mir leid, auch hier sind wir die Einzigen.

Das sechste Thema ist Hartz IV. Alle vier Fraktionen finden Hartz IV richtig und sagen: Vom Grundsatz her muss man das aufrechterhalten und nur hier und da eine kleine Korrektur anbringen. Nein, das Ganze ist demütigend und verletzend organisiert, und wenn es um das Existenzminimum geht, dann darf man das nicht noch mit Sanktionen unterschreiten. Das verletzt Art. 1 des Grundgesetzes. Deshalb wollen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung, und es wird höchste Zeit, dass wir sie in Deutschland einführen.

Auch das ist eine interessante Zahl: Die durchschnittliche Verweildauer in der früheren Arbeitslosenhilfe lag 2004 bei knapp einem Jahr. Die durchschnittliche Verweildauer bei Hartz IV liegt bei 2,5 Jahren. Die Zeit hat sich mehr als verdoppelt. Das ist die

Realität.

Ich sage noch einmal: Ohne die Linke wären diese Themen im Bundestag nie so kontrovers diskutiert worden. Die Linke ist – ich sage es noch einmal – ein Gewinn für die Demokratie, weil wir in diesen Fragen die Mehrheit der Bevölkerung vertreten. Ohne uns wäre sie hier nicht einmal mit einem Argument vertreten. Dass wir nur eine Minderheit sind, weiß ich; aber insofern bereichern wir dieses Land. Ich finde, dass man schon allein deshalb – Sie haben mehrmals gesagt, wen man wählen muss; jetzt muss ich das auch einmal sagen – die Linke wählen muss.

Aber es geht weiter. Ich komme zur Regierung. Ich habe es schon gesagt: Von der Chancengleichheit in der Bildung sind wir meilenweit entfernt. Ihr Betreuungsgeld ist eine solche Fehlkonstruktion – wirklich, darüber muss man gar nicht diskutieren. Die Norweger haben es eingeführt und wieder abgeschafft. Wissen Sie, Herr Brüderle, arme Familien haben keine Wahlfreiheit. Die sind so dringend auf das Geld angewiesen, dass sie es auch annehmen. Damit organisieren Sie, dass deren Kinder nicht in

Kindertagesstätten gehen. Damit fehlt ihnen soziale Bildung und dadurch haben sie schlechtere Voraussetzungen für Erfolg in der Schule. Was soll denn dieser Wahnsinn? Lassen Sie uns endlich Chancengleichheit für Kinder gerade in der Bildung herstellen. Es wird höchste Zeit.

Die Strompreise steigen. Sie haben nichts dagegen getan. Die Mieten steigen. Sie quatschen nur rum. Sie in der Regierung machen nichts dagegen. Das geht doch nicht! Erklären Sie mir doch einmal: Wenn Frau A auszieht und Frau B einzieht und der Vermieter in der Wohnung nichts verändert, warum darf er die Wohnung teurer machen? Wieso? Er hat doch den Wert der Wohnung gar nicht gesteigert. Was haben wir hier eigentlich für komische Regeln? Das kann man ändern, wenn man will, dass es für die Menschen erträglich wird. Natürlich brauchen wir auch mehr sozialen Wohnungsbau. Das ist doch völlig klar.

Sie können eines doch nicht leugnen: Die Entwicklung geht immer weiter auseinander. Früher gab es ein privates Nettovermögen von etwa 4,5 Billionen Euro, im Jahre 2012 waren es 10 Billionen Euro. 0,6 Prozent der Haushalte gehörte davon ein Anteil von 2 Billionen, das heißt von 20 Prozent. 50 Prozent der Haushalte – das sind in finanzieller Hinsicht die unteren Haushalte – besitzen davon 1 Prozent. 1 Prozent! 1998 besaßen diese 50 Prozent noch 4 Prozent. Die Schere geht immer weiter auseinander.

Deshalb sage ich Ihnen: Wir haben eine Umverteilung von unten nach oben. Es stimmt – da hat Herr Brüderle recht –: Die hatten wir auch bei Schröder. Die haben wir aber auch bei Merkel, die haben wir bei Ihnen allen. Ich sage Ihnen: Diese Umverteilung von unten nach oben muss gestoppt werden. Wir brauchen für mehr Gerechtigkeit endlich eine Umverteilung von oben nach unten. Es wird höchste Zeit, dass wir das auch durchsetzen.

Auch in den Bereichen Gesundheit und Pflege haben Sie nichts getan. Wir haben immer noch eine Zweiklassenmedizin. Auch das ist unerträglich. Wir schlagen überall Alternativen vor.

Jetzt sage ich Ihnen etwas, was die Union sehr erregen wird, aber es stimmt: Wir sind inzwischen die einzige Partei der deutschen Einheit.

Wir waren 2009 bei der Wahl so stark, dass die Bundeskanzlerin sogar angekündigt hat, die Rentenwerte in Ost und West würden angeglichen.

Wir haben ein so gutes Ergebnis erzielt, dass CSU, CDU und FDP das sogar in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen haben. Aber wir waren noch nicht so stark, dass Sie das auch gemacht haben. Sie haben es dann wieder gestrichen. Und jetzt sagen Sie: Es wird nie stattfinden.

Die Grünen sagen: Angleichung der Rentenwerte sofort, aber ohne jede Steigerung der Ostrente. Das ist natürlich abenteuerlich, kann ich nur sagen. Ich will gar nicht weiter darauf eingehen.

Ich will aber sagen: Wir brauchen endlich die gleiche Rente für die gleiche Lebensleistung. Und wer das nicht will, der spaltet die Gesellschaft, der sorgt nicht für Einheit.

Ich komme zum Schluss und stelle Folgendes fest: Ohne die Linke herrschte in diesem Bundestag gähnende Langeweile.

Zweitens. Ohne die Linke gäbe es keinen Widerspruch einer Fraktion gegen Kriege,

Waffenexporte, falsche Euro-Rettungsschirme, gegen die Senkung des Rentenniveaus und die Rentenkürzung – die Anhebung des Renteneintrittsalters um zwei Jahre ist im Grunde eine Rentenkürzung; es sind zunächst zwei Jahre; das soll ja noch weitergehen –, gegen prekäre Beschäftigung und gegen Hartz IV. Das wäre eine Verarmung der Demokratie.

Auch deshalb ist es wichtig, diesen Widerspruch zu wählen.

Dann gibt es noch einen Punkt. Weil Sie sich bei diesen sechs Punkten in einer Konsenssoße befinden, reagieren Sie nie aufeinander. Die Grünen ändern doch nicht ihre Politik, bloß weil die FDP zulegt oder verliert. Die FDP ändert nicht ihre Politik, weil die Union zulegt. Die SPD ändert auch nicht ihre Politik. Die einzige Partei, auf die Sie alle reagieren, ist die Linke.

Deshalb ist es für die Leute so attraktiv, uns zu wählen. Sehen Sie mal: Man wählt uns, und noch bevor wir einen dummen Antrag gestellt haben, ändern Sie schon Ihre Politik. So schnell geht das. Das schafft man nur mit der Wahl der Linken.

Aber die anderen drei Parteien, die richten sich schon nach unseren Wahlergebnissen. Das ist auch ein Vorteil von uns.

Weil so viel über Koalition und Ähnliches gesprochen wird, sage ich: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich weiß, Ihre Leidenfähigkeit ist fast unbegrenzt; aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass es doch irgendwo eine Grenze gibt.

Was wir wollen, ist ganz einfach, lieber Herr Gabriel: Wir wollen nicht, dass Sie links von der SPD stehen; da stehen wir doch, das ist gar nicht nötig. Aber wenigstens sozialdemokratisch könnten Sie endlich werden.

Zur Sozialdemokratie gehören keine Kriege, keine Rentenkürzungen und kein Hartz IV. Das müssen Sie endlich verstehen. Dann können wir nicht nur einen Personalwechsel anstreben, sondern endlich auch einen Politikwechsel und eine deutlich gerechtere Gesellschaft.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen für mehr Gerechtigkeit eine Umverteilung von oben nach unten.

Katrin Göring-Eckardt, Bundestagsvizepräsidentin:

Unter Ihrer Regierung bewegt sich nichts in Deutschland



Katrin Göring-Eckardt (*1966)
Bundestagsvizepräsidentin

Herr Gysi, wissen Sie was: Angesichts dessen, was Sie hier abgeliefert haben, und angesichts dessen, wie oft Sie gesagt haben, was alles nicht ohne die Linke geht, muss man schon denken: Sie haben Sorge, nicht im nächsten Bundestag vertreten zu sein.

Das wundert mich auch nicht, wenn ich mir vor Augen führe, dass sich Ihre Umfragewerte inzwischen nicht nur in Sachsen und Thüringen halbiert haben.

Aber ich sage Ihnen eines: Mit dieser Art von Selbstgerechtigkeit helfen Sie keinem Arbeitslosen, keinem, der in Armut lebt, und noch nicht einmal den Ossi. Es braucht eine andere Politik, aber keine Schnöselgespräche von Ihnen, Herr Gysi!

Ich will auf das eingehen, was die Bundeskanzlerin immer wieder sagt: dass wir gut dastehen. 70 Prozent der Arbeitnehmer bekommen heute niedrigere Löhne als vor zehn Jahren.

Die Produktivität hat sich seit 1999 immer weiter verschlechtert.

Die Investitionsquote ist in 2012 von über 20 auf 17 Prozent gesunken.

Jetzt werden Sie wieder sagen, das sei Schwarzmalerei.

Das ist aber nicht meine Erfindung. Das sagt einer der renommiertesten Wirtschaftsexperten in Deutschland, nämlich Marcel Fratzscher, der Chef des DIW. Das ist die Realität. Allerdings habe ich gelernt, Ihre Behauptung, Deutschland stehe gut da, ist nichts anderes als eine Illusion. Sie haben aber keine Lust mehr, sich bei Ihren Illusionen unterbrechen zu lassen. Sie haben auch keine Lust mehr, sich die Realität anzuschauen. Das haben wir auch am Sonntag im Fernsehduell gesehen, als jemand versucht hat, Ihnen eine Zwischenfrage zu stellen, Frau Merkel.

Tatsache ist: Ja, wir leben in einem der reichsten Länder der Erde. Aber Millionen von Menschen ha-

ben nichts von diesem Reichtum. Die Bildungs- und Aufstiegschancen sind verdammt ungleich verteilt. Der Zugang zu dieser Gesellschaft ist reglementiert. Sie ist an vielen Stellen eine blockierte und an vielen Stellen eine geschlossene Gesellschaft. Akademikerkinder haben eine sechsmal höhere Chance, ein Studium aufzunehmen, als Kinder von Eltern ohne Studium. Dem reichsten 1 Prozent der Bevölkerung gehören 35 Prozent des gesamten Vermögens, den reichsten 10 Prozent sogar zwei Drittel. Nein, Deutschland geht es nicht gut. In Deutschland geht es nur einigen gut.

Wenn Sie sagen: „Deutschland steht gut da“, dann meinen Sie mit Deutschland nicht die Deutschen, sondern die Privilegierten.

Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns, Frau Merkel.

Wir brauchen keine Politik für wenige, für diejenigen, die die Handynummer der Kanzlerin oder wenigstens die des Kanzleramtsministers haben. Wir brauchen eine Politik für alle Menschen, egal ob gut verdienend oder Hartz-IV-Bezieher, egal ob sie alleinstehend sind oder in einer Familie leben, egal ob reiche oder arme Eltern, egal ob in Deutschland geboren oder anderswo. Eine bessere Zukunft muss für alle möglich sein, eine Zukunft mit intakter Infrastruktur, mit einem guten und bezahlbaren System sozialer Sicherheit, selbstverständlich mit funktionierenden öffentlichen Institutionen und einem Bildungssystem, in dem die Chancen gleich verteilt sind. Um all das zu schaffen, fehlen aber entscheidende Voraussetzungen, nämlich ein handlungsfähiger Staat und eine handlungsfähige Regierung. Ja, es fehlt auch eine handlungswillige Kanzlerin in diesem Land, um die Situation zu verbessern.

Diese Kanzlerin handelt jedoch nicht, meine Damen und Herren.

Das liegt nicht daran, dass sie Ossi ist. Das liegt auch nicht daran, dass sie Frau ist. Das liegt noch nicht einmal daran, dass sie Tag und Nacht per Babyfon Herrn Seehofer betreuen muss, weil der permanent herumschreit, und deswegen nicht zum Regieren kommt.

Frau Merkel handelt deswegen nicht, weil sie keine Ideen für die Zukunft hat; weil sie auf Sicht fährt; weil sie am Gängelband der FDP hängt; weil sie sich von der Krise das Programm hat schreiben lassen,

anstatt Ideen zu entwickeln. Ihnen macht Regieren Spaß, haben Sie gesagt, Frau Merkel, weil es an jedem Morgen neue Probleme gibt. – Wir hätten am Abend gern mal wenigstens für eines der Probleme eine Lösung gesehen.

Frau Bundeskanzlerin, jetzt ist eine neue Phase angebrochen, eine, in der ohne Ideen nichts mehr geht, eine, in der es ohne Ideen zu immer neuen Krisen kommt, nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland. Es reicht nicht mehr, herumzulavieren, es reicht nicht mehr, abzuwarten – nicht in Europa, nicht gegenüber Russlands homophobem Diktator und erst recht nicht in der Energiepolitik. Sie sind dabei, das Land müde zu lächeln. Wir brauchen aber dringend einen Aufbruch, Frau Merkel; deswegen braucht es den Wechsel.

Bisher haben Sie in Europa ein Krisenmanagement gemacht. Jetzt müssten Sie eigentlich einmal sagen, wohin Sie mit Europa wollen. Wir sind doch ein Europa der Menschen und nicht ein Europa der

Banken. Und, ja, wir brauchen Leidenschaft für ein Europa, in dem junge Leute Hoffnung haben, egal ob ihre Muttersprache Griechisch ist oder Deutsch, ein Europa, das endlich vorangeht mit der Energie-revolution. Dank Ihrer Politik schaffen wir das noch nicht einmal in Deutschland, Frau Merkel.

Sie stellen sich hierhin und sagen: Keinen Cent für die Griechen ohne Gegenleistung!

Kurz vor der Wahl, Frau Merkel, fangen Sie wieder an mit einem „faule Griechen“-Revival.

Ich finde das beschämend: die Beschimpfung eines Landes, das extrem viel geleistet hat und auf das Sie ohne Ende Druck ausgeübt haben, Frau Merkel.

Man kann es vielleicht so zusammenfassen: Mit der schwarz-gelben Regierung regiert die Ideenlosigkeit, es regiert das Motto „Gemeinsam gleichgültig“.

Die Verschuldung der öffentlichen Hand ist unter Kanzlerin Merkel so stark gestiegen wie unter keinem Bundeskanzler zuvor. Diese schwarz-gelbe Regierung hat über 100 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen. Frau Merkel, das ist eine sensationelle Katastrophe und kein sensationeller Erfolg, wie Sie es hier behauptet haben.

Insgesamt sind das 500 Milliarden Euro mehr. Sagen wir es einfach einmal so: Diese Regierung steckt

knietief im Dispo; die Zinsen und Zinseszinsen müssen unsere Kinder und Kindeskinde zahlen. Generationengerechtigkeit geht anders, meine Damen und Herren.

Auch was die öffentliche Infrastruktur angeht, muss man feststellen: Sie haben keine Ideen. Wir leben in Deutschland längst von der Substanz. Seinen wirtschaftlichen Erfolg hatte dieses Land einstmals der guten Infrastruktur zu verdanken.

Die geht jetzt den Bach herunter: Der Bahnhof einer Landeshauptstadt ist tagelang außer Betrieb.

Sagen Sie jetzt bloß nicht: „Schuld sind die anderen“, Frau Merkel! An vielen Orten sind die Straßen kaputt, sind Brücken baufällig. In öffentlichen Gebäuden fällt der Putz von der Decke.

Städten und Kommunen fehlen insgesamt 128 Milliarden Euro.

Es fehlen die Steuereinnahmen, um die Mängel endlich zu beseitigen und diesen Investitionsstau zu beheben.

Ich weiß, Herr Brüderle, dass Sie da nie hingehen, dass Sie sich woanders herumtreiben – mit Ihren Lobbyisten Kaffee trinken gehen –, statt einmal zu schauen, wie es in den Schulen dieses Landes aussieht.

Man muss sich einmal mit dem tatsächlichen Leben beschäftigen, anstatt nur auf BIP-Zahlen zu schauen. Wo bleiben Ihre Ideen für gute Kinderbetreuung, für Kinderbetreuung, die gut ist für Kinder und nicht für die Statistik von Frau Schröder? Ist es das Beste für das Kind, wenn man, um einen Kinderbetreuungsplatz zu bekommen, 20 Bewerbungen abschicken muss? Nein, da geht es um Milliarden, die fehlen. Frau Merkel, Sie haben eben gesagt, dass wir mehr Geld für Kinderbetreuung brauchen. Aber was machen Sie stattdessen? Sie schmeißen für das Betreuungsgeld jedes Jahr 1 Milliarde Euro zum Fenster hinaus. Das Betreuungsgeld gehört abgeschafft. Dann können wir endlich in Kitas investieren.

Ich vermisse eine Idee für den Bereich Bildung. Kooperationsverbot – das haben Sie eingeführt – und eine Lücke von 20 Milliarden Euro bei den Bildungsinvestitionen, das ist Ihre Bilanz. Wir waren einmal Bildungs-nation, und wir waren stolz darauf.

Heute bleiben so viele Kinder wie nie unter ihren Möglichkeiten, nur weil sie im falschen Stadtteil wohnen, den falschen Vornamen haben oder weil ihre Großmutter nicht in Deutschland geboren wurde. Das ist Ihre Verantwortung. Das muss sich ändern mit Investitionen in Bildung und mit mehr Bildungsgerechtigkeit in einem Land, das es sich definitiv leisten kann.

Ich will wissen, wen Sie eigentlich meinen, wenn Sie sagen: Uns geht es gut. – Meinen Sie die 7 Millionen Menschen, die in Deutschland für weniger als 8,50 Euro pro Stunde arbeiten? Meinen Sie die 2,5 Millionen Menschen, die inzwi-

schen mehrere Jobs haben? Früher hielten wir das für amerikanische Verhältnisse, heute ist das in Deutschland selbstverständlich. Meinen Sie die 3 Millionen Frauen, die ohne eigenständige Altersabsicherung in Minijobs arbeiten, die Angst vor Armut haben?

Frau Merkel, meinen Sie mit „Deutschland steht gut da“ die Menschen, die in Schlachthöfen für 4 Euro pro Stunde arbeiten, und zwar unter katastrophalen Bedingungen, die mit Arbeitsschutz nichts zu tun haben? 8,50 Euro Mindestlohn, Leiharbeit, die gleich bezahlt wird, und endlich kleine Jobs, die man sich auch leisten kann und bei denen nicht Altersarmut vorprogrammiert ist – das ist die Alternative zu Ihrer Politik, Frau Merkel.

Man kann nicht bei denjenigen kürzen, die es am nötigsten haben. Wenn man in den Bundeshaushalt schaut, dann sieht man: Sie haben bei den Langzeitarbeitslosen, bei den Alleinerziehenden und bei den Berufsrückkehrern gekürzt. Frau Merkel, Sie haben gemeinsam mit Frau von der Leyen am Anfang der Legislaturperiode die Republik darauf hingewiesen, dass es eine Armutgefährdung in Teilen der Bevölkerung gebe, gerade im Alter.

Der Entwurf der Rentenreform ist im täglichen Gezänk mit der FDP immer kleiner und kleiner geworden, und am Schluss hat er sich komplett in Luft aufgelöst. Wir brauchen endlich die Bekämpfung der Altersarmut mit einer Garantierente gerade für die Frauen in dieser Republik, die es durch Arbeit nicht mehr schaffen können, für eine entsprechende Rente zu sorgen. Wir müssen dafür sorgen, dass sie mit einer Garantierente im Alter abgesichert sind und nicht in Armut fallen.

Ideen bei der Gesundheitsversorgung? Fehlanzeige! Wer gesetzlich krankenversichert ist, wartet nicht nur doppelt so lange auf den Termin beim Hausarzt, er wartet dann auch noch doppelt so lange, bis der Facharzt Zeit hat. Fragen Sie mal Alte, chronisch Kranke oder Menschen mit Behinderung, dann hören Sie, dass ihnen mehr und mehr Leistungen vorenthalten werden. Fragen Sie einmal die Ärzteschaft und nicht die Lobbyisten: Diese sagt Ihnen längst mehrheitlich, sie wolle eine Bürgerversicherung.

Ich will, dass wir endlich wieder dahin kommen, dass man, wenn man beim Arzt anruft, gefragt wird, was einem fehlt, und nicht, welche Versicherungskarte man hat. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns, Frau Merkel.

„Deutschland steht gut da.“ – Fragen Sie einmal die Flüchtlinge, die hierherkommen und die hoffen, dass sie endlich in Sicherheit sind. Diese müssen hören, dass wir eine Krise hätten oder überfordert seien. Anstatt mit dem Blick auf die furchtbare Situation in Syrien die Türen zu öffnen und mehr Flücht-

linge aufzunehmen und zu sagen: „Natürlich können wir sie hier in Deutschland sicher unterbringen“, machen Sie die Tür wieder zu und reden von Überforderung in unserem Land mit Herrn Friedrich an der Spitze.

Fragen Sie einmal die jungen Leute, ob es ihnen gut geht, die Sie zwingen, sich entweder gegen das Land zu entscheiden, in dem sie aufgewachsen sind, oder gegen das Land, in dem ihre Großeltern geboren wurden. Wo ist Ihre Idee von einem Land, in dem man gut leben kann, gerade wenn man unterschiedlich ist? Jeder weiß doch, dass nur solche Gesellschaften erfolgreich sind, Frau Merkel. Nein, Ihr „Deutschland geht es gut“ hat nichts mit der Lebensrealität der Menschen hier zu tun.

Meine Damen und Herren, für diese schwarz-gelbe Bundesregierung ist Deutschland kein Gemeinwesen, sondern eine einzige Lobbyrepublik. Diese Kanzlerin und ihre Regierung haben keine Idee von sozialer Gerechtigkeit. Man braucht sich nur den Bundeshaushalt anzuschauen: Sie kürzen bei den Kindern, bei den Arbeitslosen, bei den Kranken, bei der Entwicklungszusammenarbeit mit den armen Ländern und zeigen den Mietern die kalte Schulter.

Anderswo haben Sie aber mächtig draufgelegt. Ihre Hotelsteuer hat uns inzwischen 4 Milliarden Euro gekostet, und wir geben permanent 1,8 Milliarden Euro für ein Dienstwagenprivileg aus, mit dem wir Geländewagen fördern.

Einen solchen Dienstwagen braucht vielleicht ein Förster oder

ein Bauer, aber niemand, der normal zur Arbeit und wieder zurück fährt. Hier könnten Sie eine riesige Einsparmöglichkeit nutzen. Dann bräuchten Sie nicht bei den Armen und Arbeitslosen zu sparen, Frau Merkel.

Man kann das alles zusammenfassen, wie Herr Laumann das gemacht hat.

Ihr CDU-Freund aus Nordrhein-Westfalen hat wörtlich gesagt: Sozialpolitisch waren die schwarz-gelben Regierungsjahre verlorene Jahre. – Ich finde, er hat recht. Leider!

Deutschland könnte bei der großen Aufgabe unserer Zeit, der Energiewende, so gut dastehen, aber bei Ihnen, bei Schwarz-Gelb, herrschen Ideenflaute und handwerkliche Inkompetenz. Sie wollen die Dynamik bremsen, haben Sie hier gesagt. Sie haben hier wieder die Ausbaubremse für erneuerbare Energien angekündigt, Frau Merkel.

Ehrlich gesagt glaube ich, Schwarz-Gelb die Energiewende machen zu lassen, ist ungefähr so schlau, wie wenn man Lehman Brothers beauftragen würde, die Euro-Krise zu managen. Das wirklich Tragische daran ist: Die schlechte Umsetzung ist von Ihnen auch politisch gewollt. Sie fahren die Energiewende sehenden Auges an die Wand, und die Energiekonzerne lachen sich mit ihren Kohlekraftwerken und Renditen am Ende noch ins Fäustchen.

Wir produzieren so viel Kohlestrom wie Anfang der 90er-Jahre. Das hat nichts mehr mit Energiewende zu tun, sondern das ist eine Konterrevolution in der Energiepolitik.

Dafür, dass der CO₂-Ausstoß steigt, tragen Sie Verantwortung, Frau Merkel. Das hat große Folgen für den Klimawandel und unsere Umwelt, weswegen Sie sich mehr mit der Frage beschäftigen sollten, wie es mit den erneuerbaren Energien weitergeht.

Es mag Ihnen ja pathetisch vorkommen, aber ich bleibe dabei: Ich will, dass auch noch unsere Enkel Zitronenfalter nicht nur aus dem Lehrbuch kennen.

Ich bleibe dabei, dass ich will, dass auch noch die, die nach uns kommen, saubere Luft atmen können, und ich bleibe auch dabei, dass ich will, dass wir unseren Lebensstil nicht auf Kosten der ärmsten Weltregionen leben. Deswegen brauchen wir die Energiewende.

Ich bleibe auch dabei, dass wir, statt jedes Jahr 1 Milliarde Euro in die Massentierhaltung zu stecken, endlich dafür sorgen sollten, dass gesundes Essen und Tierschutz zusammenkommen und dass nicht inzwischen die Tiere so viele Antibiotika bekommen, dass die Weißwurst eines Tages wahrscheinlich rezeptpflichtig wird, Frau Aigner.

Sie lassen die Menschen ganz nebenbei auch noch bei der Strom-

rechnung im Regen stehen. Es gibt in Deutschland millionenfach Stromarmut, und es hat nichts mit Marktwirtschaft zu tun, dass die Verbraucher immer mehr bezahlen müssen, obwohl der Börsenstrompreis durch die erneuerbaren Energien sinkt.

Herr Brüderle, als Sie als Wirtschaftsminister angefangen haben, betrug die EEG-Umlage 1,5 Cent. Jetzt sind es 5,5 Cent. Das ist Ihre Verantwortung! Das ist Ihre Energiepolitik und das Ende einer Strompreisverantwortung für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Die Zeche Ihrer Politik zahlen die Mittelständler, der Student und die Oma von nebenan.

Die Zeche zahlen diejenigen, die es sich nicht leisten können.

Deswegen sagen wir ganz klar: Mit einer anderen Politik könnten wir sofort 4 Milliarden Euro einsparen und den Strompreis senken. Man kann erreichen, dass der Strom und die Energie bezahlbar bleiben, weil uns Sonne und Wind keine Rechnungen schicken und indem wir dafür sorgen, dass es keine sinnlosen Ausnahmen – nicht beim Fracking, nicht bei der Kohle – und auch kein Ausweichen derjenigen mehr gibt, die heimlich schon wieder über neue Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke nachdenken.

Sie haben keine Ideen, und damit werden natürlich die Spielräume der kommenden Generationen eingengt.

Ausgerechnet Sie, Herr Brüderle, an der Spitze werfen uns vor, wir wären eine Verbotsparterie.

Da kann ich nur sagen, lieber Herr Brüderle: Lieber einmal in der Woche freiwillig Spinat mit Ei als jahrelang unfreiwillige Überwachung durch die NSA.

Da wir schon dabei sind, will ich Ihnen ein paar Verbote nennen, die wir gern abschaffen wollen: das Adoptionsverbot für Lebenspartnerschaften, das Verbot einer Arbeitsaufnahme für Asylbewerber, das Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft – abschaffen! –, Wettbewerbschancen im Energiemarkt – abschaffen! –, gerne auch das Verbot, Fahrräder im ICE mitzunehmen.

Einführen wollen wir auch etwas. Wir wollen zum Beispiel das Verbot einführen, Rüstungsgüter an Diktatoren zu liefern. Ja, hier verbieten wir gerne etwas.

„Deutschland steht gut da“, sagen Sie. Ja, Deutschland steht. Obwohl viele etwas tun, bewegt sich unter Ihrer Regierung nichts mehr. Deutschland wird sich aber anstrengen müssen: ökologisch, ökonomisch und eben auch sozial. Aber dafür braucht es Leidenschaft. Dafür braucht es eine Regierung, die etwas bewegen will, und keine, die sich selbst verwaltet. Dafür braucht es eine Regierung, die einen Plan hat und eine Vision, eine Idee davon, wohin es gehen soll. Ihre Regierung, die nur an BIP und Bonus denkt, Frau Merkel, und Ihre Art, das Land stillzulächeln, haben ausgedient. Es braucht eine neue Regierung. Es braucht Bewegung – jetzt!

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der SPD)

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen:

Wir haben in diesen vier Jahren viel erreicht



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundesminister

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Wahlkampf ist eine wichtige Veranstaltung. Aber wir sollten auch im Wahlkampf unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger ernst nehmen. Deswegen sollten wir auch

im Wahlkampf die Debatte über die Lage unseres Landes mit Argumenten, mit Fakten und mit Programmen führen. Wir sollten hier weiterkommen.

Herr Kollege Steinbrück, ich möchte mich gerne mit Ihnen auseinandersetzen. Sie haben gefragt, wohin unser Land in den letzten Jahren gegangen ist. Die Antwort lautet: Aufwärts! Die Bundeskanzlerin hat in einer sehr eindrucksvollen Rede beschrieben, wie die Lage gewesen ist, in die wir als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise geraten sind. Wir hatten im Jahre 2009 einen Rückgang unseres Bruttoinlandsprodukts um über 5 Prozent zu verzeichnen; eine Erfahrung, die wir seit der Währungsreform nicht kannten. Als Folge dessen hatten wir für das Jahr 2010 einen Haushaltsentwurf mit einer hohen Neuverschuldung erstellt. Das haben wir in

der Großen Koalition gemeinsam gemacht. Heute sind wir in derselben Situation. Der Haushalt, den die Regierung im Juni aufgestellt hat, wird das Gerüst für die nächste Legislaturperiode sein, auch nach den nächsten Wahlen.

Wir haben nämlich diesen Haushalt im Gerippe mit den Rahmendaten übernommen, und dann musste für 2010 eine Neuverschuldung von 86 Milliarden Euro eingeplant werden. Die Bundeskanzlerin hat schon daran erinnert, dass in der mittelfristigen Finanzplanung für diese vier Jahre – das vergessen Sie in Ihren Reden gelegentlich, Herr Steinbrück – 262 Milliarden Euro vorgesehen waren beziehungsweise vorgesehen sein mussten. Das war die Ausgangslage. Daraus sind nun knapp 100 Milliarden Euro geworden. Das sind knapp 40 Prozent dessen, was vorgesehen war. Dazu kann man nur sa-

gen: Es ist wohl ein bisschen aufwärtsgegangen in den Jahren seit 2010.

Natürlich gibt es eine Menge von Problemen. Die wird es übrigens immer geben, und die globalisierte Welt sorgt dafür, dass der Druck der Wettbewerbsfähigkeit immer stärker wird. Das wird auf unseren Arbeitsmarkt und auf vieles andere Auswirkungen haben.

Ich habe übrigens, Herr Kollege Steinbrück, als zweimaliger Innenminister manche Tarifverhandlungen geführt. Einstmals waren sie ganz schwierig, weil wir noch eine Arbeitgebergemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen waren. Deswegen verstehe ich ein bisschen was von Tarifautonomie. Auch war eine Erfahrung aus der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise, dass unsere soziale Partnerschaft in Deutschland wesentlich dazu beigetragen hat, dass wir die Krise besser überstanden haben als andere. Ein wesentliches Element unserer sozialen Partnerschaft ist die Tarifautonomie.

In allem Ernst, Herr Kollege Steinbrück: Wenn Sie sich mit Freunden in der Gewerkschaft verständigen oder sich informieren lassen, wie die

Tariflandschaft aussieht, wird deutlich: Es gibt Zehntausende von Tarifverträgen, die sehr individuell angepasst sind, sei es regional oder strukturspezifisch für die einzelnen Betriebe.

Das ist ein unendlich enges Geflecht. Es ist das Ergebnis von Tarifautonomie: ein Qualitätssiegel unseres Standorts Deutschland.

Reden Sie nicht von einem Flickenteppich, wenn wir sagen: Wir wollen auch den Mindestlohn durch die Tarifpartner regeln lassen statt von einem Gesetzgeber, der nicht so viel weiß! Mit Einheitsregeln geht es doch schief.

In allem Ernst:

Die Einkommen sind in den letzten drei Jahren durchschnittlich um 3 Prozent jährlich gewachsen. Wir haben im Augenblick so viele Menschen in Arbeit wie nie zuvor. Die Arbeitslosenquote ist die niedrigste seit der Wiedervereinigung.

Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote seit der Wiedervereinigung. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist am stärksten gesunken. Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger sinkt am stärk-

Fortsetzung von Seite 15: Dr. Wolfgang Schäuble (Bundesminister der Finanzen)

ten. Das sind Realitäten. Die OECD hat im Mai einen Bericht vorgelegt. Ich habe ihn dabei und könnte lange daraus zitieren. Darin heißt es: Im Gegensatz zu fast allen anderen OECD-Ländern ist in Deutschland die Kluft zwischen den höheren Einkommen und den geringen Einkommen nicht gewachsen, sondern gesunken.

Jetzt kommt der nächste Punkt: Die Korrektur der Bruttoeinkommen gegenüber den Nettoeinkommen durch Steuern und Beiträge ist in Deutschland stärker als in fast allen anderen OECD-Staaten. Sie reden wirklich gegen jede Realität. Deswegen haben Sie nichts mit der Wirklichkeit in diesem Lande zu tun.

Dies alles haben wir im Übrigen erreicht, indem wir ein stabiles Wachstum haben. Die deutsche Wirtschaft ist seit 2009 real um 8 Prozent gewachsen. In der ersten Haushaltsdebatte haben Sie damals die Bundeskanzlerin gefragt: Wo wollen Sie eigentlich hin? Wo wollen Sie Ende 2013 sein? – Sie hat dann gesagt: Wenn wir im September 2013 da wären, wo wir vor dieser schlimmen Krise waren, wäre es schön.

Ich ziehe Bilanz: Der Einbruch betrug 5,1 Prozent. Wir haben 8 Prozent reales Wachstum. Frau Bundeskanzlerin, wir haben Ihr Ziel etwas übererreicht. Genauso haben wir auch die Schuldenbremse eingehalten. Die Neuverschuldung beträgt nicht 86 Milliarden Euro. Der Haushalt für das kommende Jahr sieht noch eine Neuverschuldung von 6 Milliarden Euro – ohne strukturelles Defizit – vor. Bevor Sie weiterhin die unsinnige Behauptung verbreiten, das habe nur mit den niedrigen Zinsausgaben zu tun, will ich Ihnen einfach sagen: Die Zinsausgaben im Haushalt 2014 belaufen sich zwar auf 4 Milliarden Euro weniger als im Haushalt 2010. Aber mit 4 Milliarden Euro weniger Zinsausgaben ist es schwierig, zu erklären, dass wir in der Zwischenzeit ein strukturelles Defizit von 46 Milliarden Euro völlig beseitigt haben. Das ist der Erfolg der Politik dieser Regierung.

Zur Situation unseres Landes gehört, dass das wirtschaftliche Umfeld auch heute schwierig ist. Die für manche fast schon zur Sicherheit gewordene Erkenntnis, dass das Wachstum aus einer Reihe von Schwellenländern kommt – das wird uns, Frau Bundeskanzlerin, beim G-20-Gipfel neben den drängenden weltpolitischen Themen vielleicht sehr beschäftigen –, ist nicht mehr so sicher. Deswegen ist es gut, dass wenigstens Deutschland – inzwischen auch wieder die Euro-Zone – ein reales Wachstum erzielt. Das alles ist in einem schwierigen Umfeld mühsam. Wir haben im Übrigen dieses Wachstum – auch das gehört zur Lage unseres Landes – durch die Steigerung der Inlandsnachfrage erreicht. Die Gesellschaft für Konsumforschung hat ermittelt: Das Konsumklima ist seit 2007 niemals so gut gewesen wie heutzutage. Das

Zerrbild, das Sie von der Wirklichkeit der Menschen malen, steht im diametralen Gegensatz zu den statistischen beziehungsweise tatsächlichen Daten. Sie haben daher auch kein Rezept für die kommenden Jahre; denn wenn Sie sich der Wirklichkeit verweigern, können Sie die Zukunft nicht gestalten. Das ist eine ganz einfache Sache.

Herr Kollege Steinbrück, Sie haben über die Lage der Kommunen geredet. Dazu will ich Ihnen nur einmal ein paar Fakten – es gibt den sogenannten Faktencheck zur Sendung – nennen. Jeder Kommunalpolitiker wird, wenn er nicht gerade an einer Parteiveranstaltung von Rot oder Grün teilnimmt, zugeben: Diese Legislaturperiode mit unserer Bundespolitik war die kommunalfreundlichste Legislaturperiode in der Geschichte der Bundesrepublik.

Nein, nicht dank des Bundesrates, sondern dank der Tatsache, dass diese Bundesregierung Wort gehalten und die Kosten der Grundsicherung im Alter in voller Höhe übernommen hat. Sie von Rot-Grün haben diese Kosten zur Hälfte auf die Kommunen übertragen. Wir haben diese Kosten in voller Höhe übernommen und entsprechende Mittel in den Bundeshaushalt eingestellt. Das sind im Haushalt 2014 rund 4,5 Milliarden Euro, um die wir die Kommunen entlasten.

Wir haben die Kommunen bei der Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kinderkrippenplatz nicht alleingelassen. Wir haben über 5 Milliarden Euro aus Bundesmitteln in Kinderkrippen investiert. Wir werden des Weiteren in den kommenden Jahren Zuschüsse in Höhe von 850 Millionen Euro jährlich leisten. Wir haben die Kommunen auf diesem Weg nicht alleingelassen.

Im Übrigen will ich noch sagen: Die Ausgaben beliefen sich im Bundeshaushalt 2010 auf 303 Milliarden Euro. Ohne Berücksichtigung der Mittel für den Fluthilfepufferfonds, die in diesem Jahr hinzukommen – diese kleine Ausnahme haben wir noch nicht eingeplant –, haben wir die Höhe der Ausgaben von 2010 in keinem Jahr überschritten. Wir sind bei 303 Milliarden Euro geblieben. Der Haushalt, den wir im Juli im Kabinett eingebracht haben, sieht ein Ausgabenniveau von 295 Milliarden Euro vor. Das ist das Ergebnis unserer konsequenten Politik der Rückführung der Neuverschuldung. Damit machen wir unsere Finanzpolitik sowie die öffentlichen Haushalte und die sozialen Sicherungssysteme tragbar.

Da Sie wieder eine Debatte über Griechenland angefangen haben, die so überflüssig ist wie ein Kropf: Griechenland.

Mit Genehmigung des Präsidenten möchte ich gerne den Wortlaut

meiner Regierungserklärung vom 30. November 2012 zitieren.

Als wir das zweite Griechenland-Paket dem Bundestag zur vorherigen Zustimmung vorgelegt haben, habe ich das erläutert und wörtlich gesagt:

... wenn danach ein weiterer Finanzbedarf bestehen sollte, dann werden wir Griechenland ... zur Wiedererlangung des Marktzugangs weiter Hilfestellung geben, unter der Voraussetzung, dass Griechenland die Programmauflagen uneingeschränkt erfüllt.

Dieses Programm hat eine Laufzeit bis Ende 2014. Die Schuldenfähigkeitsanalyse unterstellt, dass Griechenland erst nach 2020 unter die Grenze von 120 Prozent Gesamtverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt kommen kann. Deswegen war immer klar: Es kann einen begrenzten weiteren Finanzierungsbedarf geben. Den werden wir aber Mitte 2014 feststellen – nicht mehr und nicht weniger.

Ich füge hinzu: Griechenland ist in einer schwierigen Lage. Das habe ich oft genug gesagt. Deswegen müssen wir auch Respekt vor den Menschen in Griechenland haben. Aber Griechenland erfüllt seit der Aufstellung dieses zweiten Programms das, was in dem Programm vereinbart worden ist. Griechenland liegt bei der Defizitreduzierung im Plan, sie erfolgt sogar etwas schneller. Die Wirtschaft entwickelt sich etwas weniger schlecht als befürchtet. Der Tourismus in Griechenland zieht wieder an. Griechenland hat seine Arbeitskosten um 13 Prozent gesenkt, es gibt wieder Exporte, auch in Drittländern.

Griechenland ist noch lange nicht über den Berg, aber die Entwicklung zeigt: Unsere Politik zur Verteidigung der gemeinsamen europäischen Währung, ohne die wir den wirtschaftlichen und sozialen Stand in unserem Lande nicht hätten, ist richtig, sie zeitigt Erfolge, und der Euro bleibt stabil.

Deswegen sind wir auf einem guten Weg. Das hat mit dem Wahltermin nichts zu tun.

Die Troika überprüft vierteljährlich vor der Auszahlung der nächsten Tranche und fährt dazu nach Athen. Ich sage Ihnen jetzt schon: Ende September fährt die Troika wieder nach Athen. Damit Sie nicht auf die Idee kommen, der Zeitpunkt sei mit Absicht so gewählt, dass er nach der Wahl liegt: Er liegt in der Tat nach der Wahl, aber das dritte Quartal endet nun einmal am 30. September. Das ist meistens so, auch in diesem Jahr.

Die Troika fährt übrigens Ende Dezember wieder dorthin. Also reden Sie nicht einen solchen Unsinn. Wir sagen das, was wir wissen, und über das, was wir erst nächstes Jahr wissen können, entscheiden wir im



Die Euro-Rettung wird auch die nächste Regierung noch beschäftigen.

nächsten Jahr. Dann ziehen wir die Konsequenzen. Wir sind auf dem richtigen Weg.

Herr Steinbrück, Sie haben noch etwas gesagt. Ich wundere mich sowieso über Sie. Manchmal denke ich, man sollte nicht Finanzminister gewesen sein, wenn man als Kanzlerkandidat der SPD auftritt. Dann muss man offenbar Dinge erzählen, die furchtbar sind.

Sie haben es doch schon einmal besser gewusst. Ich spreche von der Bankenunion.

Sie haben eine Bemerkung zur Bankenrekapitalisierung gemacht, die unsäglich für einen von mir geschätzten Amtsvorgänger war.

Wir müssen es nicht schlimmer machen, als es ist.

Es ist doch klar: Eines der zentralen Probleme bei der Stabilisierung unserer gemeinsamen europäischen Währung ist, dass es uns besser gelingen muss, die Risiken aus dem Finanzsektor von den Risiken der Staatsverschuldung zu trennen. Das ist die Aufgabe einer Bankenunion. Dazu brauchen wir die notwendigen rechtlichen Grundlagen. Deswegen brauchen wir auch eine begrenzte Vertragsänderung, die wir über Nacht nicht bekommen. Deswegen hat die Bundeskanzlerin mit dem französischen Präsidenten Hollande schon im Sommer gesagt, dass wir gemeinsam mit Frankreich einen Zweistufenplan vorschlagen und jetzt das machen, was nach den geltenden Verträgen zweifelsfrei und auf einwandfreier Grundlage möglich ist, und danach den zweiten Schritt machen.

Das alles muss erst gemacht und eine klare Haftungskaskade eingeführt werden.

Die Eigentümer, also die Aktionäre – das muss man Herrn Gysi einmal erklären –, verlieren ihr Geld immer; aber wenn die Bank pleitegeht, dann sind die Einlagen futsch, und das ist ein Problem für die Einleger und im Übrigen natürlich vor allen Dingen für die Stabilität des Finanzsystems als Ganzem. Deswegen haben wir in jener schrecklichen Krise 2008 und 2009 das zu Recht verhindert. Wenn wir aber die Haftungskaskade haben – Eigentümer, Anleihegläubiger, dann erst die Mitgliedstaaten und am Schluss die Gemeinschaft des ESM –, dann brauchen wir eine stärkere europäische

Bankenaufsicht; denn Sie können Banken – auch das ist eine Lehre von 2008/2009 – nicht mehr nur durch nationale Institutionen beaufsichtigen, weil die alle grenzüberschreitend tätig sind. Weil alle diese Probleme nur auf europäischer Ebene gelöst werden können, beschreiten wir diesen Weg. In dieser Reihenfolge geht es voran.

Im ersten Teil Ihrer Rede sagten Sie, wir trieben die Länder an den Rand der Armut, weil wir so streng seien, und im zweiten Teil Ihrer Rede sagten Sie, wir seien Luftküsse, die nicht darauf achteten, dass die Regeln eingehalten würden. Ich sage Ihnen: Es gab eine Debatte, wenn auch nicht in unserem Land, sondern außerhalb, ob Europa immer deutscher wird, weil wir in der Tat Wachstumslokomotive und Stabilitätsanker derzeit sind und sein müssen. Aber wir wollen kein deutsches Europa, wenn ich Sie, Frau Bundeskanzlerin, zitieren darf. Aber ein starkes Europa muss es sein; denn in dieser globalisierten Welt kann Europa seine Aufgabe, dazu beizutragen, dass die Welt nicht aus den Fugen gerät, nur erfüllen, wenn es handlungsfähiger wird, wenn es einiger wird. Dazu muss es vor allen Dingen wirtschaftlich leistungsfähig sein.

Wir haben in diesen vier Jahren in dieser Hinsicht viel erreicht. Wir sind nicht über den Berg. Genau deswegen muss Deutschland ein verlässlicher Partner in Europa und für die Welt bleiben. Wenn es noch einen Zweifel gab, ist spätestens nach dieser Debatte ganz klar: Das geht nur mit der Fortsetzung dieser Koalition unter der Führung von Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Frank-Walter Steinmeier (SPD), Otto Fricke (FDP), Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen), Volker Kauder (CDU/CSU), Andrea Nahles (SPD) sowie Patrick Döring (FDP) und Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt> Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.